

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Bedingungen
 beträgt für die sechsgeheften Kolonnen
 je Zeile oder deren Raum 40 Pfg. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508. **Wittwoch, den 4. Dezember 1901.** Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

„Kardinal, thun Sie das Ihre!“

Der zweite Tag der Zolldebatte begann mit dem mißlungenen Versuch des Grafen Posadowsky, die am vorhergehenden Tage durch die Regierung überreichlich bewiesene Unfähigkeit in der Vertretung ihrer Vorlage auszugleichen, und er endete in einem erneuten Plaus des Reichskanzlers, dessen letzte amüsante Redekunst in homerischer Ueberschneidung erstarrte.

Graf Posadowsky meinte im Eingang seiner Rede, es habe ihn das Gefühl überkommen, „mit welcher geringer Sachlichkeit und Sachkenntnis dieses ernste Werk des Zolltarifs beurteilt werde“. Aber Graf Posadowsky hat nicht zu überzeugen vermocht, daß seine bedauernde Bemerkung, die zweifelsohne durchaus richtig ist, wenn sie auf die Klopfflechter der Zolltarifpolitik in der Regierung wie in den Parteien bezogen wird, nicht auch zugleich ihn selbst kennzeichnet. Graf Posadowsky, der lange Jahre den Tarif vorbereitete, der Sachmann und eigentliche Urheber der verderblichen Neuerungen dieses Tarifs, hat seine eigne Sachkenntnis dadurch erwiesen, daß er die oberflächlichsten Scheinbeweise und klüglichen Trugschlüsse des Agrarierthums als Quiniffenz handels- und zollpolitischer Weisheit zum Vortrag brachte.

Graf Posadowsky befähigt heute die Gründe, ob deren die konfervative Partei den Mantel ihrer christlichen Liebe über den 12 000 Mark-Frevel gedekt hat. Graf Posadowsky war unentbehrlich als agrarischer Zutreiber in der Regierung und er hat den Dank an seine Schützer erstatet, indem er ihre Anschauungen und ihre Wünsche in seiner würdevollen Pose als Regierungsoberzeugung vertrat. Die hohe Sachkenntnis des sachkundigsten Vertreters der Zollvorlage in der Regierung offenbarte sich in Gedanken, wie diesen, daß „man eine freihändlerische Dase nicht gründen könne in einer Wüste von Schutzzöllen“ und daß ein besondrer sozialpolitischer Wert der Vorlage darin bestehe, daß die Bevölkerung mehr in der Landwirtschaft verbleiben könne, wo es leichter sei, wirtschaftlich selbständig zu werden. Es ist schwer, ernsthaft gegen Argumente zu streiten, die bald die Anschauungen des Gegners gänzlich entstellen, bald die offenkundigsten Thatfachen des Wirtschaftslebens vernachlässigen.

Nach dem Grafen Posadowsky kam der Vertreter des Centrums zu Wort. Anstatt des durch Krankheit gehinderten Dr. Lieber erfüllte Dr. Spahn die ihm gewordene Aufgabe mit so geringer Sprachkunst, daß das Haus nur mühsam den Redner der entscheidenden Partei anzuhören vermochte. Dr. Spahn legte in innerlich wenig zusammenhängenden Bemerkungen die Meinungen seiner Fraktion dar, ohne neues oder abweichendes vorzubringen zu dem, was aus der Presse des Centrums und aus Versammlungsreden bekannt war. Das Centrum ist nicht nur bereit, den Brothucher zu vertwickeln, sondern will in der Kommission prüfen, ob nicht noch höhere Zuckergebühren für die Getreidearten sich erzielen lassen, und es ist gleichfalls bereit, die agrarische Zwangsfordernung zu unterstützen, daß das Inkrafttreten des Tarifs nicht der Entscheidung der Regierung überlassen, sondern auf einen bestimmten Zeitpunkt festgelegt werde. Der Regierung soll die letzte Möglichkeit entzogen werden, unter die wucherischen Zollsätze irgendwie herabzugehen, selbst wenn sie noch Beginn der Handelsvertrags-Verhandlungen mit den auswärtigen Staaten erlaubt, daß auf Grund des neuen Tarifs Verträge nicht zu Stande kommen können.

So unbedeutend die bisherigen Reden dieses Tages waren, so hoch stand die nun folgende Rede Eugen Richters, die an sachlicher Inhablichkeit und rednerischer Drahtik zu den besten Leistungen des freisinnigen Führers zu zählen ist. Richter sprach, besonders im zweiten Teil seiner Rede, nicht leicht und nicht ohne die Spuren seiner Jahre zu bekunden, aber seine Rede bekundete eine vortreffliche Abfertigung der hinterwäldlerischen Anschauungen des schutzamerikanischen Abpernungssystems, eine eindringliche Darlegung der Gefahren, die aus dem Tarif erwachsen müssen und eine von Spott und Ironie überquellende Beurteilung der gegenwärtigen Regierungsmänner und ihres Regierungssystems. Die factischen Ansätze Richters gegen den langen Müller zwangen selbst die Rechte zu stämmischer und sich oft erneuernder Heiterkeit. Das schwerste Geschick Richters aber traf den Grafen Wilow, dessen staatsmännische Geringfügigkeit Richter rüchlos feststellte. Ein solches Zeugnis der Armeligkeit hat aus den Reihen einer bürgerlichen Partei noch niemals ein Reichskanzler vor versammeltem Parlament erlebt. Es bedarf dabei kaum andärrlicher Erwähnung, daß auch die Richterische Rede der allgemeinen Unzureichendheit des freisinnigen Standpunktes nicht entgegen kam; weder fand der freisinnige Redner das genügende Wort für die furchtbare Belastung der arbeitenden Klassen durch den Korruptioner, noch gelang es ihm, die verhängnisvolle Zollpolitik der Regierung, über die Verantwortlichkeiten einzelner Personen hinaus, auf das allgemeinere Uebel der kapitalistischen Entwicklung Deutschlands zurückzuführen.

Richter zwang den Reichskanzler zur Antwort. Diese Antwort aber befähigte nicht nur das Urteil, das Richter soeben gefällt hatte, sondern entleerte dem Grafen Wilow des letzten Hitters, der ihn geschmückt und der ihm so oft den Beifall der Anspruchlosen erworben hatte. Graf Wilow sollte an der Reizung, die eigne Michtigkeit durch Citerung von Ausdrücken großer Männer zu schmücken, auch seinen Ruhm lösenden Wortschwungs zu Grunde richten. Da er sich verwahren wollte, daß er nicht ein Führer in der Politik des Reiches sei, spielte er den Betreuer des Konstitutionalismus, räumte sich des Zustandekommens einseitiger Meinungen der Bundesregierungen in der Tariffrage und wendete sich pathetisch an den Reichstag mit dem Citat aus Schiller:

„Kardinal, ich habe das meinige getan. Thun Sie das Ihre.“

Durch dieses Wort fordert im Schillerschen Drama König Philipp den Großinquisitor auf, seinen Sohn Carlos dem Kerker zu überliefern und aus der Reihe der Lebenden zu tilgen. In Carlos aber will Philipp die Aufsehung gegen den Despotismus erfinden, durch den er sein Land verwüstet und zu Grunde gerichtet hat. Kurz vor jenem Citat läßt Schiller den spanischen Despoten also den Nordpolen gegen Carlos küssen, da ihm berichtet war, daß dieser eine neue Zeit in das Land bringen wolle:

„Er könnte sich verrechnet haben. Noch, noch bin ich. Habe Dank Natur! Ich fühle zu meinen Sehnen Jünglingskraft. Ich will ihn zum Gelächter machen. Seine Jugend sei eines Träumers Hirngespinnst gewesen. Er sei gestorben als ein Thor. Sein Sturz Erdröhe seinen Freund und sein Jahrschmerz! Laß sehen, wie man mich entbehrt. Die Welt ist noch auf einen Abend mein. Ich will ihn nügen, diesen Abend, daß nach mir kein Pflanzler mehr in zehn Menschenaltern auf dieser Brandstatt ernten soll. Er brachte Der Menschheit, seinem Gözen, mich zum Opfer; Die Menschheit dühne nun für ihn!“

So rächt sich die Anrufung des Dichters der Freiheit und menschlichen Würde. Niemals wurden die Schändlichkeiten der Zolltarifpolitik furchtbarer gekennzeichnet, als durch den Reichskanzler Grafen Wilow, indem er die Parteien des Reichstages aufrief, eine Politik in Deutschland durchzuführen:

„... . Daß kein Pflanzler mehr in zehn Menschenaltern auf dieser Brandstatt ernten soll.“

Politische Ueberflücht.

Berlin, den 3. Dezember.

Die Volkshaus Roosevelt.

Die Volkshaus Roosevelt an den Kongress enthält in erster Linie bedeutsame Auslassungen über des Präsidenten Stellungnahme zu wichtigen inner- und zollpolitischen Fragen, über die mancherlei Legenden kolportiert worden sind. Hiez es doch, daß Roosevelt erstlich gewillt sei, dem Umwesen der allmächtigen Kapitalisten-Organisationen, der Trusts, mittels der Gesetzgebung zu Leibe zu gehen. Und wurden doch ferner allerhand Gerüchte laut über eine von Roosevelt geplante Kursänderung der amerikanischen Zollpolitik. Die Auslassungen der Volkshaus beweisen, daß Roosevelt ebensowenig daran denkt, den Trusts im Ernste ein Haar zu krümmen, wie in der Zollpolitik neue Wege einzuschlagen.

Ueber die Trusts erklärt die Volkshaus:
 „Es sei nicht zutreffend, daß in demselben Maße, wie der Reiche reicher geworden sei, der Arme ärmer geworden sei. Das Land sei den Männern zu großem Danke verpflichtet, welche den Handel des Landes geschaffen und seine Industrie entwickelt hätten. Ein weiterer Grund, diese kommerziellen und industriellen Korporationen mit Bedacht zu behandeln, liege in den internationalen Handelsverhältnissen. Die Bedeutung der herrschenden Stellung, welche Amerika im internationalen Geschäftsverkehr der Welt erst seit kurzer Zeit einzunehmen begonnen habe, dürfe nicht auf das Spiel gesetzt werden. Es sei ja richtig, daß wirkliche und ernste Uebelstände vorhanden seien, der Hauptfehler sei die Ueberkapitalisierung; Verschmelzungen sollten nicht verboten, aber innerhalb vernünftiger Grenzen brauchfertig werden. Ein wesentliches Erfordernis, um eine solche Kontrolle ausüben zu können, liege in der Kenntnis aller Vorgänge bei derartigen Gesellschaften und in der Oeffentlichkeit ihres Geschäftsganges. Die Regierung sollte das Recht haben, in den Geschäftsgang der großen, am internationalen Geschäftsverkehr beteiligten Korporationen einzusehen, und die Nation selbst die Aufsicht über dieselben abzunehmen. Darin liege keine Härte. Die Banken seien schon jetzt der gleichen Maßnahme unterworfen.“

Die Volkshaus zeigt also, daß die Verichte, die von einer gegen die Trusts gerichteten Politik des Präsidenten Roosevelt wissen wollten, jeder Begründung entbehren. Daß eine weitverbreitete Stimmung gegen die Trusts in den Mittelschichten der amerikanischen Bevölkerung vorhanden ist, läßt sich nicht bestreiten, und ganz würde, um diese Elemente für sich einzufangen, die amerikanische Regierung ihnen Konzessionen machen; aber der Einfluß der großen Trust-Konopolisten, die zugleich die Drahtzieher der republikanischen Partei sind, das er dagegen empfiehlt, ist lediglich ein gewisses Ober-Aufsichtsrecht der Regierung über die Geschäftsführung: ein Recht, das bei der finanziellen Abhängigkeit derselben Regierung von den Trustcompagnien lehtere schwerlich allzu hart treffen dürfte.

Auch von einer sogenannten Abwendung von den Schutzoll-Prinzipien der letzten Jahre ist keine Rede. Der betreffende Passus der Volkshaus lautet:

Nichts könnte unweiser sein, als die geschäftlichen Interessen des Landes durch eine allgemeine Tarifänderung zu fördern. Doch ist es höchst wünschenswert, für ein Ergänzungssystem der Reciprocität zu sorgen. Die Reciprocität muß als die Gehilfin der Schutzoll-Politik behandelt werden. Das phänomenale Anwachsen unres Ausfuhrhandels verlangt gebieterisch ausgebeutete Absatzmärkte und eine liberalere Politik den fremden Nationen gegenüber behufs Gewinnung dieser Märkte. Wir können dabei die bestehenden Zollsätze in jedem Fall vertretbar, wo sie für Zwecke des Schutzes

nicht mehr erforderlich sind, oder wo ein Artikel in Amerika nicht produziert wird, oder wo der Zoll nicht mehr für Einnahmezwecke nötig ist. Ein solches Verfahren wird naturgemäß herzhafte Beziehungen zu den andren Nationen, wie sie so wünschenswert sind, fördern.

Eine Tarifänderung ist demnach, wie die Volkshaus nachdrücklich hervorhebt, nicht geplant; der Dingley-Tarif soll bestehen bleiben, nur der Abschluß von Reciprocitätsverträgen zur Erweiterung der auswärtigen Absatzmärkte wird bestritten. Ob bei Abschluß solcher Verträge die Regierung geneigt ist, unter die durch die Dingley-Bill festgesetzte unterste Ermäßigungsgränze von 20 Proz. Herabzugesen und eine dementsprechende Abänderungs- bezw. Ergänzungsbill einzubringen gedenkt, wird unerwähnt gelassen. Eine dahingehende Absicht ist der ganzen Fassung des betreffenden Passus nach kaum anzunehmen, sollen doch überhaupt nur solche Zollsätze ernähigt werden, die entweder für die Zwecke des Zollschutzes nicht mehr erforderlich sind, die Waren treffen, die in Amerika nicht produziert werden, oder wo der Zoll für Einnahmezwecke nicht mehr erforderlich ist. Damit sind von vornherein die Zollzustände auf ein bescheidenes Minimum eingeschränkt.

Zu obigen enthält die Volkshaus, die mit einem Nachruf für Mc Kinley beginnt, im Anschluß hieran einige scharfmacherische Wendungen zu Gunsten zu schaffender Anarchistengesetze, ein paar Worte über die zu erstrebende Forderung der Handelsmaxime, einige im Chamberlainischen Stile gehaltene Kraftworte gegen die Philippinos, deren den Kampf fortsetzende Elemente nur noch aus „Banditen“ und „Marodeuren“ beständen und die Verhandlung als „Viganten verdienten“, und schließlich die Auforderung an den Kongress, den neuen Panamalanal-Vertrag zu ratifizieren und sobald als möglich Sorge für den Bau des Kanals zu treffen. Sie klingt aus in die Betonung der Pflicht, die Kriegssflotte und das Landheer mehr auszubauen, um die Monroe-Doktrin aufrecht zu erhalten und die Rechte des Landes mit Nachdruck wahrzu zu können.

Die Angel des Golgocz hat also, wie vorausgesehen war, den von Mc Kinley innegehaltenen politischen Kurs auch nicht einmal um ein paar Striche abzuweichen vermocht.

Deutsches Reich.

Der neue Militäretat

übertrifft den vorjährigen um rund 80 Millionen. An fortbauenden Ausgaben werden

8 106 726 M. mehr,

an einmaligen Ausgaben im ordentlichen Etat

6 185 470 M. mehr,

an einmaligen Ausgaben im außerordentlichen Etat

5 852 050 M. mehr

gefordert.

Zur Fortführung der Errichtung von Maschinengewehr-Abteilungen sollen im Jahre 1902 weitere 7 Abteilungen gebildet und die Staatsärker der bestehenden 5 Abteilungen anderweit festgesetzt werden; außerdem sollen bei der Zubereitung, deren Ausgaben vielseitiger und schwieriger geworden sind, 10 Compagnien neu errichtet werden. Durch die Veränderungen in der Heeresstärke, die sämtlich vom 1. Oktober 1902 ab durchgeführt werden sollen, sowie durch eine geringe Verstärkung von Bezirkskommandos wird die in dem Gesetze vom 25. März 1899 festgesetzte Friedenspräsenzstärke an Gemeinen, Gefreiten und Obergefreiten im Laufe des Rechnungsjahres 1902 erreicht. Für das Rechnungsjahr 1902 werden u. a. mehr verlangt: 5 Bataillonkommandeure, 20 Hauptleute, 200 Oberlieutenants, 89 Feldwebel, 22 Sicefeldwebel, 18 Fähndrich, 91 Sergeanten, 202 Unteroffiziere, 12 Trompeter, 27 Kapitulanten, 140 Obergefreite, 182 Gefreite, 1346 Gemeine.

Die Summe der fortbauenden Ausgaben für das Rechnungsjahr 1902 beläuft sich auf 443 281 516 M. gegenüber 485 174 790 M.

Unter den einmaligen Ausgaben im ordentlichen Etat sind zu erwähnen: 25 000 M. erste Rate (für Entwurf) zum Neubau eines Geschäftshauses für das Militärkabinett, verbunden mit teilweisem Umbau des Dienstgebäudes der General-Militärkasse sowie eines Dienstwohnungs-Gebäudes für den Chef des Militärkabinetts in Berlin (Ueberschlag 1 500 000 M.); der Neubau des Geschäftshauses soll auf dem Grundstück Ecke Prinz Albrechts- und Königsrückerstraße, der der Dienstwohnung auf dem Hinterlande dieses Grundstückes errichtet werden; 15 000 M. 1. Rate (zu den Kosten der vorläufigen Verhandlungen und der Entwurfsbearbeitung) zur Erwerbung und Herrichtung eines Truppenübungsplatzes für das 18. Armee-corps, das einen solchen noch nicht hat, (die Kosten für Platz und Lagererichtungen können noch nicht angegeben werden).

Diplomatische Entschuldigungen. Am Dienstagmorgen wählte das „Berliner Tageblatt“ beschiunert zu melden, daß die österreichische Regierung sich bei der deutschen wegen der politischen Demonstrationen gegen Breuchen entschuldigt habe. Am Nachmittag desselben Tages erklärte das „Berliner Tageblatt“ gleichfalls beschiunert, daß eine solche Erklärung nicht erfolgt sei.

Kann und das „Berliner Tageblatt“ nun vielleicht auch darüber informieren, ob in gleicher Weise Deutschland der englischen Regierung das Bedauern über die Anti-Chamberlain-Kundgebungen ausgesprochen hat?

Die „Krenz-Zeitung“ über den Professoren „Dummel“.

Der beihende Hohn, mit dem die „Krenz-Zeitung“ in der Wochenchau ihrer Sonntagsnummer die Zustimmungserklärungen der deutschen Universitätsprofessoren zu der Erklärung Mommsens überschüttet, beweist mit erschütternder Deutlichkeit, welche Verachtung unsere jüngerlichen Thronstößen gegenüber den Trägern der ordnungsmäßig konfessionierten Wissenschaft empfinden:

„Da der Liberalismus verkommen ist, wenn er nicht immer wieder einen frischen „Dummel“ in Scene setzen könnte,

so hat er sich rechtzeitig vorgelesen und mit dem Fall Spahn für Altheimer Wommsen eine ungeheure Professorenbegeisterung entzündet, die aber freilich das unsagbar Romische an sich hat, daß sich die Iodierende Flamme des Temperaments, in diesem Fall mit dem Kaltwasser-aufguss der Vorsicht, auszugleichen versucht. Bis jetzt sind es nämlich überwiegend die ordentlichen Professoren nicht-preussischer Hochschulen, die den Altheimer ihrer dankbaren Verehrung versichern, weil er wieder einmal ein „unvergänglich Wort“ gesprochen habe. Daß dieses unvergängliche Wort leider nichts als eine Trivialität ist, die alle Wald- und Wiesenblätter der Erde unzählige Male wiederholt haben, geniert die heiss-schwüngen Herren nicht. Demgegenüber ist namentlich die Zurückhaltung der Berliner Professoren so bezeichnend, daß wir uns nicht wundern würden, wenn Wommsen es schließlich bereute, sich mit so schwacher Deduktion über die Landesgrenze hinaus gewagt zu haben.

Die „Kreuz-Zeitung“ fügt der Schmach, der Thatsache, daß die Professoren der preussischen Hochschulen es zum großen Teil aus Furcht vor der drohenden Justiz der Maßregelung nicht wagen, sich dem Protest ihrer doch auch wahrhaftig nicht vom Titanentrog erfüllten Professoren-Erklärung ihrer außerpreussischen Lehrkollegen anzuschließen, noch den brutalen Hohn dazu. Sie spricht es mit cynischer Offenheit aus, daß und weshalb das Gros der preussischen Professoren nicht wider den Stachel zu lösen wagt: aus Furcht, aus, wie die „Kreuz-Zeitung“ besser wie sonst jemand weiß, nur zu gebotener Vorsicht. Das Organ der regierenden Junker nennt die Professoren-Indignation einen „Kummel“. Gewiß, diese papierene Demonstration wird nicht ein Glied der Ketten lockern, mit denen der Junkerstaat die verfassungsgemäß „freie“ Wissenschaft eisen umschmiedet hält, aber man muß von der Haltbarkeit dieser Sklavensketten sehr fest überzeugt sein, wenn man die Geschehen wegen dieser unwürdigen Anekdote noch verhöhnen zu dürfen glaubt. Die Junker haben von den Professoren anscheinend noch dieselbe schmeichelehafte Meinung, wie Friedrich Wilhelm IV., dessen Munde das bekannte Wort von den Professoren und S—n entstammt.

Althoff's Reinigung. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ beginnt heute die angekündigte „Widerlegung“ der temperamentvollen Angriffe des Straßburger Professor Michaelis auf die preussische Universitätsverwaltung. Zunächst beschäftigt sich das Blatt mit dem Vorschlagsrecht der Fakultäten. Michaelis hatte behauptet, daß das alte Vorschlagsrecht der Fakultäten völlig illusorisch geworden.

Die „N. N. Z.“ glaubt diese Behauptung sonderbarer Weise dadurch zu widerlegen, daß sie eine Reihe von Citaten seit dem Jahre 1801 beibringt, die das Vorschlagsrecht mehr oder minder entschieden bekräftigen! Es ist ein recht tollwütiger Scherz und eine unbewußte grimmige Selbstverpöthung ebendies, daß das offizielle Organ sich u. a. auf das Verhalten Bismarck's in der skandalösen Schweningen-affaire bezieht. Bismarck hatte Herrn Schwening, seinen Leibarzt, der Berliner Universität als Professor anzuordnen. Als sich gegen den wegen unaufrichtiger Geschichten verdorbenen Herrn die medizinische Fakultät auflehnte, ließ Bismarck ein Schreiben an den Kultusminister los, in dem er eine häufigere Anwendung der ministeriellen Weisung forderte. Professoren ohne vorherige Rücksicht bei der Fakultät zu befragen, und es für geboten erachtet, „den Strebenden nach einer derartigen Republikanisierung der Staatsaufsicht mit Entschiedenheit zu begegnen und die Zweifel, welche sich über die Grenzen der Rechtssphären bilden wollen, noch in ihrem Entstehen zu unterdrücken.“

Es ist ein auszeichnender Einfall der Althoff-Verteidiger, daß sie einen der brutalsten Gewaltakte Bismarck's als Vorbildlich darstellen. Ganz wie Bismarck in jenem Schreiben erweist die „N. N. Z.“ zwar das Vorschlagsrecht der Fakultäten an, fügt aber drohend hinzu:

„Andererseits darf der Universitätsverwaltung nicht angefochten werden, auf die sie die Erziehung und Initiative zu verwalten und sich einfach zum Vollstrecker des Fakultätswillens“ zu machen. Das heißt, der Regierung eine unwürdige und mit ihrer staatsrechtlichen Verantwortlichkeit unvereinbare Rolle zuzumuten, wofür in Preußen kein Platz ist. Durch nichts könnte das Vorschlagsrecht mehr gefährdet werden, als wenn von ernsthafter Seite derartige Uebergriffe erfolgten. Dann würde nach guter altpreussischer Tradition die Wahrung der Anwartsrechte in den Vordergrund treten und sich für die Universitätsverwaltung die gebieterische Pflicht ergeben, entsprechend den im Eingang angeführten Worten des Fürsten Bismarck, „den Strebenden nach einer derartigen Republikanisierung der Staatsaufsicht mit Entschiedenheit zu begegnen und die Zweifel, welche sich über die Grenzen der Rechtssphäre bilden wollen, noch in ihrem Entstehen zu unterdrücken.“ Glücklicherweise sind wir aber noch nicht so weit gekommen, und zum mindesten für Preußen handelt es sich hier lediglich um eine Dolchfrage.“

Das heißt — trotz des Verabredungs-Schnörkels am Schluß — mehr zu geben, als Herr Michaelis behauptet hat. Die Drohung besagt: Wenn Ihr nicht Obedienz und ernsthaft Euer Selbstverwaltungsgewalt anerkennen wollt, so beiseite mit uns auf dem Papier stehende Vorschlagsrecht überhand, und wir erneuern die Universitätsverwaltung nach den Grundrissen der Offiziersbeförderung. Die Wahrung der Anwartsrechte tritt nach guter altpreussischer Tradition in den Vordergrund, und die Rechte der Wissenschaft treten, nach guter altpreussischer Tradition, bescheidenlich in den dunkelsten Hintergrund.

Die Verteidiger des Herrn Althoff müssen ja wohl die Professoren-Welt kennen. Sie müssen glauben, daß die Herzen mit solchen großen Drohungen wieder zum schweißenden Dulden eingeschüchelt werden, daß das unerbittliche Feuer, das im Entstehen begriffen war, wieder schlemmigst ausgetreten werden wird. Die Althoff-Offiziere dürften sich nicht verrechnen! Es wird bald wieder Ruhe im Reich der Gelehrsamkeit herrschen.

Jedenfalls zeitigt die von Herrn Michaelis gekennzeichnete Politik gerade in diesem offiziellen Rechtfertigungsversuch ihre schönste Blüte: die Politik der „Großheiten, Einschüchterungen, Drohungen“.

Die Fesselung des Genossen Vredendek versuchte in der Dortmund-Stadtvorordneten-Versammlung der Oberbürgermeister von Dortmund durch folgende Argumente zu rechtfertigen:

1. Vredendek sei bereits zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt gewesen und habe weitere noch zu erwarten gehabt. Er war aus diesen Gründen bereits in einem früheren Termin vom öffentlichen Ankläger (Staatsanwalt) für fahrlässig erklärt und seine sofortige Inhaftnahme gefordert worden. Diesem Antrage sei freilich seitens des Gerichts nicht entsprochen worden. Die Gesamtstrafen des Vredendek betragen annähernd zwei Jahre Gefängnis. 2. Vredendek sei wieder im Besitz von Grundeigentum noch sonstigem Vermögen und 3. die Flucht in das Ausland sei auf einem verhältnismäßig kurzen Wege möglich und eine Auslieferung von deutscher Seite nicht erzwingbar gewesen.

Die Rechtfertigungsversuche der schmählichen Verhandlung eines Ehrenmannes sind absolut nichtig. Vredendek war nicht fahrlässig, das bewies die Ablehnung der sofortigen Inhaftnahme durch den Gerichtshof. Hätte Vredendek fliehen wollen, so hätte er es vor Eintritt seiner Strafe gekonnt. Aber selbst wenn man einen Fluchtversuch bestrafte, hätte man Vredendek nicht gleich einem gemeinen Verbrecher in Ketten durch die ganze Stadt zu schleppen brauchen. Selbst Kassenbetrüger und schandliche Anführer pflegt man per Droschke zu transportieren. Warum geschah das nicht auch bei Vredendek? Etwas weiß er

„weder im Besitz von Grundeigentum noch sonstigem Vermögen“ war?!

Reichstagswahlen. Die Stichwahl in Wiesbaden wird am 10. Dezember erfolgen. Der Termin für die Nachwahl im 10. sächsischen Reichstags-Wahlkreis ist auf den 28. Januar 1902 festgesetzt.

Unser besorgter Ostasien. Wie ein Blatt meldet, telegraphierte am Montag die Deutsche Vereinigung in Shanghai an den Ostasiatischen Verein in Hamburg: „Wir bitten, geeigneten Ortes dringende Veranlassung des anerkannten Schadensersatzes zu veranlassen: keine Bots.“

Offenbar verstehen die „Geschädigten“ unter Bots Anweisungen auf die für 1902 fälligen chinesischen Zins- und Entschädigungskonten. Sie beugen augenscheinlich die Besorgnis, daß derartige Anweisungen sehr unsicherer Natur sind, und wünschen deshalb von den deutschen Steuerbehörden die Beträge in zuverlässiger Form vorzulegen zu erhalten. Der Reichstag hat natürlich nur erst recht alle Ursache, die Herren so lange warten zu lassen, bis die ersten China-Entschädigungen tatsächlich eingegangen sind.

Die Verbreitung der „Wiener Arbeiterzeitung“ ist vom Reichstanzler Graf Bülow auf die Dauer von zwei Jahren in Deutschland verboten worden, nachdem das österreichische Blatt binnen Jahresfrist zweimal in Deutschland verurteilt worden ist. Das Verbot erfolgt auf Grund des § 14 des Pressgesetzes, welches bestimmt, daß, wenn gegen eine Nummer einer im Auslande erscheinenden Zeitschrift binnen Jahresfrist zweimal eine Verurteilung erfolgt, der Reichstanzler innerhalb zwei Monaten nach Eintritt der Rechtskraft das Verbot des ferneren Erscheinens dieser Zeitschrift bis auf zwei Jahre aussprechen kann.

Der „moderne“ Graf Bülow läßt sich also dazu herbei, die Einschränkung der Meinungsfreiheit sogar im Ausland zu versuchen, indem er die Blätter materiell schädigt.

Freilich wird diese Absrafung unser Wiener Parteiorgan nicht hindern, unbesümmert die Meinung auszusprechen. Ein Versuch mit untauglichen Mitteln!

Der österreichische Thronfolger, Erzherzog Ferdinand Karl, der gegenwärtig bei dem deutschen Kaiser jagt, hat den Schwarzen Adler-Orden erhalten. Der Erzherzog ist bekanntlich in hohem Maße in deutscher Freundschaft befangen.

Münchener Centrumdarbeiter gegen den Brotwucher. München, 2. Dezember. (Eig. Ber.)

Die katholische Presse hat bisher regelmäßig ein großes Geschrei erhoben, wenn man wagte, die Vermutung zu äußern, daß auch die katholischen Arbeiter in Bayern schließlich nicht so ganz mit dem christlichen Brotwucher einverstanden seien. Dabei that sich besonders die führende „N. Bayer. Ztg.“ hervor. Nun bringt aber das gleiche Blatt in einer seiner letzten Nummern eine gegen Herrn Bieber gerichtete Erklärung des christlichen Metallarbeiters Joseph Reij. Daran geht hervor, daß Bieber am 13. September in München war, wo in einer geschlossenen Mitgliederversammlung, die nur den Charakter einer vertraulichen Besprechung interner Verbandsangelegenheiten trug, eine provisorische Abstimmung über das Verhalten Biebers zur Getreidepreissetzung stattfand. Und diese Abstimmung habe ergeben, daß die Mehrheit der Anwesenden, darunter die ganze Vorstandschaft — die zuvor die Haltung Biebers in der Zollfrage verurteilt hatte — sich auf die Seite Biebers stellte!

Und diese Vorgänge spielten sich zu einer Zeit ab, wo die „N. Bayer. Ztg.“ noch wie wütend über jeden Herfel, der nur die Möglichkeit von Differenzen zwischen Centrum und katholischen Arbeitern besprach.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Wolf über seinen politischen Rücktritt. Wolff's „Österreichische Rundschau“ giebt folgende Erklärung ab: „Bei der Mandatsniederlegung Wolff's handelt es sich um eine rein persönliche Angelegenheit, die sich vor vier Jahren abgespielt hat und erst jetzt einer damals noch unbeteiligten Seite Anlaß zu Erörterungen gab, die zum Zweckkampf führten. Wolff legte, um seiner Partei alle aus dieser privaten Angelegenheit erwachsenden Unannehmlichkeiten zu ersparen, aus freier Entschliebung seine Mandate nieder, um sich ganz seinen Blättern zu widmen.“

Der Rede Sinn ist ziemlich dunkel. Wenn ein Liebeshandel mit der „rein persönlichen Angelegenheit“ gemeint sein soll, so erscheint es ziemlich unklar, wie so eine so verhängnisvolle Geschichte den Sturz des in seiner Partei so populären Parlamentarier's herbeiführte haben sollte, zumal Wolff doch sonst nicht die so delikate Rücksichtnahme beweisen hat. Hatte aber Wolff eifersüchtiger Nebenbuhler Schönerer die Hand im Spiel, so ist es recht sonderbar, daß Wolff so entsagungsvoll die Segel gestrichen haben sollte. Sollten andre Unanbarkeit hinter der Affaire stecken? —

Schweiz.

Vern, 1. Dezember. (Eig. Ber.) Die bundesrätliche Reaktion arbeitet mit auffälliger Geschwindigkeit. Vor etwa 2 Monaten wurde angekündigt, daß der Bundesrat ein Attentat auf die Presse vorbereitet und heute schon ist der Wechselbalg geboren, der bereits der morgen zur Winter Session zusammen tretenden Bundesratsversammlung vorgelegt werden soll. Der Bundesrat beantragt nämlich derselben die Annahme folgender Bestimmungen in das eidgenössische Strafrecht: „Wer einen Militärschützigen zu einer erheblichen Verletzung seiner Deutschpflicht verleitet, oder zu verleiten versucht, wird mit Gefängnis bestraft. Wird die strafbare Handlung durch die Druckerpresse oder durch ähnliche Mittel begangen, so sind sämtliche Teilnehmer (H.) strafbar und es finden auf dieselben die Bestimmungen der Artikel 60—72 keine Anwendung. Unter die Bestimmungen dieser Artikel fällt auch die im Auslande begangene Handlung, Vorbehaltlich bleiben die Bestimmungen der Militärstrafgesetze für die denselben unterstellten Personen.“ — Also ein ganz schändliches Attentat der radikalen Bundesregenten auf die von der Bundesversammlung gewährleistete Pressefreiheit. Darauf sollte die gesamte Presse einmütig mit dem Schrei antworten: „Nieder mit dem schändlichen Wechselbalg, nieder mit der bundesrätlichen Reaktion!“ — Der Tessiner Kantonsrat hat die Vorlage betreffend die unentgeltliche Geburtshilfe angenommen. Jrenen wir nicht, so ist der Kanton Tessin der erste Kanton, der auf diesem Gebiete einen Fortschritt macht.

Dänemark.

Die Reform der Rechtspflege ist eine von den Versprechungen, die bereits in der 1849 zustandekommenen Verfassung dem Volke gemacht wurden. Nun endlich wird die Durchführung dieser wichtigen Reform endlich in Angriff genommen. Die Regierung hat dem Folkething einen sehr umfangreichen, 657 große Druckseiten füllenden Entwurf, der im letzten Jahrgang des verflorenen Jahres von einer Reichstagskommission ausgearbeitet wurde, vorgelegt, und das Folkething hat am Dienstag nach siebenstündiger Debatte eine Kommission eingewählt, die dafür sorgen wird, daß der Entwurf so bald wie möglich dem Landthing vorgelegt wird. Es handelt sich hier um eine ziemlich weitgehende Reform des ganzen Gerichtswesens, namentlich auch um die Einführung der Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens, wie sie bis jetzt nur am höchsten Gericht besteht, an allen Gerichten, und um die Einführung der Geschworenengerichte. Die Redner aller Parteien erklärten sich principiell einverstanden mit dem Entwurf; jedoch wies der Vorsitzende der Socialdemokratie J. Jensen auf verschiedene Mängel hin. Da in der Kommission auch zwei umver Genossen, nämlich J. Jensen und Porgbjerg sitzen, und auch

der Justizminister zu Verbesserungen des Entwurfs geneigt ist, so ist zu erwarten, daß hier wirklich eine nützliche Reform zu Stande kommt.

Frankreich.

Die Religionsgemeinschaften und das Gesetz. Nach dem Gesetz betreffend die Kongregationen haben bekanntlich die Kommunalbehörden Gutachten abzugeben darüber, ob den die staatliche Autorität nachsichenden Religionsgemeinschaften diese zu bewilligen oder zu verweigern ist. Zur Zeit sind eine große Anzahl von Gemeinden damit beschäftigt, solche Gutachten der Regierung beziehentlich der Kammer zu erstatten. Nach den durch die Blätter gehenden Nachrichten nehmen die Kommunen in ihrer Mehrzahl einen ablehnenden Standpunkt ein. So äußert sich zum Beispiel der Gemeinderat von Millace, daß den dortigen Kongregierten die staatliche Anerkennung zu verweigern sei; die Wünsche gäben dem Volke nur das Beispiel der Falschheit und nähmen den Aenen das Brot weg. Dem Gemeinderat von Montpellier lagen 7 Gesuche vor, die sämtlich mit 24 gegen 4 Stimmen und 4 Stimmenthaltungen abgelehnt wurden, mit dem Hinweis, daß die Religionsgemeinschaften eine ungleiche soziale Institution seien und daß die sogenannten Wohlfahrts-einrichtungen der Staat zu übernehmen habe. — Es bleibt freilich abzuwarten, ob die Kammer und namentlich die Regierung den Religionsgemeinschaften gegenüber sich nicht nachgiebiger zeigen werden.

Der Entwurf einer neuen Militärstrafprozess-Ordnung ist der französischen Kammer zugegangen. Wie Justizrat Dr. Staub in der „Deutschen Juristen-Zeitung“ schreibt, wird die leitende Idee in dem Entwurf bestreitend Bericht wie folgt auseinandergesetzt: „Der vorherrschende Gedanke bei Abfassung des Entwurfs war, auch den militärischen Angeklagten so viel als möglich die freibehaltenden und humanen Principien des ordentlichen Strafverfahrens zu halten kommen zu lassen, und jene Garantien, die das Civilstrafverfahren festsetzt, auch auf militärische Straf-untersuchungen anzuwenden.“ Diesem Grundgedanken gemäß bleibt dem Soldaten seine Eigenschaft als Staatsbürger gewahrt. Alle Verbrechen und Vergehen gegen das gemeine Recht werden in Friedenszeiten der Jurisdiktion der ordentlichen Gerichte unterstellt. Ferner wird dem Obersten Gerichtshof die Verhandlung über die Berufung gegen Urteile der Militärgerichte in Friedenszeiten übertragen.

Italien.

In der Kammer gab der neue Finanzminister einen Bericht über den Stand des Staatshaushalts. Er teilte mit, daß anstatt des erwarteten Defizits, das man für 1900/1901 auf 7 Millionen veranschlagt hatte, ein Ueberschuß von 41 Millionen zu verzeichnen sei. Diese Verbesserung der Finanzlage sei herbeigeführt durch eine starke Verminderung der Ausgaben, wodurch eine Ersparnis von 8 Millionen Franc erzielt worden, und durch Mehreinnahmen an Tabak-, Salz- und Fabrikationssteuer, sowie durch erhöhte Ueberschüsse aus dem Post- und Telegraphenwesen. — Für das Jahr 1901/1902 stellte der Finanzminister einen Ueberschuß von 14 Millionen in Aussicht.

Niederlande.

Socialistische Propaganda bei der Marine. In den Niederlanden besteht ein „Bund der niederländischen Marinematrosen“ und ein „Bund der Marinesoldaten“, welche beide auf dem Boden der modernen Gewerkschaftsbewegung stehen. Die Marinebudget-Kommission der zweiten Kammer hat nun den Minister aufgefordert, daß er ernsthafte Maßregeln gegen diese beiden Verbände ergreife, da der Geist, der dort herrsche, ein socialistischer sei und im Widerstreit stehe zu den Erfordernissen der Disziplin. Es sind schlimme Dinge, die den beiden Verbänden nachgesagt werden: Der Hauptvorstand des Matrosenbundes hat einen „Schmähartikel“ gegen einen hochgestellten Offizier veröffentlicht, wodurch ein ausgedehnter Prozeß hervorgerufen wurde, und die Agitation des Marinesoldaten-Bundes hat dazu geführt, daß ein Corporal in einer öffentlichen Versammlung seine Untergebenen darüber belehrte, daß sie, die Berufssoldaten, nur zur Bekämpfung des Kapitals da seien. Die Verleumdung solch rein socialistischer Theorien durch die Chargierten an die Gemeinen sei höchst bedenklich, meint die Kommission, die die Unzeit der militärischen Autoritäten dieser Propaganda gegenüberwertlich findet. — Einige Mitglieder der Kommission waren jedoch anderer Ansicht und meinten, daß ein Vorgehen gegen die genannten Verbände und die socialistische Propaganda ein Angriff auf das Konstitutionsrecht sei, das auch den Militärversonen unerkürzt gewahrt werden müsse. — Eine Versammlung der Abteilung Amsterdam des Matrosenbundes hat eine Protestresolution gegen die Kommissionsmehrheit gefaßt und erklärt, daß die dem Minister empfohlenen Maßregeln nur zu Gunsten der socialistischen Meinung wirken würden. Der Verbandsvorstand wurde beauftragt, Gegenmaßregeln zu treffen, damit die Organisation in ihrem Kampf für die Verbesserung der Lebensbedingungen ihrer Mitglieder nicht behindert werde.

Der Boeren-Krieg.

Der Wochenbericht Kitchners.

Kitchener telegraphiert aus Pretoria vom 2. d. M.: Die die verschiedenen englischen Truppenabteilungen berichten, sind in der vergangenen Woche 32 Boeren gefangen, 18 verunndet, 256 gefangen genommen; 14 haben sich ergeben. Die Generale Bruce-Hamilton, Spence und Plumer marschieren gegen den Feind in Ermelo-Bezirk. Nelson hatte am 25. November in West-Transvaal einen kleinen Zusammenstoß mit Boerentruppen. Die Boerenkommandos im Südsosien des Oranjesaats sind durch Gefangennahme einzelner kleinerer Abteilungen beträchtlich verringert worden. General French berichtet, daß seine Truppen im Nordosten der Kapkolonie den Scharen Nybing's und Jonch's schwere Verluste beigebracht hätten, und daß diese jetzt sehr verstreut seien. Im Südsosien sei Kommandant Theron mit geringen Streitkräften südwärts durch die an der Eisenbahn nach Glenwilliam stehenden englischen Abteilungen hindurch entwischt, man sei ihr aber auf den Fersen.

London, 3. Dezember. Wie aus Bryheid gemeldet wird, sind zahlreiche Boeren in der Umgegend aufgetaucht. Die Engländer haben Höhlen aufgefunden, in welchen große Vorräte von Munition und Proviant lagerten. De Wet wäre in der Nähe von Kronsdaad, wo er sich augenblicklich mit einem kleinen Kommando aufhält, beinahe in Gefangenschaft geraten, die Kolonnen Elliot und French verfolgen den Feind und bringen ihm schwere Verluste bei.

Reichstag.

(Schluß aus der 1. Beilage)

Reichstanzler Graf Bülow:

Herr Richter hat darüber gesagt, daß ich gestern nicht mehr gesagt habe. Er sollte mir eigentlich dankbar sein, daß ich bei Einleitung einer voranschreitend langen Debatte mich der Kürze befehlige habe, wir werden noch lange Reden genug zu hören bekommen. (Heiterkeit.) Im übrigen hat Herr Richter zwar einige sehr gute Dinge gemacht (Lachen links), er hat einige wirklich recht nette Dinge gemacht, aber er hat doch nicht all zu viel Neues gesagt, nicht all zu viel, was ich nicht schon im Laufe des Sommers in manchen ihm nahestehenden Zeitungen gelesen habe. (Lachen links.) Herr Richter hat sich bemüht, einen Gegensatz zu konstruieren zwischen dieser Vorlage und jener Weltpolitik, die ich hier von dieser Bank vertreten habe und deren überzeugter und entschlossener Anhänger ich bin. Ein solcher Gegensatz existiert aber nicht, denn die Basis unserer gesunden, vernünftigen Weltpolitik ist eine kräftige nationale Heimatspolitik. (Bravo rechts.) Das eine schließt das andre nicht aus, sondern das eine ist

die Voraussetzung des andern. (Sehr richtig! rechts.) Eine Welt-politik, welche die heimische Arbeit ohne Schatz lassen würde, die sich insbesondere nicht um die Landwirtschaft kümmern würde, das wäre eine phantastische, ungesunde, chimärische Politik, für eine solche Politik werde ich nie zu haben sein. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Herr Richter hat auch die Kanalfrage berührt. Diese Frage gehört ja eigentlich nicht vor das Forum dieses hohen Hauses, ich nehme aber gar keinen Anstand, da die Frage ja von allgemeinem Interesse ist, mich darüber zu äußern. Herr Richter warf mir in der Kanalfrage Nachsichtigkeit vor. Ich hätte den Herrn Abg. Richter eigentlich für konstitutioneller gehalten. (Sehr richtig! rechts.) Warum nimmt er es mit dem Übel, wenn ich gegenüber einer parlamentarischen Körperschaft nicht sofort das ganze schwere Geschäft aufgeschoben habe, welches einer Regierung zu Gebote steht. (Sehr gut! rechts.) Das ideale Verhältnis zwischen Regierung und Volksvertretung ist doch nicht der ewige von Reiter und Hof. Der eine führt, der andre muß unbedingt gehorchen. (Sehr gut! rechts.) Das wäre ja für mich als Minister in gewisser Beziehung ganz nett, ich traue aber dem Herrn Abg. Richter in dieser Beziehung nicht ganz, ich befürchte, daß es ihn doch weniger darauf ankommt, die Autorität der Regierung zu befestigen, als darauf, einen Streit herbeizuführen zwischen der Regierung und einer großen Partei dieses Hauses, bei welchem er den tertius gaudens abgeben kann. (Weiter! rechts.)

Daß ich dazu nicht die Hand bieten will, daß ich dem Herrn Abg. Richter nicht das Streichholzchen liefern will, um den Brand anzuzünden, an dem er seinen Parteitopf hoch zu halten lamm (Große Heiterkeit), ist selbstverständlich. Ich bin ja immer gern bereit, Herrn Richter Freude zu machen, es darf mir nicht auf Kosten des Staatswohls sein. Das Staatswohl verlangt es, daß die Kanalvorlage im vergangenen Frühjahr mit Ruhe behandelt wurde und im Hinblick auf das Allgemeininteresse und nicht vom Standpunkt dieser oder jener Fraktion. Das schließt natürlich nicht aus, daß die Regierung an ihren verkehrspolitischen Zielen unbedingt festhält. (Hört! hört! links.)

Von einem Falllassen der großen Wasserstraßenpläne ist keine Rede. (Lebhaftes Bravo! bei den Nationalliberalen.) Von einem definitiven Scheitern der Kanalvorlage kann schon deshalb nicht die Rede sein, weil dies eine tiefgehende Schwächung bedeuten würde nicht bloß für diesen oder jenen Gebietsteil, sondern für den allgemeinen Wohlstand des Landes. Die königlich preussische Staatsregierung ist aber fest überzeugt, daß ein Projekt, welches nicht nur einzelnen Erwerbszweigen, sondern dem allgemeinen Volkwohl der gesamten Monarchie zu gute kommt, mit der Zeit realisiert werden wird, und wenn Herr Richter uns da unterfährt, so soll mir das sehr recht sein.

Weiter hat Herr Richter moniert, daß ich gesagt habe, wir wollen abwarten, wie der Hofe weiter läuft; er meinte, ich spiele in der ganzen Frage keine führende Rolle. Es kann doch aber nicht die Aufgabe des Reichstanzlers sein, seine Ansicht den Bundesstaaten zu unterbreiten. Das würde mit dem Geiste der Reichsverfassung im Widerspruch stehen und entspricht nicht der Ansicht, die ich von der Selbstständigkeit und Würde der Bundesstaaten habe. Ich kann auch meine Ansicht nicht ohne weiteres diesem hohen Hause anfoctropieren. Das konstitutionelle Leben beruht auf dem Prinzip der gegenseitigen Verständigung des gegenseitigen Entgegenkommens hier und da auch auf Kompromissen. Es ist mir aber zu meiner Freude gelungen, zwischen den Verbündeten Regierungen einen Consensus herbeizuführen, und ich denke, es wird auch gelingen, eine Verständigung über diesen Tarif zwischen den Verbündeten Regierungen und diesem hohen Hause herbeizuführen. Jedenfalls habe ich das meinige getan, und lamm mit König Philipp sagen: Ich habe das meinige getan. Herr Cardinal! Ihn Sie das Ihrige. (Stürmisches Weiter! rechts.)

Herr Richter wird bei den Verhandlungen jedenfalls dabei stehen als der Geist, der stets verneint, schließlich aber überstimmt wird. (Weiter! rechts.) Weppisto unterliegt und die Engel triumphieren. (Erneute große Heiterkeit.)

Herr Richter sagte, ich hätte als Staatssekretär des Reichs an anderen politischen Ansichten gehalten, die mit dieser Vorlage in Widerspruch ständen. Ich konstatiere demgegenüber, daß in Vergangenheit und Gegenwart zwischen allen Ressorts vollständige Uebereinstimmung besteht. Ich muß für alle Ressorts das Vertrauen in Anspruch nehmen, daß sie sich gleichmäßig der Pflicht bewußt sind, welche der Schutz der nationalen Interessen ihnen auferlegt, daß sie dieselben mit Maß und Besonnenheit, aber auch mit voller Festigkeit vertreten. Von Gegensätzen, Widersprüchen, Ungleichheiten innerhalb der Regierung kann schon deshalb keine Rede sein, weil die Leitung ja von einer Stelle ausgeht, dem einzigen verantwortlichen Beamten. Also mit einer Zweifelselentheorie, damit ist es nichts. (Weiter! rechts.)

Herr Richter hat auch über die Handelsverträge gesprochen. Ich habe nie einen Zweifel darüber gelassen, daß ich die Erneuerung langfristiger Handelsverträge für wünschenswert halte. Schon im vorigen Jahre habe ich erklärt, daß es meine Absicht wäre, auf für uns annehmbarer Basis wieder zu Handelsverträgen zu gelangen. Allerdings bin ich nicht der Meinung, daß Deutschland sich in einer Zwangslage befindet, die uns nötigt, um jeden Preis und zu jeder Bedingung mit andern Staaten Handelsverträge abzuschließen. (Sehr wahr! rechts.) Die Staaten, mit denen wir in Vertragsverhältnis stehen, haben genau dasselbe Interesse wie wir, dieses Verhältnis fortzusetzen. (Sehr richtig!) Neue Handelsverträge sind nur möglich auf der Basis voller Gegenseitigkeit und gegenseitiger Anständigkeit, wir brauchen auch nicht schüchtern zu sein als andre Staaten. Durch Verhandlungen fremder Mächte werden wir uns natürlich nicht um eines haars Breites von dem Weg abbringen lassen, den uns unser Recht und unsere Interessen vorschreiben. (Sehr gut! rechts.)

Die Angriffe der fremden Presse betreffen mich auch gar nicht weiter, im Gegenteil, es würde mich nachdenklich stimmen, wenn die fremde Presse den Tarif lobte. Wir thun, was wir für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands für notwendig und nützlich halten. — Ich zweifle gewiß nicht an dem Patriotismus des Herrn Richter oder irgend eines der Herren Abgeordneten. Aber das ewige Drohen mit dem Horn des Auslands, wie es seit einiger Zeit in einem Teile unserer Presse im Schwange ist, die geradezu demagogische Weise, wie die Regierung des eignen Landes angezwängt wird bei den Regierungen fremder Länder, das ist würdelos. (Lebhaftes Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.) Welche Rolle liegt auch darin, einer Regierung immer zu drohen mit dem fremden Anecht Anrecht. Ich beneide meine Herren Kollegen in andern Staaten um den Eifer, mit dem hier ihre Geschäfte von deutschen Blättern besorgt werden. Vom deutschen Standpunkt aus ist es unpatrisch, aus Gelinden immer Parteilich das fremde Selbstgefühl zu steigern, das ohnehin manchmal nicht gering ist. Wir wünschen mit allen andern Mächten politisch wie wirtschaftlich in allerbesten Beziehungen zu sein, aber wir lassen uns durch fremden Tadel, fremde Angriffe und fremde Drohungen nicht ins Wackeln jagen. (Bravo.) Dies vorausgeschickt, konstatiere ich, daß ich — was auch Herr Spahn zu meiner Freude zur Geltung gebracht hat — den Wert der Handelsverträge rückhaltlos anerkenne, und daß wir von dem Wunsch erfüllt sind, solche Handelsverträge wieder zu erneuern. Langfristige Handelsverträge kommen nicht nur der Industrie, sondern auch der Landwirtschaft zu gute; denn auch die Landwirtschaft hat ein Interesse an stabilen Zuständen, an ruhigen und gleichmäßigen Verhältnissen. Jedenfalls ist die fortschreitende Erweiterung des Abzugesgebietes unserer Industrieprodukte für unsere gesamte wirtschaftliche Entwicklung eine soziale und ökonomische Notwendigkeit, der sich die verbündeten Regierungen nicht im engersten verschließen.

Es hat mich gefreut, daß Herr Richter so warm eingetreten ist für den monarchischen Gedanken. (Große Heiterkeit.) Ich glaube aber, daß durch diese Tarifvorlage der monarchische Gedanke gefördert wird, weil die Bevölkerung daraus ersehen kann, wie die Monarchie davon ausgeht, die ehrlich und fleißige Arbeit zu schätzen (große Lurche links), und so sehr ich Herrn Richter dankbar bin für sein Interesse an der Erhaltung der Monarchie, so weiß ich doch nicht, ob ich das Interesse der Monarchie fördern und ihre Zukunft sichern würde, wenn ich mich gar zu

sehr dem Standpunkt des Abg. Richter näherte. (Sehr richtig! rechts.) Auf manche Einzelheiten, die Graf Schwerin und Herr Spahn vorgebracht haben — von einem „Biden“ habe ich übrigens gar nichts gehört (Weiter! rechts) —, einzugehen, enthalte ich mich; darüber sich zu verständigen, wird Aufgabe der Kommissionsberatungen sein. Es ist ja eine alte Erfahrung, daß nichts verständlicher wirkt als gemeinsame Arbeit an großen, gemeinsamen Arbeiten. Die Regierungen hoffen, daß diese Beratungen ein befriedigendes Ergebnis haben werden und daß manche Gegenstände sich als weniger wichtig herausstellen werden, als heute angenommen wird. Sie hoffen jedenfalls, daß die Beratungen zur Klärung der Gegenstände beitragen werden und daß es gelingen wird, ein Tarifgesetz zu Stande zu bringen, der Landwirtschaft zum Nutzen und der Industrie nicht zum Trage, ein Tarifgesetz, mit dem das Land zufrieden sein kann. (Stürmisches Bravo! rechts.)

Darauf schlägt der Präsident die Vertagung der Beratung vor. Es folgen

persönliche Bemerkungen.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Der Abg. Richter hat Neuheiten von mir citiert, nach denen es scheinen könnte, daß ich früher andere Ansichten vertreten habe als heute. Man kann ja immer etwas hinzufügen. Anschauungen zu ändern ist also keine Schande. Im vorliegenden Fall ist davon aber nicht einmal die Rede. Ich halte auch heute nicht die Fülle für das beste Mittel gegen die Not der Landwirtschaft, viel bessere Mittel sind der Antrag Ramiy und die Lösung der Währungsfrage.

Präsident Graf v. Valkstrem: Das letztere ist nicht persönlich gewesen. (Weiter! rechts.)

Abg. v. Molkenbuh (Soz.):

Der Staatssekretär Graf v. Posadowsky hat sich in seinen Ausführungen sehr mit meiner Rede beschäftigt und dabei eine Reihe Behauptungen angeführt, die unwirksam waren. Ich habe nicht gesagt, daß Amerika die Saugzölle erst nach dem deutschen Schweine-Einfuhrverbot eingeführt habe. Ich habe gesagt, daß das durch den Krieg mit den Südstaaten zehnfach gesteigerte Budget die Veranlassung zum Uebergang zum Schutzzollsystem gegeben habe. Erst spätere kleine Schutzollbewegungen sind auf unser Schweine-Einfuhrverbot zurückzuführen gewesen.

Ich habe ferner nicht gesagt, daß die deutsche Landwirtschaft rückständig in der Technik sei. Ich habe im Gegenteil gesagt, verschiedene Preisrückgänge seien auf Fortschritte in der Technik zurückzuführen. Wenn ich also Fortschritte in der Technik konstatiert habe, lamm ich doch unmöglich von einer technischen Rückständigkeit gesprochen haben.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Reichstagskandidaturen. Eine Parteiverammlung für den 10. sächsischen Reichstagswahlkreis, die am Sonntag in Harta tagte, stellte zur bevorstehenden Erntewahl den bisherigen Kandidaten Karl Grünberg aus Harta wieder auf.

Für den 21. sächsischen Reichstagswahlkreis tagte am Sonntag eine Versammlung des Kreiswahlvereins, die sich gleichfalls mit der Kandidatenfrage beschäftigte. Nach längerer Debatte wurde Grenz-Weißig als Kandidat nominiert, der auch bei der letzten Wahl schon kandidierte.

Die Vertrauensmänner des 9. badischen Reichstagswahlkreises erwählten in einer Konferenz am Sonntag den Landtags-Abgeordneten Emil Eichhorn aus Rommheim als zukünftigen Kandidaten des Kreises. Der bisherige Abgeordnete des Kreises, A. Ager, wird krankheitshalber nicht mehr kandidieren.

Gemeindevahlen. Auf Grund eines Kompromisses mit den Bezirksvereinen gegen die Nationalliberalen wurden in Darmstadt zwei Parteigenossen mit in das Stadterordneten-Kollegium gewählt. Bisher gehörte dem Kollegium kein Sozialdemokrat an.

Die Parteigenossen in Mainz haben für die am 9. Dezember stattfindende Gemeindevahl, bei der 10 Mandate kritisch sind, ein Kartell mit den Demokraten, Deutschfreisinnigen und Nationalliberalen abgeschlossen, um gegen die die Stadt beherrschenden Ultramontanen vorzugehen. In einem gemeinschaftlichen Wahlantrage, der von den Vorständen dieser vier Parteien unterzeichnet ist, heißt es, daß zum erstenmal „die vier liberalen Parteien gemeinsam vorgehen.“

Das ist insofern richtig, als sich die Sozialdemokraten zum erstenmal den andern drei Parteien angeschlossen haben, die bisher in den verschiedensten Konstellationen zum Teil mit den Ultramontanen gegen die Sozialdemokratie gelämpft haben. Im übrigen verdient wohl gerade die Partei, die das Wort „liberal“ offiziell im Wappen führt, am allerwenigsten den Namen einer liberalen Partei.

Die Kandidaten sind so verteilt, daß auf die gemeinsame Liste 5 Sozialdemokraten, 5 Deutschfreisinnige, 4 Demokraten und 2 Nationalliberale kommen. Unter den freiwerdenden Mandaten sind 3 sozialdemokratische.

Bei dem bisherigen selbständigen Vorgehen hat unsere Partei recht gute Erfolge erzielt. Die Zahl der für uns abgegebenen Stimmen ist ständig gewachsen. So daß sie bei der Wahl 1898 nur noch mit einigen hundert Stimmen hinter der gegnerischen Liste zurückblieb. Da die ganze Stadt einer Wahlkreis bildet, so ist dieses fortwährende Steigen unserer Stimmen von ganz besonderen Werte.

Partei-Presse. Die Verschmelzung der Halberstädter „Volk- und Zeitung“ mit der Magdeburger „Volk- und Zeitung“ ist jetzt als beschlossene Tatsache zu betrachten. Eine Wahlkreis-Konferenz für Calbe-Aischersleben und eine ebensolche für Halberstadt-Aischersleben, die am Sonntag gleichzeitig getrennt von einander über die Angelegenheit verhandelten, saßen übereinstimmende Beschlüsse in dieser Hinsicht. Die Magdeburger Genossen erklärten ihr Einverständnis mit dem Plane. Die Umwandlung soll am 1. Januar 1902 vollzogen werden.

Die Genossen Markwald und Tisch treten dann in das Magdeburger Blatt ein.

Die als Kopfsblatt der „Volk- und Zeitung“ erscheinende „Sonntags-Zeitung“ geht damit gleichfalls ein.

Die Offenbacher Parteigenossen tauschten in zwei Versammlungen ihre Erfahrungen bezüglich der letzten verlorenen Gemeindevahl aus, wobei sie zu dem Schlusse kamen, die örtliche Organisation besser auszubauen, um in Zukunft den Gegnern schlagfertiger gegenüberzutreten zu können. Zu diesem Zweck wurde die Einführung des Bezirksystems nach dem Muster von Hamburg und Berlin beschlossen und eine Kommission gewählt, welche die Vorarbeiten dazu übernehmen soll.

Totenliste der Partei. In Dresden starb der Genosse August Boremski, Kassierer des Müllerverbandes.

Ein Veteran der Arbeiterbewegung, der Genosse Karl Böhlert, starb in Braunschweig. Der Verstorbenen, der bei langem Siechtum ein Alter von 81 Jahren erreichte, gehörte zu den Begründern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins.

Die Parteigenossen in Karlsruhe verloren einen ihrer tapfersten Kämpfer in der Person des Genossen Wolf Bornann.

Die Parteigenossen werden den Verstorbenen ein treues Andenken bewahren.

Die sozialdemokratische Presse Schwedens ist zur Zeit in einer erfreulichen Entwicklung begriffen. „Socialdemokraten“ in Stockholm ist bekanntlich vor einigen Wochen nach den prächtigen Erfolgen in dem neuen Volkshaus übergeben und wird nun auf einer Rotationspresse neuester Konstruktion gedruckt und mit neuem Typenmaterial gesetzt. — Die Abonnentenzahl von „Arbetet“ in Malmö, der zweitgrößten Parteizeitung Schwedens, hat seit dem 1. Januar um 1800 zugenommen, so daß die Auflage jetzt 10 000

beträgt, was für eine Stadt von ca. 80 000 Einwohnern wohl bedeutend erscheint. Die Aktiengesellschaft „Follets Hus“, in deren Gebäude „Arbetet“ hergestellt wird, hat nun beschloffen, einen Neubau aufzuführen, der bestimmt ist für die Druckerei, Segerei und Redaktion der Zeitung. Es soll eine Rotationspresse angeschafft werden und das Blatt, das jetzt siebenpaltig gedruckt wird, soll dann achtpaltig herausgegeben werden.

Aus der russischen Bewegung. Vor einigen Wochen erschien in Lodz die erste Nummer eines neuen Organs des Lodzger Komitees des „Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes in Litauen, Polen und Rußland“, „Die Freiheits-Lode“, eine 28 Seiten umfassende jüdische Arbeiterzeitung, die in einer Geheimdruckerei hergestellt wurde. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Freiheits-Lode (Gesicht); Eine neue Liste der russischen Regierung; Rabbiner, Kopen und Pfaffen im Dienste des Kapitals; Die Arbeiterbewegung in Lodz; Korrespondenzen aus mehreren Fabriken, Schneider- und Schuhwerkstätten; Ein Brief aus dem Lodzger Gefängnis; Chronik der Arbeiterbewegung in Lodz, Nekrologe und Kasernenberichte des Lodzger Komitees des „Bundes“ und der Lodzger Allgemeinen Streikklasse.

Aus der Frauenbewegung.

Zur Frage der weiblichen Fabrikinspektion geht uns von der Berliner Beschwerdeforschungs-Kommission folgende Notiz zu:

Die Fabrikinspektorin für Baden, Fel. Dr. v. Reichthofen führte in einem Referat, welches sie in der Dresdener Ortsgruppe der Gesellschaft für soziale Reform hielt, darüber Klage, daß die Arbeiterinnen noch nicht genügend für die Fabrikinspektion erzogen seien, die Sprechstunden werden wenig von Arbeiterinnen besucht. Auch die Berliner Inspektorin Fel. Reichelt mußte in ihrem Bericht vom Jahre 1900 konstatieren, daß nur wenige Beschwerden von Arbeiterinnen direkt an sie ergangen sind, die große Mehrzahl der Beschwerden wurden ihr durch die hiesige Beschwerdeforschungs-Kommission, welche von den organisierten Arbeiterinnen ins Leben gerufen wurde, zugestellt.

Auch das letzte Quartal führte der Kommission wieder zahlreiche Arbeiterinnen in gewerblichen Angelegenheiten zu. Leider müssen wir immer wieder viele Klagen zurückweisen, weil die Grenzen der Inspektion zu eng gezogen sind. Wie häufig wird nicht Klage darüber geführt, daß die Werkstättenbesitzer den ersten fünf Tage der Woche für das Geschäft arbeiten lassen, am Sonnabend jedoch die Privatwirtschaft betreiben. So können sie ungehindert die Arbeiterinnen Sonnabends nach 1/2 Uhr beschäftigen; kein Gesetz hindert sie daran, für ihre Kundschaft länger arbeiten zu lassen und wehe der Arbeiterin, die sich dagegen sträuben wollte, sie könnte ihren Vorkurs abgeben. Ferner gehen uns aus den Berichten, namentlich aus Weiskenssee, die haarsträubendsten Schilderungen von Schweißwerkstätten zu. Die Reinlichkeit läßt in allen Fällen sehr zu wünschen übrig, soll es doch nicht einmal selten sein, daß in der Werkstube befindlichen Kinder des Meisters dieselbe verunreinigen und der Urat bis abends liegen bleibt. Nicht man in Betracht, daß in den Räumen meist noch gelüftet wird, dann lamm man sich ungefähr vorstellen, welche Atmosphäre dort herrscht. Kontrolliert werden diese Höhlen überhaupt nicht. So weit reicht der Arm unserer Gesetzgebung noch nicht und die wenigen Beamten der Gewerbe-Inspektion können das große Arbeitsfeld, welches sich ihnen hier öffnen würde, nicht bewältigen.

Die Beschwerden, die unter die Gewerbe-Inspektion fallen, betreffen meist zu lange Arbeitszeit und Unanständigkeit. So dehnen manche Arbeitgeber die Arbeitszeit bis 7, 8 ja 9 Uhr aus. In einer Fabrik betrug die Arbeitszeit für jugendliche Arbeiter bis 14 Stunden täglich. Parks- und Ankleideräume fehlen häufig oder sind so mangelhaft, daß Klagen geführt werden müssen. In einer Fabrik wurde als Ankleideraum ein Durchgang benutzt, den zu jeder Stunde Männer passieren mußten. In einem Konfektionsgeschäft wurde den Mädchen, obwohl sie mittags nicht nach Hause gehen, nicht gestattet, sich warme Getränke zu bereiten. In derselben Firma, bei welcher noch außer den Arbeiterinnen kaufmännische Angestellte tätig sind, waren die Aborte nicht mit Schlössern versehen und mußten von innen mittels einer Scham zugestapelt werden. Den Feisenden und Comptoirangestellten war es häufig bequemer, am Ausgange der Wasserleitung Bedürfnisse zu befriedigen. Vom Fabrikanten wurde diese Unsitte stillschweigend geduldet, obwohl die jungen Mädchen aus derselben Leitung ihr Trinkwasser entnahmen, auch bietet diese Wasserleitung die einzige Waschlöglichkeit. In welcher unliebsamen Begegnungen das führt, liegt auf der Hand. Auf Grund einer Inspektion des Fraulein Reichelt wurden diese Mißstände sofort abgestellt. In einem andern Falle war für 40 Personen überhaupt nur ein Abort vorhanden, der sich einmal regelmäßig gereinigt wurde. In einer Wäschefabrik befanden sich im Pflanzsaal zwei Aborte und deshalb hatten die Arbeiterinnen sehr durch die schlechten Düfte zu leiden. Diese Blumenlese lieh sie bis in das Innere der Fabrik ausbreiten und wenn wir hier einige Beispiele mitteilen, so geschieht es, um der Öffentlichkeit zu zeigen, wie menschenunwürdig auch hier in Berlin die Arbeiterinnen von den Unternehmern behandelt werden.

Das möchten wir noch anknüpfen an den Ausspruch des Fel. Dr. v. Reichthofen, in Baden wäre die Inspektion durch die Gewerkschaften sehr gut an die Arbeiter herangekommen, die Frauen seien jedoch leider nicht kollektivisch zu fassen. In Berlin sind nun die Arbeiterinnen auch nicht selbst zur Inspektion gegangen, doch haben sie ihr die Beschwerden durch ihre Vertrauenspersonen zugehen lassen. Wenn wir nun gar annehmen, daß Fel. Reichelt ihre Aufgabe sehr ernst nimmt und mit Erfolg thätig ist, so müssen wir uns so sehr bedauern, daß sie unter Kommission jede Auskunft verweigert. Auf persönliche Anfragen unserer Kommission nach Erledigung eingereichter Beschwerden wurde uns immer die Antwort, dieselben befänden sich im Geschäftsgange, obwohl uns einzelne der Fälle als erledigt bekannt waren. Daraus geht hervor, daß jede Verbindung mit uns verpönt ist, und da am Anfang ihrer Thätigkeit Fel. Reichelt uns Auskunft gab, so geben wir wohl nicht fehl in der Annahme, ein Blick aus höheren Regionen habe den Beamten den Weg gezeigt. Nun geht uns ja wohl in einigen Fällen von den Arbeiterinnen selbst Nachricht zu, aber in den meisten Fällen hören wir nichts mehr von der Beschwerdeführerin. Die Arbeiterinnen haben eben keine Zeit, noch einmal den Weg in unsere Sprechstube zu machen. Nun vielleicht sieht man auch in den hiesigen amtlichen Kreisen noch einmal ein, wie wichtig das in Verbindung treten mit den Vertrauenspersonen der Arbeiter ist. Zu den Beamten haben die Arbeiter und Arbeiterinnen heute noch nicht so viel Vertrauen, daß sie die amtlichen Sprechstunden besuchen. Ihnen stehen eben die Leute aus ihren Reihen viel näher und wir werden auch weiterhin unsere Pflicht in ihrem Interesse erfüllen.

Beschwerden nehmen entgegen:

Fel. Vaader, Großgörschenstraße 38, zweiter Hof II, Frau Baushle, Poststraße 47, Hof II, Frau Dr. Wegl, Lothringersstraße 67, I, Frau Lup, Waterloo-Platz 9, im Laden, Frau Reich, Hygiene-Str. 8, links, Aufg. IV, Frau Tichy, Blumenstraße 63, I rechts, Frau Sprung, Markusstr. 18, Aufg. 8, III.

Sprechzeit jeden Mittwochabend von 7—9 Uhr.

Gewerkschaftsbureau, im Gewerkschaftshaus, Engel-Platz 15, II, Flurzugang, Vormittags 9—1 und nachmittags 6 bis 8 Uhr.

Die Gewerbe-Inspektorin Fraulein Reichelt, Georgenstraße 22, ist jeden Donnerstag von 7—8 Uhr abends und jeden ersten Sonntag im Monat von 9—10 Uhr vormittags zu sprechen.

Die Namen der Beschwerdeführer werden streng geheim gehalten!

Schuh allen Heimarbeitern.

Die Denkschrift der Schneider, welche für die Heimarbeiter der Konfektion geschickten Schutz verlangt, hat berechtigtes Aufsehen erregt. Man darf wohl mit Zuversicht hoffen, daß gegenüber je

Frauenrollen Zuständen keine Partei des Reichstags sich weigern... Die Petition ist unterzeichnet für die Blumen- und Feder-...
brause von Frau Thier und Frau Köhler, für die Buchdruck-...
Hilfsarbeiterinnen von Fräulein Heydemann und Frau...
Thiede, für die Metallbranche von Frau Litz, für die...
Pofamentenbranche von Frau Hofmann, für die Textil-...
arbeiter von Fräulein Altmann und Frau Reinhold, für die...
Wäschebranche von Frau Rosenstengel und Frau Hahnhold.

Aus Industrie und Handel.

Der Beschäftigungsgrad in den Spinnereien steht gegen-...
wärtig unter dem Zeichen der Erzeugungseinschränkungen, von denen...
namentlich die Baumwoll- und Leinenbranche betroffen ist. Die...
westdeutsche Baumwollspinnerei beschäftigt ca. 17 000 Arbeiterkräfte...
von denen nur ein ganz minimaler Prozentsatz voll beschäftigt ist. Meist...
ist die Betriebsleistung nur so bemessen, daß durchschnittlich...
nur 5 Tage in der Woche gearbeitet wird. In den Bezirken...
N.-Westphalen, Sächsen, Varnen, Elberfeld, Rheinhell und Düsseldorf...
beträgt der Verdienstausfall der Arbeiter gegenüber einem vollen...
Beschäftigungsgrad mindestens 30 000 M. pro Woche. Dabei ist der...
Beschäftigungsgrad so schwach, daß eine weitere Betriebsleistung...
tatsächlich unvermeidbar ist. Auch in Sachsen mit mehr als...
10 000 Arbeiterkräften ist die Erzeugung in den Baumwollspinnereien...
herabgesetzt worden. Die Arbeitgeber sind zusammengetreten, um...
eine einheitliche, allgemeine Reduktion von 20 Prozent durchzu-...
führen.

Wesentlich noch schlimmer als die Arbeiter in Westdeutschland und...
in Sachsen sind die Spinner im Oberelsaß daran, wo in einzelnen...
großen Betrieben noch vier Tage in der Woche gearbeitet wird. Von...
einen 13 000 Arbeitern wird binnen kurzem der größere Teil...
unter dieser verlustbringenden Erzeugungseinschränkung arbeiten. Der...
andere Teil arbeitet aber keineswegs voll, sondern höchstens 5 Tage...
in der Woche. Auch die Leinenspinnerei ist schlecht beschäftigt, so...
daß die bisher schon geübte Erzeugungseinschränkung, die in...
Sachsen einen Tag pro Woche beträgt, verlängert werden muß. Der...
Verband der schlesischen und sächsischen Spinnereibesitzer, der zwar...
nicht alle, aber den größten Teil sächsischer Spinnereien repräsentiert...
hat zunächst für weitere drei Monate, also bis Ende Februar die...
Aufrechterhaltung der Betriebsleistung beschlossen. Von dieser...
Verkürzung wird der größte Teil der in deutschen Leinenspinnereien...
beschäftigten Arbeiter betroffen, von 23 000 etwa 14 000.

Die Rensselaer Kohlenwerke haben beschlossen, die Preise...
für alle Sorten Braunkohlen um 1 M. pro Doppelcentner zu er-...
mäßigen. Der Grund zu dieser Maßnahme wird in verminderter...
Nachfrage und in den bedeutenden noch vorhandenen Vorräten gesucht.
Winterpreise sollen diesmal gar nicht eintreten.

Rohreisenhandel und Gießereien. Die Gießereien des...
Siegelerlandes haben nur in geringem Maße von der vom...
Rohreisenhandel angebotenen Verkleinerung der abgeschlossenen und...
noch abzunehmenden Rohreismengen mit dem noch offenen nächst-...
jährigen Bedarf Gebrauch gemacht. Die Gießereien wollen sich...
der „R. H.“ zufolge nach den gemachten Erfahrungen nicht wieder...
dazu verstehen, sich bis Ende des nächsten Jahres zu binden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Bildhauer! Ein Schwinder, welcher sich melten...
Namensstempel verschafft hat oder sich eine Nachbildung hat an-...
fertigen lassen, geht mit einer Liste, unter welcher sich dieser Stempel...
befindet, herum. Er gibt vor, im Auftrage des Centralvereins...
der Bildhauer zu kommen und für die Arbeitslosen sammeln zu...
sollen. Ich bitte vorkommendenfalls demselben die Liste ab-...
zunehmen eventuell denselben festnehmen zu lassen, um festzustellen...
ob er im Besitz eines Stempels ist. Der Stempel trägt die Auf-...
schrift: Otto Meyer, Berlin SO., Engel-Ufer 2b oder Engel-Ufer 15.
O. Meyer, Verwalter des Centralvereins der Bildhauer.

Deutsches Reich.

In der Berlin-Gubener Hutfabrik vormalig A. Cohn zu...
Guben ist am 27. November den Matrizenziehern ein Lohnabzug...
von 20 Prozent angeordnet worden mit dem Bemerkten, daß die-...
jenigen, welche nicht damit einverstanden sind, ihre Kündigung zu...
verweigern haben. Um diesem Lohnabzug Nachdruck zu geben...
wurden in den Lokalblättern sowie anderwärts Annoncen ein-...
gerichtet, worin Matrizenziehler für die betr. Fabrik gesucht werden.
Schon vor zwei Jahren fand zu einer Zeit, wo sich alles...
zum frohlichen Weihnachtsfeste, zum Feste des Friedens...
und der Liebe, vorbereitete, ein Lohnabzug statt. Jedoch...
war es damals noch möglich, mit der Direktion zu unter-...
handeln und ein für die Hutmacher annehmbares Resultat zu er-...
zielen, wogegen bei der jetzigen Lohnreduktion von vornherein jede...
Verhandlung abgelehnt wurde mit dem Bemerkten: „Wer nicht...
für den Preis arbeiten will, kann aufhören.“ In dem Betrieb...
werden ungefähr 700 Personen beschäftigt und die Geschäftslage...
kann für das ganze Jahr hindurch als eine gute bezeichnet werden.
Würden doch 10 Proz. an Dividende bezahlt und zudem die Gehälter...
der Direktoren um ein Bedeutendes erhöht.

Gewerkschaft oder Versicherungsanstalt? Mit ihrem Be-...
stehen, den Centralverband deutscher Schuhmacher zu einer...
Versicherungsanstalt zu stempeln, ist die Magdeburger...
Staatsanwaltschaft auch in der zweiten Instanz abgelehnt worden.
Bekanntlich hat das Schöffengericht vor einiger Zeit den Leiter der...
Magdeburger Filiale des Schuhmacher-Verbandes von der Anklage...
dab, er ohne Genehmigung der Behörde eine Versicherungs-...
anstalt betriebe, freigesprochen. Die Staatsanwaltschaft hatte...
Verurteilung eingeleitet, die aber vom Landgericht verworfen worden ist.
Das Gericht führte aus, es müsse auf Freisprechung erkannt...
werden, weil der Centralverein deutscher Schuhmacher seinen Mit-...
gliedern, wie aus den Statuten des Vereins hervorgehe, kein...
lagbares Recht auf Unterstützung einräume. Oberverwaltungsgericht und...
Kammergericht aber entschieden hätten, daß solche Gewerkschaften...
als Versicherungsanstalten zu betrachten seien. Ferner erwichen die...
Freisprechung geboten, weil das Reichsgericht über die privaten...
Versicherungs-Unternehmungen vom 12. Mai 1901 im § 1, Absatz 2...
bestimme, daß Personenvereinigungen, die ihren Mitgliedern...
Unterstützungen gewähren, ohne ihnen einen Rechtsanspruch...
daran zu erlangen, keine Versicherungsunternehmungen seien.

Porzellanarbeiter. In den „Wesfälischen Stanz-...
und Emaillewerken vorm. J. H. Kerkmann“ in Ahlen in...
Westfalen hat die Direktion mit Rücksicht auf die schlechte...
Geschäftslage eine Herabsetzung der Löhne um 20 Prozent verfügt...
und gleichzeitig, „um den Arbeitern die Lohnlinderung so wenig...
wie möglich spürbar werden zu lassen“, die Verlängerung der...
Arbeitszeit um eine Stunde verfügt. In dem Masse der Direktion...
wird gleich bemerkt, daß denen, welche mit der Lohnherabsetzung...
nicht einverstanden sind, die Kündigung freistehe, die dann aber...
keinen Fall wieder rückgängig gemacht werden dürfe.

Neun in der genannten Fabrik beschäftigte Maler, die sämtlich...
dem Verbands der Porzellan- u. Arbeiter angehören, haben sich...
geweigert, billiger und länger ihre Arbeitskraft zur Verfügung...
zu stellen und haben gekündigt. Wiederholte Vermittlungsversuche...
auch durch die Verbandsleitung, hatten kein Resultat, so daß nunmehr...
die Maler außer Arbeit getreten sind. Die Firma sucht in allen...
Blättern, die in Kreisen der Emaille- und Porzellanmaler gelesen...
werden, Ersatzkräfte.

Es ist seitens der Verbandsleitung die Sperre über...
obige Firma verhängt worden und wird erachtet, dieselbe...
zu beachten. Ein Zweiggeschäft der Firma befindet sich in Hamm...
dort ist eine Reduktion nicht vorgenommen worden, möglich ist es...
aber, daß Maler für das Hammer Geschäft gesucht und dann nach...
dem nahen Ahlen geschickt werden. Es ist demnach die größte...
Vorsicht bei Engagements nach dort zu beachten.

Vom Landgericht zu Vöckum wurde am 29. November der...
frühere Redacteur der „Deutschen Bergarbeiter-Zeitung“ Hr. Lang-...
horst wegen einer in dieser Zeitung begangenen Verleumdung der...
Verbandsleitung der Besche „Sulzbach“ (Sauer-Revier) zu 300 Mark...
Geldstrafe verurteilt.

In der Weismöbel-Fabrik von Wagner u. Zinkeisen zu...
Leipzig-Lindenau sind, nach der „Leipziger Volkszeitung“,...
Differenzen mit den dazulast beschäftigten Arbeitern ausgebrochen...
welche darin bestehen, daß man wohl angeht, an dem bestehenden...
Tarif der Tischler nichts abzugeben zu wollen, gleichwohl aber am...
verdienten Lohn 10 Proz. in Abzug bringt. Betroffen sind davon...
nicht allein Tischler, sondern alle in der Fabrik beschäftigten...
Arbeiter.

Die Firma scheint den Betrieb ganz einstellen zu wollen, da...
nur noch die unvollendeten Arbeiten fertiggestellt werden sollen und...
ein Teil der Tischler und 22 Maschinenarbeiter die Arbeit dazulast...
schon verlassen mußten.

Völlig unverständlich bleiben aber die Maßnahmen des...
Verbandes der Holzindustriellen in dieser Sache. Den bei Wagner u...
Zinkeisen entlassenen Tischlern hat man auf der Arbeitsvermittlungs-...
stelle obigen Verbandes erklärt, gleichwie die Arbeiter der Firma...
Schloßbach, wären auch die bei Wagner u. Zinkeisen entlassenen...
Arbeiter von der Arbeitsvermittlung ausgeschlossen. Auf der einen...
Seite giebt der Verband der Holzindustriellen als Daseinszweck die...
Verlängerung der Schmutzkonturrenz mit an, und hier sollen Arbeiter...
verkennt werden, die sich weigern, die finanziellen Angelegenheiten...
einer Firma mitzutragen, denn mit dieser, Motivierung ist den...
Arbeitern der Abzug angeboten worden.

Der Streik in der Fahrradfabrik von Gebr. Giese u. Co...
in Offenbach a. M. wurde am Sonntag durch gütliche Aus-...
einandersetzung beigelegt. Die Firma willigt in eine Lohnreduktion...
von 10 Proz. anstatt 25 Proz. und verspricht bei Verringerung der...
Geschäftslage die bisherigen Löhne wieder zu bezahlen. Einige Arbeiter...
die nicht sofort wieder eingestellt werden konnten, sollen in erster...
Linie Verbeschäftigung bei Neueinstellungen finden.

Aus dem Arbeiterssekretariat zu Mannheim wird im...
Laufe des Winters der Arbeiterssekretär Genosse Kagenstein...
ausreisen, um sich ganz der literarischen und sozialpolitischen...
Tätigkeit zu widmen. Genosse Kagenstein geduldet zunächst in...
Mannheim zu bleiben.

Sociales.

Die Alkoholfrage und die Frauenfrage lautete das Thema...
über welches am Donnerstag im Gewerkschaftshause Fräulein...
Dr. Springer in einer sehr gut besuchten Versammlung des...
„Vereins abstinenten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin“ referierte.
Die Rednerin besprach zunächst in äußerster sachlicher Weise die...
Alkoholfrage, indem sie die hygienischen, finanziellen und sittlichen...
Schädigungen darlegte, welche der Alkoholgenuß an der einzelnen...
Person, der Familie, dem Staat und an der ganzen menschlichen...
Gesellschaft anrichtet. Sodann zur Frauenfrage übergehend, hebt sie...
hervor, daß die Frauenbewegung ebenso wie die Anti-Alkoholbewegung...
am allermeisten von denen verachtet und verhöhnt wird, die am...
wenigsten davon verstehen. Rednerin erläuterte sehr eingehend das...
Wesen der Frauenfrage und kommt zu dem Resultat, daß die Frauen...
an der Alkoholfrage in erster Linie interessiert sind. Zur Lösung der...
Alkoholfrage sei eine vernunftgemäße Erziehung der Jugend not-...
wendig, und hierzu sei vor allen Dingen die Frau berufen. Weicher...
Beifall belohnte die Rednerin für die fast zweistündigen Aus-...
führungen.

In der Diskussion wies Genosse Manasse unter lebhafter...
Zustimmung der Versammlung darauf hin, daß der Kampf für...
das Recht der Frau sowohl wie der Kampf gegen den...
Alkoholismus seine beste Vertretung in der sozialdemokratischen...
Partei finde. Das könne jedoch nicht abhalten, den Kampf noch in...
besonderer Weise zu führen; denn es sei nicht zu bestreiten, daß die...
aufwärtsstrebende Arbeiterschaft durch den Alkoholismus sehr ge-...
hemmt wird. Er müsse den Mut des kleinen Häufleins abstinenten...
Arbeiter anerkennen, welche es unternommen haben, ihre Genossen...
über die schädlichen Wirkungen des Alkoholgenußes aufzuklären, leidet...
aber noch so häufig mit Gohn und Spott behandelt werden. Man brauche...
aber die Sympathie, welche der Abstinentenbewegung entgegengebracht wird...
nicht zu unterschätzen; es gebe große Kreise von Arbeitern, welche...
nur noch aus solcher Scham sich den herrschenden Trinksitten unter-...
werfen. Vorläufig wäre es schon ein großer Fortschritt, wenn der...
Alkoholismus im allgemeinen nachlasse. Eine wahre geistige Hebung...
des Proletariats sei allerdings erst möglich, wenn sich die Arbeit-...
erschaft vom Alkoholgenuß vollständig fern hält. Genosse Frankel...
führte aus, daß die Abstinenten keineswegs von den Arbeitern...
fordern, sie sollen von morgen ab keinen Schluck Bier...
mehr zu sich nehmen; aber die vollständige Abstinenz müsse doch...
immer als das Ziel aufgestellt werden und nicht die sogenannte...
Mäßigkeit, wie es leider so vielfach geschehe. Mäßigkeitstrebungen...
seien für die Verhinderung des Alkoholismus vollständig wertlos.
Diesen Genossen, welche den Mut hätten, abstinenz zu leben...
mögen sich dem Verein abstinenten Arbeiter und Arbeiterinnen...
Berlins“ anschließen.

Gewerkschafts-Zeitung.

Der Brotwucher und das religiöse Gefühl eines For-...
mellers. Unser Vorzeigegenosse Fritz Hoppe aus Niddorf hatte am...
Sonntag, 15. September, in Neubrück ein sozialdemokratisches...
Flugblatt verteilt und Unterschriften für die Petition gegen den...
Brotwucher gesammelt. Daraufhin erfolgte eine Anklage, weil...
Hoppe mit dem Flugblattverteilern am Sonntagmorgen eine...
öffentlich bemerkbare Arbeit verrichtet und sich dadurch gegen die...
Oberpräsidial-Verordnung vom 4. Juli 1898 verstoßen haben sollte.
Vor dem Amtsgericht zu Weeslow war gestern Termin in dieser...
Sache. Als Verlesungszuge trat u. a. ein Forstmeister namens...
Schöppner auf. Dieser Herr erzählte dem Gerichte, daß...
er sich durch die Flugblattverteilung unseres Vorzeigegenossen außer-...
ordentlich in seinen religiösen Empfindungen verletzt gefühlt habe...
und er erachtete es für angebracht, daß dem groben Unsitte der...
Sozialdemokratie ganz energisch entgegengetreten werde. Der...
Staatsanwalt wollte unser Vorzeigegenossen zu einer Haft-...
strafe verurteilt wissen. Der Vorsitzende teilte dem Vertreter der...
Anklagebehörde jedoch mit, daß dies Verlangen nicht erfüllt werden...
könne, da das Gesetz dem hindernd im Wege stehe. So begnügte sich...
der Staatsanwalt dann damit, die Hälfte des höchsten Strafmaßes, nämlich...
30 M. zu beantragen. Auf eine solche Strafe müsse schon erkannt werden...
weil — man höre — der Angeklagte sich geweigert habe, seine...
„Mithäter“ zu nennen. Genosse Hoppe wies in seiner...
Verteidigung darauf hin, daß er mit dem in seinen religiösen Gefühlen...
so tief verletzten Forstmeister Schöppner vor kurzem in einer Volk-...
versammlung eine persönliche Auseinandersetzung...
gehabt habe. Selbsten möge dieser Herr ihm nicht grün sein. Das...
Gericht verurteilte Hoppe zu 15 M. Geldstrafe. Es soll Verurteilung...
eingeleitet werden.

Vor dem Schwurgericht in Gotha hat sich ein Student...
der Berliner Universität unter der schweren Anklage der...
Ermordung seiner Geliebten zu verantworten. Der An-...
geklagte ist der 24jährige Sohn des Bürgergullehrers Fischer...
in Eisenach, Hans Fischer, der in Berlin Jura studiert und, wie...
s. B. mitgeteilt, während der Pfingstferien, die er in Eisenach...
verlebte, die damals 17jährige Martha Amberg, die Tochter...
einer armen Witwe, tötete. Fischer hatte schon als...
Schüler des Eisenacher Gymnasiums mit der Martha Amberg...
einen Liebesverhältnis angefangen und war nach Berlin...
mit dem Versprechen abgereist, dem Mädchen die Treue zu be-...
wahren. Inzwischen trat aber zwischen den beiden Liebenden eine...
Entfremdung ein, und nach der Behauptung des Angeklagten soll...
das ermordete Mädchen diese durch ihr Verhalten herbeigeführt...
haben. Als Fischer deshalb zu Pfingsten nach Hause kam, beschloß...
er, das Mädchen zur Rede zu stellen. Am Morgen des 29. Mai...
verließ das Paar die Stadt, um einen Spaziergang zu machen.
Was hierauf zwischen den Beiden geschehen ist, wird wohl...
niemals ganz aufgeklärt werden. Als der Angeklagte sich...
abends gegen 9 Uhr allein wieder in der Stadt einfand...
war er in einem Zustande der schrecklichsten Verzweiflung. Rot-...
dürstig bekleidet lief er durch die Straßen dem Polizeigebäude zu...
wo er in abgerissenen Sätzen die Erklärung abgab, daß er seine...
Geliebte erschossen habe und um seine Festnahme bat. Polizeibeamte...
führten sofort mit ihm zu dem Thortore hinaus und fanden dort...
die Martha Amberg auf dem Boden liegen. Die Leiche hatte...
der Angeklagte mit Blumen und Tannenzweigen bedeckt und seinen...
Rock und seine Weste darüber gebreitet. Wie er angab, hatte er...
mit dem Mädchen unterwegs Streit bekommen und in rasender...
Eiferucht die verhängnisvollen Schüsse abgegeben. Er erklärte...
ferner, daß er sich selbst auch das Leben habe nehmen...
wollen, jedoch nicht den nötigen Mut dazu gefunden habe...
Nach der That ist er dann im Walde umhergeirrt, bis ihn schließlich...
die Neue Überwältigte und er sich selbst der Behörde stellte. Die...
Staatsanwaltschaft ist der Meinung, daß Fischer das Mädchen mit...
Absicht und Ueberlegung getötet habe und hat deswegen Anklage...
wegen Mordes erhoben. Fischer war sechs Wochen in der psychiatri-...
schen Abteilung der Universität Jena zur Beobachtung seines Geistes-...
zustandes interniert, doch hat die Untersuchung ergeben, daß er voll-...
kommen zurechnungsfähig ist.

Versammlungen.

Ueber den Kampf gegen den Brotwucher und die Reaktion...
sprach am Montag Reichstags-Abgeordneter Ledebour in einer...
gut besuchten Volksversammlung in Peters Gesellschaftshaus, Alt-...
Moabit. Der Redner berichtete zunächst über den Verlauf der...
Montagsversammlung des Reichstags und wies besonders auf den Gegen-...
satz hin, in welchem die nichtstimmenden kurzen Reden der Regierung...
vertreter zu der einschneidenden Bedeutung stehen, die die Postar-...
beitsfrage für das deutsche Volk hat. Er führte den Versammelten...
dann weiter an mehreren Positionen der Vorlage vor Augen...
wie unerhört die Belastungen sind, die die Annahme...
der Vorlage herbeiführen würde. Genosse Ledebour schloß...
seine oft von Beifallsbezeugungen unterbrochenen Ausführungen mit...
einem Hinweis auf die Forderungen gegen die „Vorwärts“-Redaction...
Genossen Schmidt und John, gefällten Urteile, die Antwort unsrer...
Rechtsabteilung auf die im Interesse der Ehre Deutschlands erfolgte...
Beifassung von Mißbräuchen. Diese harten Urteile zeigten einmal...
wieder, wie unrecht jene haben, die zur Sanftmut mahnten. Hier...
gelte es vor allem, konsequent seiner Ueberzeugung zu folgen und...
das Ziel im Auge zu behalten: Nieder mit der Reaktion! — An...
den Vortrage schloß sich eine kurze Diskussion, worin zur Abschaffung...
der sogenannten parteilosen Blätter und zum Abonnement auf den...
„Vorwärts“ aufgefordert wurde.

Schöneberg. Eine gut besuchte öffentliche Kommunal-...
wähler-Versammlung beschäftigte sich am Montag mit dem...
am Freitag, den 18. Dezember stattfindenden Stadt-...
verordneten-Nachwahlen im 4. und 8. Bezirk. Genosse...
Käfer gab einen Hinweis auf die Ursache der Nachwahl in den ge-...
nannten Bezirken, wo infolge der Doppelwahl der Genossen Oß-...
und seiner Annahme des Mandats im 9. Bezirk die Wähler wieder-...
holt an die Wahlurne treten müssen; er streifte in kurzen Zügen die...
hiesigen kommunalen Verhältnisse und gab zum Schluß der Hoffnung...
Ausdruck, daß uns am Tage der Wahl, vorausgesetzt, daß die...
Parteiengenossen ihre volle Pflicht erfüllen, der Sieg sicher sei. So...
dann stellte die Versammlung einstimmig die Genossen Gustav...
Hoffmann für den 8. Bezirk und Gustav Däumig für den...
4. Bezirk als Kandidaten auf.

Pankow. Am Mittwoch, den 27. November, war vom...
Deutschen Holzarbeiter-Verband nach dem Lokale des Herrn Mielck...
in Pankow eine Holzarbeiter-Versammlung einberufen worden. Die...
Versammlung sollte dem Zweck der Aufklärung über Zweck und Ein-...
richtung der Gewerkschaft dienen, zumal am Orte in nächster...
Zeit ein solches errichtet werden soll. Obgleich nun die Versamm-...
lung drei Tage zuvor vorfristmäßig angemeldet wurde...
traf die Versammlung dennoch eröffnet wurde, verhinderte der...
amwesende Genosse die Fortsetzung derselben. Der Einberufer...
begab sich nun persönlich nach dem Orte, um die Ver-...
sammlung zu holen, fand daselbe aber geschlossen. Am Tage die...
Versammlung weiter und verfiel der Auflösung. Der Beschwer-...
weg ist beschritten. Öffentlich werden die Pankower Holzarbeiter...
die nächste Versammlung noch reger besuchen, denn die beste Agitation...
hierzu hat die Ortsbehörde und geliefert.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Sementerei.

Frankfurt a. M., 3. Dezember. Der „Frankfurter Zeitung“...
wird aus Konstantinopel gemeldet: In Djeddah hat die...
dortige 700 Mann starke türkische Garnison ge-...
mentert. Dieselbe zog sich in die große Moschee...
zurück, welche sie besetzte. Die Truppen fordern...
rückständigen Sold sowie Beförderung in die Heimat, da ihre Dienst-...
zeit seit zehn Monaten abgelaufen sei. Der dortige Gouverneur hat...
jeden Einfluß verloren. Der Sultan hat einen Sherif von Mekka...
nach Djeddah geschickt, um den Streit zu schlichten.

Amsterdam, 3. Dezember. (W. H.) Wie aus Boerenquellen...
berichtet wird, haben die Boeren beschlossen, nunmehr andre Maß-...
regeln gegen die von ihnen gefangenen Engländer...
zu treffen. Anstatt dieselben, wie bisher, unter dem Versprechen...
zu entlassen, daß sie die Waffen gegen die Boeren nicht mehr er-...
greifen, sollen sie nunmehr auf den Armen tätowiert und bei Wieder-...
ergreifung erschossen werden.

Harwich, 3. Dezember. Der Dampfer „Cambridge“, der gestern...
abend den hiesigen Hafen verließ, stieß mit dem gleichzeitig in den...
Hafen einlaufenden Torpedobootszerstörer „Salmon“ zusammen.
Der „Salmon“ wurde stark beschädigt. Der vorderste Feuerungs-...
raum stand bald unter Wasser. Zwei Heizer wurden vermischt, zwei...
andere wurden verletzt. Der Dampfer „Cambridge“, der anscheinend...
unbeschädigt geblieben ist, kehrte hierher zurück und landete die...
übrige Mannschaft des „Salmon“.

London, 3. Dezember. (W. T. B.) Ein abends eingetroffenes...
Telegramm aus Harwich besagt, der Torpedobootszerstörer...
„Salmon“ sei völlig versenkt; alle seine Besätze seien auf Deck...
gestürzt, eine Seite sei eingebrochen und das Deck zwischen den...
beiden vorderen Rauchfängen geborsten.

Harrisburgh, 3. Dezbr. (Melbung des „Newerischen Bureau“.)...
General Dartnell, mit einer Abteilung leichter Kletter, übernahm...
eine Abteilung bewaffneter Boeren, nahm 24 Mann gefangen...
unter welchen sich der Feldkornet Lyon und der Kapitän Pretorius...
befanden, und erbeutete 800 Stück Vieh und 150 Pferde. Lyon war...
der eifrigste Boerenführer jenes Bezirks.

Reichstag.

108. Sitzung vom Dienstag, 3. Dezember 1901, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posaadowsky, Hr. v. Thielmann, Hr. v. Rheinbaben, Müller, später der Reichstagskanzler.

Präsident Graf Vassekrem

macht dem Hause Mitteilung von dem am Montag erfolgten Tode des Abgeordneten Dr. Müller-Schaumburg (fr. Sp.). Das Haus ehrt das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen.

Darauf wird die erste Beratung des Zolltarif-Gesetzes fortgesetzt.

Staatssekretär Graf Posaadowsky:

Das wichtige Werk der Neuordnung unseres Zolltarif-Systems ist vielfach in der Öffentlichkeit mit sehr geringer Sachkenntnis behandelt worden, so daß man öfter an das französische Sprichwort erinnert wurde: „La mauvaise loi o'est l'âme de la discussion.“ (Schlechtgesetz ist die Seele der Diskussion.) Unser veralteter Zolltarif hat sich als ein ungeeignetes Instrument für den Abschluß neuer Handelsverträge erwiesen. Schon Graf Caprivi, dessen Verdienste auf handelspolitischem Gebiete ich gern anerkenne (Lachen links), hat erkannt, daß eine Rückkehr zu einer Zollautonomie sich in Zukunft nicht vermeiden lassen. Er hat bereits die Anschauung ausgesprochen, daß die späteren Verträge nicht einfach eine Wiederholung der bestehenden sein könnten. Diese Anschauung teile ich vollkommen. Das auswärtige Amt erachtet es für ein Gebot unserer handelspolitischen Fortschrittlichkeit, ein modernes Instrument eines Zollsystems zu schaffen. Beim Abschluß des russischen Handelsvertrags ergab sich die Notwendigkeit, zur Information der bureaukratisch zusammengefügten Regierung eine ständige Körperschaft aus Sachverständigen zu bilden. Nach meiner ursprünglichen Absicht sollte dieser wirtschaftliche Ausschuss aus der freien Initiative von Handel und Industrie hervorgehen, er sollte eine der Regierung gegenüber durchaus unabhängige Korporation sein. Leider war dieser Plan nicht zu realisieren, weil man sich nicht einigen konnte, wer die Führung übernehmen sollte. Daher entschloß sich die Regierung, die Bildung des Wirtschaftlichen Ausschusses selbst zu übernehmen. Ich benutze die Gelegenheit, hier vor dem Laude dem Wirtschaftlichen Ausschuss meinen Dank gegenüber den unzähligen ungerechten Angriffen der Presse auszusprechen für die Sachlichkeit, Ruhe und Unparteilichkeit (Chorus links; Bravo! rechts), für die Unparteilichkeit... (Erneute Unruhe links; Bravo! rechts), mit der die Herren gearbeitet haben. Sie kennen ja die Verhandlungen gar nicht, ich muß das also besser beurteilen können. Wenn der Wirtschaftliche Ausschuss sonst nichts geleistet hätte, so hätte er sich schon durch die unerschöpfliche Arbeit der Produktionsstatistik ein bleibendes Verdienst erworben. 50 000 Betriebe sind gefragt worden und 92 Proz. derselben haben geantwortet.

Gegen den Einwand, die eingehende Spezialisierung, wie sie der neue Zolltarif vorsetzt, sei nicht notwendig, hat sich bereits der damalige Vertreter des Auswärtigen Amtes am 8. Februar 1897 gewandt. Hr. v. Thielmann hat schon gestern auseinandergesetzt, daß nach den alten Spezial-Tariffen die meistbegünstigten Staaten in der Lage waren, z. B. Präzisionsmaschinen, Nähmaschinen, Fahrräder etc. in großen Massen nach Deutschland einzuführen, ohne daß sie uns irgend eine Gegenleistung dafür geboten hätten. (Unruhe links.) Technisch stand es mit dem wertvollen Material, das das Quebrachoholz für die Lederindustrie darbietet. Andere Staaten, auch solche, deren Industrie sich mit der deutschen keineswegs messen kann, haben in ihren Tarifen eine weitgehende Spezialisierung; so hat Frankreich 644, Rumänien 578, die Vereinigten Staaten von Nordamerika 705 Nummern. Die Auflösung der bisherigen Sammelpositionen in Spezialtarif erscheint danach auch für uns als eine Notwendigkeit. Es ist natürlich, daß wenn große Sammelpositionen bestehen, die Unterhändler weniger geneigt sein werden, Zugeständnisse zu machen. — Nun hören Sie bitte weiter folgende Zahlen und folgen Sie meinen Schlußfolgerungen aus denselben. Ueber 61 Proz. des Einfuhrüberschusses stammt aus den meistbegünstigten Staaten und nur etwas über 34 1/2 Proz. aus den Tarifstaaten. 640 Millionen beträgt der Einfuhrüberschuß aus den meist begünstigten, nur 466 Millionen aus den Vertragstaaten. Woher kommen unsere Rohstoffe? Ueberwiegend aus den meistbegünstigten Staaten. Die meistbegünstigten Staaten, sind, aber die, die entweder noch keine Industrie haben oder doch eine erst aufkeimende. Die in der Entwicklung begriffenen Staaten das sind aber die Staaten, wozu wir das dringendste Interesse haben, unsere Anfuhr zu leiten. Ich halte es für einen großen Fortschritt, auf die schlechte ökonomische Lage eines Landes zu schließen aus seiner passiven Handelsbilanz. (Sehr richtig!) Aber man muß auf jeden Fall in der Lage sein, eine positive Handelsbilanz zu bezahlen. Wir bezahlen unsere passive Handelsbilanz mit den Fabrikaten, die wir herstellen aus den Rohstoffen ihrer Ursprungsländer, mit den Schiffbauartikeln und den Früchten der deutschen Kapitalien, die in das Ausland gehen. Wenn aber diese Ursprungsländer sich immer mehr handelspolitisch abschließen, wenn uns dadurch die Konkurrenz auf dem Weltmarkt immer mehr erschwert wird, so folgt daraus mit unabweisbarer Logik, daß wir die Sammelpositionen in Einzelpositionen auflösen müssen, um nicht große Sammelpositionen unseren Vertragstaaten gegenüber preiszugeben und den meistbegünstigten Staaten diese großen Sammelpositionen ohne Gegenleistung in den Schoß zu werfen. (Sehr richtig! rechts.) Die deutsche Holzindustrie fährt über 20 Proz. ihrer Produkte ins Ausland aus, die Stahlindustrie über 25 Proz., von den in Deutschland produzierten Nähmaschinen gehen 68 Proz. ins Ausland, von Nähmaschinen 45 Proz., von der Textilindustrie über 20 Proz., Porzellan 67 Proz., Spielwaren fast 69 Proz., Musikinstrumentenindustrie 51 Proz., Uhren 43 Proz., von der Zuderindustrie 52 Proz. Bei dieser Sachlage müssen wir durch einen spezialisierten Tarif Kompensationsobjekte gegenüber den meistbegünstigten Staaten schaffen. Was soll aus unserer Ausfuhrindustrie werden, wenn wir uns diese Kompensationsobjekte verschergen? Unsere Exportindustrie z. B. nach Amerika ist bereits zurückgegangen für Glaswaren von 9 1/2 Millionen auf 4 Millionen, für Literarische und Kunstgegenstände von früher 22 1/2 Millionen auf 16 1/2 Millionen, für Seide und Seidenwaren von 40 Millionen auf 30 Millionen, für Wolle und Wollwaren von 21 auf 12 Millionen. Demgemäß liegen die neuen Spezialzölle eminent im Interesse unserer Ausfuhrindustrie, der wir ihren auswärtigen Markt erhalten müssen, und diejenigen politischen Richtungen, die im Interesse der Ausfuhrindustrie den vorliegenden Zolltarif bekämpfen zu müssen glauben, sind bei diesem Rennen auf ein falsches Pferd gekommen. Der gewichtige Einwand des Abg. Mollenhuth, Amerika sei schutzollnerisch geworden infolge unserer Maßnahmen gegen amerikanische Fleischwaren, trifft nicht zu: Amerika hat seine Schutzollnerität eingeführt nicht nur gegenüber Deutschland, sondern gegenüber der ganzen Welt. Amerika ist schutzollnerisch geworden im Interesse der Entwicklung seiner eigenen nationalen Industrie. Sind wir denn überhaupt Schutzollner? (Lachen links; Ja! Heiterkeit.) Ich behaupte, wir sind es nicht im Verhältnis zu anderen Staaten. Der objektive Maßstab dafür ist das Verhältnis der Zolleinnahmen zu dem Wert der Einfuhr. In den Vereinigten Staaten betragen die Zolleinnahmen vom Wert der Einfuhr 27,50 Proz., in Frankreich 9,76 Proz., in Italien 13,71 Proz., in Rußland innerhalb der europäischen Grenzen 32,61 Proz. und in Deutschland — 9,04 Proz. (Hört! hört! rechts.) Wie sich in Zukunft dies Verhältnis gestalten wird, kann heute niemand voraussagen. Daß es aber verhältnismäßig hinter dem anderen Staaten zurückbleiben wird, ist selbstverständlich. Wir müssen unser deutsches Erwerbs-

leben schützen und wir können nicht eine freihändlerische Case bilden inmitten von Schutzollnern. (Lachen links.)

Man hat von Erziehungszöllen gesprochen. Früher verstand man darunter Zölle, die eine in der Entwicklung begriffene Industrie schützen sollten. Heute nennt man Erziehungszölle solche Zölle, die wir herabsenken sollen, um dadurch andere Staaten beim Point d'honneur zu lassen und auch sie zur Herabsetzung zu zwingen. Das haben wir einmal versucht, nämlich beim Zuder, aber kein Mensch ist uns gefolgt. (Sehr wahr! rechts.) Sollte nicht unsere Zuderindustrie zu Grunde gehen, so müßten wir die Zölle wieder heraufsetzen.

Weiter hat man die Konventionallage als die richtigen hingestellt. Das sind die Zollsätze, die wir im Kampf mit anderen Staaten noch als Minimalhöhe bewilligen konnten. Unter diese konnten wir nicht ohne Schädigung des Erwerbslebens herabgehen. Und da mutet uns dieselbe wirtschaftliche Richtung, die sich so entschieden gegen den durchgängigen Doppeltarif, an dem niemand je in der Regierung gedacht hat, zu, wir sollten den autonomen Zolltarif aufstellen mit unsern Konventionallagen. Wenn wir diese Sätze aufstellen, haben wir ja gar nichts weiter zu bieten. (Sehr richtig! rechts.) — Es wird immer über den enorm hochschützollnerischen Tarif geklagt. Nun unser Tarif weist 950 Positionen auf. Davon sind 33,2 Proz. vollkommen unverändert geblieben, 6,9 Proz. sind teils ermäßigt, teils unverändert, 4,6 Proz. sind ermäßigt gegenüber dem autonomen Zolltarif. Nur 25,5 Proz. der Positionen sind erhöht worden. Also es ist inhaltlich ganz unberechtigt, von einem hochschützollnerischen Tarif zu sprechen.

Ich verstehe nicht, weshalb sich die Linke so gegen Industriezölle wehrt. Unser Rohmaterial, das wir aus den meistbegünstigten Staaten bekommen, ist doch daselbe, ob es für Präzisionsmaschinen oder rohes Gerat verwendet wird. Der Wert der Waren liegt erst in der auf sie verwandten Arbeit. Also die Industriezölle schützen nur die Intelligenz und den Fleiß der Nation.

Was wollen nun die industriellen Gegner des Zolltarifs? Wer diejenige Wirtschaftspolitik, die die Rohstoffe überall daher bezieht, wo sie am billigsten sind, für richtig hält, möchte konsequenterweise einen Antrag stellen: „Die Schutzzölle werden überhaupt aufgehoben.“ Ich kann hier zu meiner Freude Herrn Mollenhuth darin zustimmen, daß Garn- und Getreidezölle im Prinzip daselbe sind. Da aber ein radikaler Freihandel finanziell bei uns unmöglich ist, so möchte man zu dem englischen System übergehen, im allgemeinen den Freihandel zu etablieren und nur auf gewisse Einfuhrartikel lokal hohe Schutzzölle zu legen, um auf diese Weise die rund 500 Millionen Zölle zu vereinnahmen, die uns durch den Freihandel verloren gegangen und dies System, das bei einem Inselreich wie England möglich ist, würde aber in einem Binnenlande eine Armeerfordern, um den Schmuggel zu unterdrücken. (Sehr richtig! rechts.) So möchte sich die Regierung fragen: Ist unser bestehender Zolltarif eine ausreichende tatsächliche Waffe, um unsere nationalen wirtschaftlichen Interessen zu schützen? Aus diesem Gefühl der Verantwortlichkeit heraus haben die verbündeten Regierungen den neuen Zolltarif eingebracht, für den sie vor der Geschichte und der lebenden Bevölkerung die Verantwortung gerne tragen. (Bravo! rechts.)

Unsere Industrie hat in den letzten 10—15 Jahren einen großen Aufschwung genommen, der zusammenfällt mit einem Zustand der Landwirtschaft, in dem sie zum Teil sehr niedrige und unzureichende Preise hatte, an Mangel an Renten litt und sich vor die sozialpolitisch bedenkliche Notwendigkeit gestellt sah, Tausende von Arbeitern über die Grenze herbeizuziehen, um überhaupt die Landwirtschaft über Wasser zu halten. (Hört, hört! links.) Die Landwirtschaft besand sich also in der denkbar schwierigsten Lage. Nun argumentieren gewisse Leute: auf die Landwirtschaft entfallen von unserer Gesamtbevölkerung etwas über 34 Proz., auf die übrige Bevölkerung etwas über 65 Proz.; also löme man, da Deutschland in steigendem Maße ein Industriestaat werde, auf die Landwirtschaft kein ausschlaggebendes Gewicht legen. Es sind nun aber in der Landwirtschaft fast 18 Millionen Menschen beschäftigt, eine Zahl, die kein anderer Erwerbszweig auch nur annähernd erreicht. Dazu kommt die große Anzahl von Erwerbszweigen und Industrien, die in Verbindung und Verberben mit der Landwirtschaft verbunden sind. (Sehr richtig! rechts, Unruhe links.) Ferner kann man in keinem andern Erwerb so leicht selbständig werden wie in der Landwirtschaft (Unruhe links); das ist auch ein wichtiges soziales Moment. Diese sozialpolitischen Vorzüge der Landwirtschaft müßten die Vertreter aller Parteien in eine freundschaftliche Stellung zur Landwirtschaft bringen. (Lachen links.) W. S., Sie sind doch nicht Feinde der Landwirtschaft, Sie sind doch nur Feinde der Landwirte, soweit sie übermäßige Forderungen stellen. Es kommen auch noch weitere zwei Millionen Arbeiter und Handwerker hinzu, die die Landwirtschaft als Nebenerwerb betreiben. Die deutsche Landwirtschaft ergibt in Anbetracht der ungünstigen klimatischen Verhältnisse verhältnismäßig hohe Brutto-Erträge; ihre Schwierigkeiten liegen eben in den geringen Netto-Erträgen. In Deutschland werden z. B. geerntet auf den Hektar Roggenland 12 Doppelcentner, in Rußland nur 7 Doppelcentner und in den Vereinigten Staaten 8,33 Doppelcentner. Eine solche Landwirtschaft kann man technisch nicht vollständig nehmen. (Sehr richtig! rechts.) Nun verlangt man, wenn der Körnerbau nicht mehr lukrativ sei, eine intensivere Viehzucht. Bei unserer Klima ist aber eine intensive Viehwirtschaft nicht möglich ohne eine intensive Getreidewirtschaft. (Sehr wahr! rechts.) Ich bin mir allerdings, ehrlich gestanden, zweifelhaft darüber, ob es sicher ist, wie die Herren von der Rechten annehmen, daß Deutschland in der Lage ist, seinen Getreidebedarf völlig selbst zu produzieren. Es steht aber fest, daß kein überflüssiges Getreide in Deutschland eingeführt wird. Man kann nicht von einer Ueberschwemmung Deutschlands mit Getreide sprechen, denn es wird kein Getreide eingeführt, das nicht auch innerhalb der deutschen Zollgrenzen verbraucht würde.

Man hat einmal das Gleichnis gebraucht, durch den modernen Verkehr werde unser Erdball zusammengedrückt wie ein Gummiball. Der Vergleich ist drastisch und wahr. Aber gerade deshalb ist es unserer Landwirtschaft so schwer, mit anderen Ländern, die heute gleichsam vor den Thoren des Zollgebiets Getreide produzieren, zu konkurrieren, wenn die Verfrachtlösten so niedrig sind wie z. B. in Argentinien oder das Klima ein viel günstigeres ist. (Sehr richtig! rechts.) — Die Frage, ob erhöhte Zölle auch erhöhte Getreidepreise bedingen, ist noch nicht entschieden. Unsere Getreidepreise werden sich meines Erachtens immer nach den Weltmarktpreisen richten, ein Schutz Zoll hat allerdings den Vorzug, daß zu Zeiten besonders reicher Ernte es verhindert wird, daß unsere Getreidepreise unter einen gewissen Minimalmaß heruntergehen. — Herr Mollenhuth sagte gestern, in den Preisen der Waren wird nur das bezahlt, was an menschlicher Arbeit in ihnen steckt. Richtig aber gab er der Grundrente Schuld an der Preisbildung. Eins kann doch nur der Fall sein. — Ich komme nun zu den Viehzöllen. Rest steht für mich, daß die deutsche Landwirtschaft technisch im Stande ist, den Fleischbedarf Deutschlands zu decken. Von 1897 wurden 300 Rilo Vieh pro Hektar weniger produziert als technisch möglich wäre. Selbst das reiche England ist aber nicht im Stande gewesen, seinen Fleischbedarf zu decken, weil es keinen Zollsatz für Vieh bezog. (Sehr richtig! rechts.) — Wir haben gesehen, wie in der Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs eine Anzahl von Arbeitern vom Lande in die Städte gezogen sind. Diese Abwanderung bedeutet eine große Gefahr für die Landwirtschaft. Die dem Landbesitzer können Sie nur stemmen, wenn Sie die Landwirtschaft in die Lage setzen, die Löhne für ihre Arbeiter ähnlich zu nominieren, wie sie die Industrie zahlt.

Man darf nicht sagen, was Schadel es, wenn einige Landwirte zu Grunde gehen. Das ist ein Grundurteil. Wenn die Preise nicht mehr die Produktionskosten decken, dann kann eben kein Mensch in der Welt mehr Landwirtschaft treiben. (Sehr richtig! rechts.)

Man hat es so dargestellt, als ob Deutschland das einzige Land wäre, das die heilige Verpflichtung hat, niemals mehr den bestehenden Tarif zu verändern. Aber bereits kurz nach dem Abschluß der bestehenden Verträge hat der damalige Vertreter des Auswärtigen Amtes die Notwendigkeit solcher Änderungen vorausgesagt für den Fall, daß andere Staaten ihre Zölle erhöhen. Thatsache ist nun, daß seit den neunziger Jahren eine große Anzahl der meistbegünstigten Staaten Europas ihre Zölle wiederholt erhöht haben, und zwar zum Teil in geradezu prohibitiver Weise gegenüber Deutschland. Was andre Staaten gethan haben, das soll nur Deutschland nicht erlaubt sein? Wer das nicht zugiebt, der bestial nicht den nationalen Stolz. (Stürmische Unterbrechungen links, Abg. Fischer (Soz.) ruft: 12 000 Mark Stolz! Andauernde Unruhe.) Meine Herren, Sie haben meine Debatte nicht verstanden. Sie werden doch zugeben müssen, daß Deutschland das Recht hat, seine Zölle zu erhöhen. (Abg. Richter: Bestreitet ja niemand!) Ueber das Maß der Erhöhung werden wir ja noch verhandeln. Ich behaupte nur, uns steht das Recht zu, so gut wie jeder andre Staat unsern Zolltarif zu verändern, und wenn wir es für richtig halten, zu erhöhen. Wer das bestreitet, dem fehlt das Gefühl, das man haben muß für die Souveränität eines Staates.

Herr Bismarck hat einmal gesagt, wirtschaftliche Fragen müßten unabhängig von politischen und internationalen Fragen behandelt werden. Die Genialität des Fürsten Bismarck lag darin, daß er in jedem Augenblick das] der Situation speziell Angemessene zu thun verstand. Wenn der große Staatsmann noch unter uns weilen würde, würde er seine damaligen politischen Ansichten wohl nicht mehr aufrecht erhalten. Seit 20 Jahren haben sich unsere wirtschaftlichen Ansichten so vertieft — der Grundstock des sozialdemokratischen Programms ist ja auch Volkswirtschaft —, daß alle großen internationalen Fragen eigentlich zu volkswirtschaftlichen geworden sind. Damit sind die volkswirtschaftlichen Fragen auch zu politischen geworden.

Die konservative Partei ist — das habe ich aus der Rede des Abg. Graf Schwerin-Köwig herausgehört — mit den landwirtschaftlichen Forderungen, die die verbündeten Regierungen nach reiflicher Erwägung angesetzt haben, nicht zufrieden. Die Konservativen wünschen also höhere Zollsätze. Gestatten Sie mir dem gegenüber folgende Erwägung. Es sind ja nicht immer unsere besten Freunde, die uns das sagen, was wir hören wollen. (Sehr richtig! und Heiterkeit links.) Es wird nicht immer möglich sein, hohe Getreidezölle in Zeiten hoher Getreidepreise aufrecht zu erhalten. Frankreich sah sich im Frühjahr 1898 genötigt, seine Zölle zeitweilig aufzuheben. Eine solche Gefahr könnten auch uns zu hohe Getreidezölle bringen. Wir haben nach langen Erwägungen für Getreide Minimalzölle eingeführt; wir hielten es für unsere politische Pflicht, in autoritativer Form zu erklären, welche Getreidezölle wir bereit sind, bei den Handelsvertrags-Verhandlungen zu vertretten. Wenn Sie uns diese Zollsätze erhöhen, nötigen Sie uns unter Umständen, Getreidezölle zu vertreten, bei denen ein Zwiespalt besteht zwischen dem, was wir können, und dem, was wir wollen. Dadurch wird der Wert der Minimalzölle unter Umständen arg in Gefahr gebracht. Deutschland hat einen Einfuhrüberschuß von über einer Milliarde, wir sind der beste Käufer und wir sind gewillt, mit den besten Absichten in handelspolitischen Verhandlungen mit befreundeten Nationen anzutreten; wir werden aber auch diese Verhandlungen mit dem Selbstbewußtsein führen, zu dem wir berechtigt sind durch unsere wirtschaftlichen Leistungen und durch unsere Stellung in der gebildeten Welt. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Spahn (L.):

Das Centrum ist stolz darauf, daß seine Anhängererschaft aus Mitgliedern aller Berufsstände zusammengesetzt ist. Wir treten an den vorliegenden Tarif heran mit der Ueberzeugung, daß er im wesentlichen ein neutraler ist. Zweifelslos ist aber auch die geringe Rentabilität und der Arbeitermangel der Landwirtschaft, deren Arbeiterlöhne keineswegs so gering sind, wie sie gestern Abg. Mollenhuth dargestellt hat. Die Erziehung Deutschlands beruht wesentlich auf der Erziehung der Landwirtschaft. Abg. Mollenhuth erwachte gestern, es gäbe in Deutschland 6000 Millionäre; nur, von diesen 6000 ist kein einziger Landwirt. (Sehr richtig! rechts), höchstens sind es die sogenannten „Schöneberger“. Wir brauchen die Erhaltung eines Mittelstandes in der Landwirtschaft, um unsere inländische Absatzfähigkeit zu erhalten. Die landwirtschaftliche Bevölkerung nimmt um 1/2 Prozent jährlich ab; um so mehr muß man denjenigen den Betrag von Grund und Boden auch wirklich zu gute kommen lassen, die ihn bebauen. (Bravo! rechts.) Der Großgrundbesitz kann sich nun allerdings zu einem guten Teil helfen durch Zugabe von ausländischen Arbeitkräften; das kann der kleine und mittlere Grundbesitz nicht. Abg. Mollenhuth nannte gestern die Summe von 18 Milliarden, die den Landwirten durch die höheren Zölle als Geschenk gemacht werde. Er meinte damit vielleicht diejenige Summe, die man sonst als Verschuldungssumme der Landwirtschaft bezeichnet. Ich weiß nicht, ob diese Summe richtig ist, es kommt mir aber im wesentlichen auf die Erhaltung der Landwirtschaft an. (Beifall rechts.) Jede Herabsetzung der Rentabilität führt zu einer Vernachlässigung des Betriebes. (Sehr richtig! im Centrum.) und das rächt sich an der ganzen Nation. Mollenhuth hat gestern davon gesprochen, daß auch die Industriezölle aufgehoben werden sollen. Er wird sich sehr hüten, das sofort zu verlangen. (Sehr richtig! im Centrum.) Das lebhafteste Interesse an der Erhöhung der Zölle hat ja ganz gewiß die Landwirtschaft. Die Wünsche aus den Kreisen der Landwirtschaft, zum Beispiel aus meinem Wahlkreis, gehen viel höher als die Minimalhöhe. Wenn keine Industriezölle beständen, könnte die Landwirtschaft allerdings darüber in Erwägung treten, ob sie überhaupt Zölle für sich braucht, durch diese Industriezölle aber wird sie sehr schwer belastet. Die Höhe der Mindesthöhe hängt von der ganzen Gestaltung des Zolltarifs ab. Die Frage können wir ruhig in der Kommission verhandeln. Die Wünsche meiner Freunde aus Bayern gehen dahin, die Mindestzollsätze für Gerste, Hafer und Roggen zu erhöhen. Herr Mollenhuth meinte gestern, man müesse erst die Arbeiter durch Zuschlagssätze, um ihnen dann die Lebensmittel zu verteuern. Meine Herren, wir haben doch aber das Zuschlagssatzes abgelehnt. Herr Mollenhuth meinte auch, vom Schatz der nationalen Arbeit spreche man nur, wenn man den Arbeiter ansportieren wolle. Es hat bei uns noch niemand daran gedacht, in den Zollsätzen weiter zu gehen, als ein unbedingtes Bedürfnis dazu uns nachgewiesen wird. Vieztvie, die dauernd ohne Rente fortgesetzt werden sollen, müssen zu Grunde gehen. Uebrigens sollen ja doch die Normen der Zölle zu Wohlfahrtsmaßnahmen für die Arbeiter verwendet werden. Auch der Herr Reichskanzler hat in diesem Sinne eine Erklärung seiner Zeit abgegeben, und daß die Maßnahmen aus den Zöllen ganz beträchtliche sein werden, dürfen wir auf jeden Fall annehmen. Die Wichtigkeit von Handelsverträgen erlange ich durchaus an und wir sind auch der Ansicht, daß auf Grundlauge dieses Tarifs der Abschluß neuer Verträge möglich sein wird. Der Herr Staatssekretär hat ja bereits betont, daß wir der beste Käufer der Welt sind. — Wir sind auch gewillt, die Interessen der Konsumenten wahrzunehmen. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Auf: Auch?) Auch die Konsumenten, die wir vertreten, werden mit der Erhöhung der Zölle einverstanden sein, wenn sie notwendig sind, um unsern Mittelstand zu erhalten. Es ist gesagt worden, die Landwirtschaft würde besser fortkommen, wenn jegliche Landwirte, die über Konkurrenz klagen, expropriert würden. Nun, daß die Landwirte heute

nicht ihr Bestes einsehen, das glaubt doch wohl kaum jemand. — Ich hoffe, daß der Herr Staatssekretär uns das Material aus den 60 000 betragten Verträgen in der Kommission vorlegen wird. — Wer es mit der Viehzucht gut meint, möchte eigentlich die Viehzüchter verwerfen, denn durch sie wächst die Gefahr, die Seuchengefahr vom Ausland zu unterschätzen. Lebensfälle werden die Fleischpreise nicht steigen. Denn mehr Vieh als durch die Sperre kann auch durch Zölle nicht abgeperrt werden. Mit der möglichsten Specialisirung des Tarifs sind wir einverstanden. Wir stimmen der Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern zu. (Beifall im Centrum.)

Hg. Richter (frei. Sp.):

Wir sind der Meinung, daß wenn jetzt die gesamte Vorlage an eine Kommission verwiesen wird, aus der sie erst nach Ostern wieder herauskommt, das Interesse der Öffentlichkeit an der Vorlage allzu sehr zurücktritt und bei den nach Ostern einander unmittelbar folgenden Plenarverhandlungen keine Gewähr für eine genügend gründliche Durchberatung der Zolltarifvorlage gegeben ist. Die Behandlung der Vorlage im Jahre 1878 war eine richtige und wir würden vorschlagen, die Verhandlungen in ähnlicher Weise wie damals auf Plenum und Kommission zu vertellen, wenn dieser Gedanke von anderer Seite unterstützt würde.

Wir haben die Regierung 1892 und 1894 geschlossen und kräftig unterstützt bei der Politik der Handelsverträge. Aus denselben Gründen sind wir jetzt entschieden Gegner dieser Vorlage. Der Reichskanzler hat freilich gesagt, er beabsichtige keine Abwendung von der Politik der Handelsverträge. Aber gleich darauf hat Graf Schwerin-Löwit den Reichskanzler beklüßigt zu seiner ganz verschiedenartigen Zollpolitik im Gegensatz zu seinen beiden Vorgängern. Er hat das System der Vorgänge geradezu als ein falsches bezeichnet. Im Jahre 1892 aber hat man die Einleitung der Politik der Handelsverträge charakterisiert als eine geradezu „rettende That“, als eines der bedeutendsten geschichtlichen Ereignisse. Man hat gesagt, der Reichskanzler hat sich einen Mark- und Denksteine gesetzt in der Geschichte des deutschen Volkes und sein Verschulden werde Millionen von Unterthanen auch anderer Länder zum Segen gereichen. Nun, meine Herren, wir sind nicht diejenigen, die, weil oben wieder einmal der Wind umgeblasen ist (Großer Lärm und lebhaftes Zwischenrufen rechts), auch unsere Ansicht demgemäß ändern. Wir sind nicht diejenigen, die jetzt den Mark- und Denksteine, den sich damals der Reichskanzler gesetzt hat, unterminieren wollen. (Sehr gut! links.) Graf Posadowsky hat heute die Specialisirung der Tarifposition verteidigt; das ist etwas ganz Verwerfliches und trifft nicht den Kern der Sache. Die Specialisirung würden wir uns schon gefallen lassen, wenn die Zölle selbst nicht wären. (Sehr gut! links.) Der Staatssekretär meinte, die Höhe der Zolleinnahmen beweise die Höhe der Schutzzölle; nein, Herr Staatssekretär, auf Zolleinnahmen wirken in erster Linie die Finanzzölle, während ein richtiger Schutz Zoll womöglich gar nichts einbringt (Sehr gut! links); er soll ja die Einfuhr verhindern. Graf Posadowsky sprach weiter von einer Laxe des Freihandels. Nun, Fürst Bismarck hat uns im Jahre 1875 mit den Konventionen dazu eingeladen. Das jetzt vorgeschlagene Zollsystem ist nicht das System der Erziehungszölle, auch nicht das System Bismarcks von 1879, sondern dieses System, das der Vorlage zu Grunde liegt, ist in Preußen und Deutschland bisher unerhört, es ist das System des Universal-Protectors. (Sehr gut! links.) Es beruht auf der Anschauung, daß jede Ware, die vom Ausland eingeht, ein Abbruch unres nationaler Wohlstandes ist. Diese Anschauung würde in einem Privatbausehalt als hinterwäldlerisch gelten. (Beifall und Heiterkeit links.) Graf Schwerin buldigte ebenso hinterwäldlerischen Anschauungen, wenn er verlangte, Deutschland müsse seine ganzen Bedürfnisse an Getreide und Vieh selbst produzieren. Es mag ja sein, wenn man es nur teuer bezahlet, wenn man teuer und schlecht leben will. (Sehr gut! links.) Graf Schwerin hat uns ja schon in Aussicht gestellt, daß man den Roggen, den man jetzt an das Vieh verfüttert, alsdann in das Brot hineinbadet werde. (Sehr gut! links und Heiterkeit links.) Deutschland kann sich abschließen vom Ausland, es kann sich aber nicht selbst genügen, wir bedürfen des Zuzufusses an Lebensmitteln für die wachsende Bevölkerung. Deutschland ist nach seiner Größe, nach seinem Klima, nach seiner ganzen Lage in Europa an diese internationale Arbeitsteilung gebunden. Die Politik, die der Vorlage zu Grunde liegt, ist **chinesische Politik** (Große Heiterkeit und Beifall links); wie eine chinesische Mauer wird hier die Zollmauer um Deutschland gezogen. Als die letzte Flottenpropaganda eingeleitet wurde, da präs man die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Anbahnung Deutschlands in allen Tonarten. Die Vorlage jetzt ist wieder dazu angethan, den Handel einzuschränken. Damals konnte man wirklich versichert werden zu glauben, daß jeder neue Panzer ein neues Gewicht in die Waagschale des Freihandels werfe. (Große Heiterkeit.) Jetzt scheint man wieder ganz anderer Meinung geworden zu sein. In der bekannten offiziellen Flottenproklamation wurde vom wirtschaftlichen Bankrott Deutschlands gesprochen, wenn die Schiffe nicht gebaut würden, und die Flottenprofessoren thaten damals alle mit. Es hieß darin: Wollte der Arbeiter ein exträrdentliches Dasein, so müsse er sich für die Flotte begeistern. Jetzt heißt es, wenn auch das Brot etwas teurer wird, der Arbeiter muß sich eben bescheiden. Weshalb bauen wir denn eigentlich in diesem Jahre dann noch so viel neue Schiffe, unterlassen wir doch den Bau, taufeln wir auch noch einzelne vorhandene ab und verkaufen sie als altes Eisen. Beschränken wir uns auf den Küstenschutz. Graf Schwerin sagte in seiner Rede, wir sollten das Ausland nicht herausfordern, und der Reichskanzler meinte, wir sollten das Bewußtsein haben, daß wir hier vor fremden Ohren, vor den Ohren des Auslandes sprechen und uns Zurückhaltung auferlegen. Das sind Ankänge an Worte, die außerhalb des Hauses gefallen sind, daß wir, die Gegner des Zolltarifs, Agenten des Auslandes seien. Wir sind aber ebenso national, vertreten ebenso nationale Interessen, nämlich die der großen Masse, der Konumenten. Selbst wenn das Ausland sich auf Grund dieser Tariffrage herbeilasse, noch größere Konzessionen zu machen als bisher, wir würden gegen den Tarif stimmen wegen der Belastung der inländischen Konumenten. Man sagt, der Tarif bilde vorerst ein Provisorium, nachher käme alles anders. Wer will das wissen. Der Tarif ist Gesetz und bleibt Gesetz. Oder sollen die uns die Gesplogenschaften des Kuh- und Pferdehandels weg greifen? Beim Kuh- und Pferdehandel da soll es Sitte sein, daß der Käufer möglichst wenig bietet und der Verkäufer einen möglichst hohen Preis ansetzt. Das nennt man aber nicht mehr Handeln, sondern Feilschen. Sie scheinen im Gegensatz zu uns der Ansicht zu sein, daß bei Handelsverträgen immer der eine über die Ohr gehoben werden muß. Es ist also ganz ungebührlich, die Gegner des Zolltarifs als Agenten des Auslandes zu bezeichnen. Sonst gäbe es ja noch andere Agenten. Zum Beispiel, wenn die Regierung sagt, wir wollen unbedingt Handelsverträge, so möchte man doch annehmen, daß eine solche Aeußerung ungebührlich auf das Ausland einwirke. Ein richtiger Pferdehändler muß doch den **Kücheln erwecken, als liege ihm möglichst wenig an dem Zustandekommen des Geschäfts**. (Große Heiterkeit.) Herr Möller hat in seiner Rede am Niederrhein gesagt, Handelsverträge seien eine Lebensbedingung des Auslandes und der Bund der Landwirte hat ihn dafür den Generalagenten des Auslandes genannt. Die Händler wurden durch ihn an den Grafen Caprivi erinnert und diese Erinnerung wirkt auf diese Leute stets wie die Verkündigung des Weltgerichts.

Der neue Tarif brauchte kein Abklatz zu sein, keine Änderungen waren naturgemäß. Weshalb hat man aber die ganze Grundlage verlehrt? In den Motiven wird der große Zollwiderstand an der Jahrhundertwende konstatiert. Sollte man sich da nicht erst recht bedenken, alles in Frage zu stellen? Man thut häufig so, als bildeten die letzten beiden Jahrzehnte eine ganz kontinuierliche Entwicklung. Das ist aber gar nicht richtig. Der wirtschaftliche Aufschwung unter den letzten Handelsverträgen ist viel bedeutender als im Jahrzehnt vorher. (Sehr richtig, links.) Der Reichskanzler meinte, wir sollten abwarten, wie der Hofe läuft, ob nicht auch mit diesem Tarif Handelsverträge zu stande kommen

würden. Keim, mit diesem Tarif ist es völlig ausgeschlossen, daß wir zu Verträgen kommen, die nur entfernt daselbe bieten, wie die bisherigen Verträge. Der jetzige Tarif ist nicht einmal nach einheitlichen Grundrissen aufgestellt. Er enthält einen teilsweisen Minimaltarif, der in den Motiven eine vernichtende Kritik erfahren hat und über den die besten Freunde der Regierung, die agrarischen und die industriellen Hochschützler unzeitig geworden sind. Unser Vorgehen muß natürlich andre Staaten zu gleichem Vorgehen anregen. (Sehr richtig! links.) Schon ist in Ungarn die Rede von einem autonomen Tarif, und dem russischen Selbstherrschler ist es ein leichtes, das Gleiche anzuordnen. Herr Körber und noch einschleudert Herr Witte haben an gekündigt, daß sie ein den deutschen Zollhöfungen entsprechendes Gewicht von Zollhöfungen in ihre Waagschale legen würden, was erreichen Sie also? Hier schrauben Sie empör und dort schrauben Sie empör. Sie kettern die Leiter hinaus und wenn Sie wieder unten sind, sind Sie auch nicht weiter gekommen. (Große Heiterkeit und Zuruf links: Und da wollt er wieder unter und da konnt' er nicht und die Raben hatten ihn ins Angesicht.) Ja ganz recht, die agrarischen Sonderinteressen hatten der Regierung ins Angesicht. (Stürmische Heiterkeit.) Schon regen sich die österröischen Industrie-Schutzgölner und verlangen höhere Industriezölle, wenn den Agrarprodukten Oestreichs von den Eingangsbarrieren gemacht werden. Ueberall werden durch den autonomen Tarif die Interessenten aufgeschaltet. Den besten Beweis dafür liefern unsere Agrarier. Sind die etwa jetzt zufrieden? (Sehr gut! links.) Graf Schwerin hat ja gestern eine Rede gehalten. Am Eingang nicht er dem Grafen Willow zu und am Schluß nicht er ihm zu, aber in der Mitte da pläde er auf ihn. (Stürmische Heiterkeit.) Der Mittelsatz ist mir mehr wert als der ganze übrige Teil. Was sagt Graf Schwerin in diesem Mittelsatz? Er fordert den Minimaltarif für alle landwirtschaftlichen Produkte, er erklärt, daß die Minimalzölle nicht hoch genug sind, und er droht, wenn Sie uns nicht folgen, dann verwerfen wir den Zolltarif und stimmen auch gegen die Handelsverträge, die auf diesem Tarif aufgebaut werden. Man sagt im allgemeinen, der Appetit kommt beim Essen, aber bei diesen Herren meldet sich der Appetit bereits, wenn die Schüsseln erst aufgetragen werden. (Stürmische Heiterkeit. Zuruf links.) Sie glauben, die Worte des Grafen Schwerin seien nicht ernst gemeint. Nun, dann ist er offenbar der Ansicht, daß man mit der Regierung auch den berühmten Kuh- und Pferdehandel treiben und lässig vorschlagen muß. Wenn es aber ernst gemeint war von ihm, dann haben wir hier den Bruch der Herzen mit der Regierungspolitik. Wir dürfen uns nicht wundern über das selbstbewußte Auftreten der Agrarier gegen den Grafen Willow, nachdem sie ihn gezwungen haben, in der Kanaltarif vor ihnen den Kasten zu machen. (Lebhaftes Zustimmung links. Unruhe rechts.) Die agrarischen Forderungen steigen so, daß Herr Möller schon angst und bange davor geworden ist. (Heiterkeit.) Er sprach im Rheinlande von einem Chaos, und der Reichskanzler sprach gestern auch schon von dem Wirrwarr.

Zu diesem Lohwobohu aber hat niemand so viel beigetragen, als Herr Möller als Abgeordneter. Er hat beim Flachströungs-Verfahren eine große Verdrückerungslehre mit den Agrariern inszeniert. (Stürmische Heiterkeit.) Er hat den Steigbügel gehalten, in dem die Agrarier in den Sattel gestiegen sind. Er hat sich wirklich um die Agrarier verdient gemacht und die „Konfer. Korrespondenz“ konnte mit Recht seiner Ernennung zum Handelsminister Vertrauen entgegenbringen. Ich hätte es freilich lieber gesehen, wenn das ganze Handelsministerium aufgelöst und unter Herrn v. Podbielski zu einer Ministerialabteilung geworden wäre. (Große Heiterkeit.) Die Nationalliberalen haben freilich gebuhelt und die Ernennung Möllers zum Handelsminister geseiert in einem Trinklied nach der Melodie: Prinz Eugen, der edle Ritter. (Stürmische, lang andauernde Heiterkeit.) Einen Vers aus diesem Liede muß ich Ihnen doch mitteilen. Er lautet:

Wilhelm sprach: Du bist ein heller Kopf, mein lieber langer Möller,
Du hebst den Verkehr und Wandel,
Schäufst Industrie und Handel,
Komm ins Ministerium!

(Stürmische Heiterkeit, in die auch Minister Möller mit einstimmt.)

Die Politik, deren Früchte wir jetzt zu kosten bekommen, wurde nicht von Herrn von Marschall, dem ich diese Inkonsequenz nicht zu trauere, sondern von Miquel im Juli 1897 inszeniert, als die Regierung jenes Fiasko erlebt hatte mit ihrem kleinen Sozialistengesetz. Um die allgemeine Aufmerksamkeit von diesem Fiasko abzulenken, erhob Miquel die Fahne der Sammelpolitik und rief den Produzenten, mit einander zu vertieren beim Abschluß neuer Handelsverträge. Graf Posadowsky hat dann seine Fähigkeiten und seine Arbeitskraft in den Dienst Miquels gestellt, er war die Seele aller Vorbereitungen, er hat von Grund aus alle Verhandlungen geleitet. Graf Posadowsky rühmt sich der Arbeiten des **wirtschaftlichen Aufschusses**. Andre Leute denken darüber anders. Man hat bei allen diesen Kundgebungen die Leute von vornherein auf den engsten persönlichen Gesichtskreis hypnotisiert. Der gerühmte wirtschaftliche Aufschuß ist nichts anderes, als eine schlechte Renaissänze des Bismarckschen volkswirtschaftlichen Aufschusses, den damals Reichskanzler und Abgeordnetenhaus abgelehnt haben. Man sagte damals mit Recht, die Addition oder Subtraktion der Sonderinteressen sei nicht identisch mit den allgemeinen Interessen. (Sehr richtig! links.) Zu dem Posadowsky'schen wirtschaftlichen Aufschuß waren vertreten Großindustrie, Großgrundbesitz und Großhandel. Graf Posadowsky rühmte sich, die Vertreter der Interessentengruppen zugezogen zu haben. Graf Caprivi aber habe mit Recht gesagt, was der Einzelne sich nicht getraue, aus seinem Egoismus herauszufordern, das fordere er dreist als Vertreter einer Interessentengemeinschaft. (Sehr richtig links.) Besonders waren in wirtschaftlichen Aufschuß vertreten Mitglieder der Landwirtschaftskammern, der **Zunferparlamente** (Großer Lärm. Ob! rechts.) und da Graf Posadowsky an den Herren Graf Komy, von Frege und Retlich noch nicht genug hatte, so berief er aus allerhöchstem Vertrauen noch die Herren Graf Schwerin-Löwit und Freiherrn v. Wangenheim dazu. Graf Willow hat von der Stellung des Herrn v. Marschall gesprochen, nicht aber davon, wie Graf Willow als Vertreter des auswärtigen Verkehrs sich zur Inszenierung dieser Zollpolitik gestellt hat. Als Graf Willow zum Reichskanzler wurde, sagte er uns und zunächst in Bezug auf seine volkswirtschaftlichen Anschauungen: Du kennst mein Herz noch lange nicht. (Große Heiterkeit.) Man mußte warten, bis das Festessen des Deutschen Landwirtschaftsraats kam. Da entdeckte Graf Willow sein agrarisches Herz und erinnerte sich, daß seine medienburgischen Vorfahren jahrhundertlang die Scholle bearbeitet hatten. Dann kamen die allgemeinen Redewendungen im Reichstage und Landtage, aber so recht wußte man doch noch nicht, woran man mit ihm war, und selbst auf der rechten Seite des Hauses begegnete man noch Aeußerungen des Mißtrauens. Um so gespannter war man nun auf die Einleitungsrede Graf Willows zum neuen Zolltarif. (Heiterkeit.) Ja, meine Herren, da sind nun wir enttäuscht worden, oben ist man enttäuscht worden und draußen ist man enttäuscht worden. (Große Heiterkeit und Beifall links.) **Zu der ganzen Rede war kein Satz enthalten, der nicht schon vorher in irgend einem Trinkpruch vorgekommen wäre.** (Große Heiterkeit.) Was war diese Rede im Vergleich zu den Ausführungen, mit denen einst Bismarck seine Zollprojekte verlegte. Welche Fälle von Gedanken entwickelte im Jahre 1892 bei der Inauguration seiner Handelsvertragspolitik Graf Caprivi, der **schlichte, einfache General!** (Großer, langanhaltender Lärm rechts.) Damals hat die Mehrheit der Konservativen für diese Handelsverträge gestimmt. (Widerpruch rechts, Zuruf: Die Widerheit der Fraktion!) Nun dann waren es zwei oder drei weniger, jedenfalls ein großer Teil der Konservativen und Freikonserativen, fast alle Nationalliberalen und das ganze Centrum. Allzu sehr dürfen Sie die Politik jener Zeit jetzt doch nicht verleugnen. Graf Willow

scheint nach Art aller Diplomaten anzunehmen, daß die Sprache erkunden sei, um die Gedanken zu verbergen (Zuruf rechts: Stand schon in der Zeitung!) Dann kam Herr v. Thielmann. Da sagten wir uns: Jetzt kommt's. (Große Heiterkeit.) Sein Auftreten war um so interessanter, als man bis dahin den Kopf des Freiherrn v. Thielmann in handelspolitischen Sachen noch gar nicht bemerkt hatte. Freiherr v. Thielmann aber berief sich auf den „geehrten Herrn Vorredner“. (Stürmische Heiterkeit) und wir waren ebenso klug wie vorher. Da dachte Graf Posadowsky: „So kann das nicht weitergehen.“ (Erneute Heiterkeit), und darum hat er heute die große Rede gehalten, die gestern Graf Willow und Freiherr v. Thielmann nicht gehalten hatten. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Graf Posadowsky aber ist noch agrarischer als Graf Willow und die Vorlage. Wenn ich solche Ansichten hätte, wie der Staatssekretär des Innern, dann hielte ich mich gar nicht erst auf mit einem um 1 oder 2 R. höheren Getreidezoll, dann gäbe ich mindestens dasjenige, was die Herren von der rechten Seite wollen. Graf Posadowsky ist die eigentliche agrarische Seele der Reichsregierung!

Wie steht es nun mit der so viel erwähnten „ausgleichenden Gerechtigkeit“? Man spricht von „produktiven Ständen“, aber von den Produzenten geistiger Werte ist dabei gewöhnlich nicht die Rede. Auch der Handel wird dabei gewöhnlich als etwas Minderwertiges angesehen. Der Handel schafft aber auch Werte, denn der Wert einer Ware entsteht erst an dem Ort, wo sie gebraucht wird. (Sehr richtig! links.) Auf der einen Seite inauguriert man heuteztage mit großen Trinkbrüchen die Schiffstaufe neuer Schnelldampfer und auf der andern Seite schafft man zollpolitische Vorlagen, die die Bedeutung dieser Schnelldampfer einschränken. (Zustimmung links.) Die Industrie wird ferner geschädigt durch die Verteuerung aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse; das gilt besonders von der Brauerei, der Seifenindustrie, der Gerberei usw. Ein großer Teil der Industrie hat überhaupt mit der Konkurrenz des Auslandes nichts zu schaffen, bedarf also auch nicht der Schutzzölle. Eine Reihe von Zollhöfungen belasten die Industrie selbst, indem sie die Rohstoffe und die Halbfabrikate verteuern. Die Syndikate sind bestrebt, den Preis ihrer Produkte möglichst hochzuhalten und anstatt ihren Ueberfluß im Inland abzusetzen, ihn an das Ausland zu verkaufen. Die Herren von der Rechten sind ja auch Gegner von Syndikaten, wenn es nicht gerade Zucker- oder Spiritusyndikate sind. (Sehr gut! links.) Heben Sie doch den Zoll auf für alle diejenigen Produkte, deren Preise auf diese Weise von den Syndikaten im Inland höher gehalten werden, als für das Ausland.

Die ganze Begründung der landwirtschaftlichen Zölle stützt sich in erster Reihe auf die Behauptung, daß 700 000 erwerbstätige Personen aus der Landwirtschaft zu andern Berufen hätten übergehen müssen. Diese Behauptung ist nicht wahr. Diese Behauptung ist nicht wahr, oder, wenn ich mich höflicher ausdrücken soll, sie ist vollständig falsch. (Lachen rechts.) Nach der Berufszählung von 1892 hat sich ergeben, daß gegenüber 1882 die Zahl der erwerbstätigen Personen sich erhöht hat, sowohl die der selbstständigen Landwirte, als der Tagelöhner als der in der Wirtschaft thätigen Familienangehörigen. Vermindert hat sich nur die Zahl der nicht mit erwerbstätigen Angehörigen, und auch das rührt hauptsächlich davon her, daß ein anderes System der Zahlung stattgefunden hat, daß diese Angehörigen jetzt in einer anderen Liste aufgeführt werden. Die ganze Begründung der landwirtschaftlichen Zölle des Tarifs und die ganze Vorlage also beruht auf einem Mißverständnis der einfachsten Statistik. (Hört! hört! links.)

Graf Schwerin hat gestern von der Muffigkeit und von der Verzweiflung der Bauern gesprochen, und Graf Posadowsky erging sich gleichfalls ausführlich über den „Niedergang“ und die „schlechte Lage“ der Landwirtschaft. Demgegenüber möchte ich doch feststellen, daß in den letzten Jahren der Handelsverträge nach den Angaben des Dr. Dade die Landwirtschaft große Fortschritte gemacht hat. Generalsekretär Dr. Dade ist als die rechte Hand des Grafen Schwerin-Löwit, des Oberpräsidenten der Agrarier (Heiterkeit links), sowohl im Landwirtschaftsrat wie im preussischen Landes-Oekonomikollegium, gewiß eine auch für die Agrarier unverdächtige Autorität. Herr Dade hat die Lichtseiten der Landwirtschaft hervorgehoben: die technischen Fortschritte, die Entwicklung der landwirtschaftlichen Maschinen, die Ausdehnung des Inderräbens und Futterrübenbaus, des Kartoffelbaus, die Einführung des künstlichen Düngers, den Umschwung in der Milchwirtschaft durch die Centrifugen, die rationelle Fütterung, die Ausdehnung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens. Sollte ein Erwerbszweig, der solche Fortschritte aufweist, wirklich in so verzweifelter Lage sein? In den 10 Jahren der Handelsverträge ist die Roggenproduktion pro Hektar um 40 Prozent, die Weizenproduktion pro Hektar um 30 Prozent gestiegen. (Hört, hört!) Auch der Viehstand hat sich seit 1892 sehr stark vermehrt. Die Preise sind nach Herrn Dade im allgemeinen auf derselben Höhe geblieben. Graf Komy scheidet mich teilnehmend an. (Heiterkeit links.) Nun ich möchte ihm einige Worte vorlesen, die er kürzlich selbst gesprochen hat. Er sagte: „Wir wollen uns nicht verhehlen, daß ein hoher Getreidezoll ein unvollkommenes Ding ist. Jede unabänderliche Zahl hat immer etwas Mißliches. Bei reichen Ernten gewährt er keinen angemessenen Preis, bei knappen Ernten aber verteuert er das Getreide in ungebührlichem Maße. (Hört! hört! links.) Graf Komy ruf: „Nun aber weiter!“ Graf Ballestrin bittet, keine Privatgespräche zu führen. Graf Schwerin hat das Schutzoll-System einen rohen Mechanismus genannt und doch soll jetzt dieser rohe Mechanismus die einzige Rettung für die Not der Landwirtschaft sein. Herr v. Nordhoff hat einmal gesagt, die Schutzzölle drücken nur den Weltmarktpreis und die Ermäßigung der Getreidezölle habe die Notlage der Landwirtschaft nicht wesentlich beeinflusst. Fürst Hohenlohe, der verstorbenen Reichskanzler, wies nach, daß fünf Sechstel der landwirtschaftlichen Betriebe kein Interesse an der Erhöhung der Getreidezölle haben, da sie nicht mehr produzieren als sie selbst verbrauchen. Der Tarif muß aber nicht nur nichts den Landwirten, er schadet ihnen auch insofern, weil er die Produkte, die der Landwirt selber braucht, auch verteuert: Die Kornzölle verteuern diese Produkte. Dr. Dade, die rechte Hand des Grafen Schwerin, warnt dringend vor der Erhöhung dieser Futterzölle. Sie trifft noch viel mehr die mittleren Betriebe als die größeren, denn Viehzucht wird viel mehr in den mittleren als in den größeren Betrieben getrieben. Das Interesse an der Viehzucht nimmt mit der Größe des Viehbesitz ab. (Sehr richtig, links.) Teures Fleisch wird den Fleischkonsum einisch verringern. Dabei ist der Fleischkonsum in Deutschland noch sehr erweiterungsfähig, in den östlichen Provinzen ist der Fleischkonsum ein sehr kümmerlicher. Auch Eier und Butter, wie alle Nebenprodukte der Landwirtschaft werden teurer werden. Ich will zugeben, daß die Grundrente der großen Güter in den letzten Jahren geringer geworden ist, auch die Domainenrente ist ja zurückgegangen. Aber haben Sie denn ein Recht auf Rente? Man vergißt auch immer, daß die Domänen immer gleich auf achtzehn Jahre hinaus verpachtet werden und daß der auf den ersten Blick erheblich erscheinende Zinsrückgang in diesen ganzen achtzehn Jahren erfolgt ist. Vergleichen Sie aber damit gefälligst auch den Zinsrückgang überhaupt. Die Konvertierungen der Staatspapiere in diesen 18 Jahren. Es wird immer auf das Wachsen der Hypothekenschulden hingewiesen. Aber es steht doch fest, daß viele Hypotheken zurückgezahlt worden sind, ohne daß sie gelöst wurden, weil man die Lösungslosten sparen wollte und später wieder leichter eine neue Hypothek aufnehmen kann. Die Erhöhung der Grundrente, die die Zölle zur Folge hat, muß auch nur dem gegenwärtigen Besitzer, die Erben und Nachkommen stehen schlechter da. Sie sprechen nun immer von der Leutenot, für die ich volles Verständnis habe. Sie wird aber nicht so sehr durch den Lohnunterchied auf dem Lande und in der Stadt verursacht, sondern dadurch, daß die Leute auf dem Lande es so schwer haben, vorwärts zu kommen, selbstständig zu werden. Beim Militär sehen Sie, daß man in der Stadt leichter vorwärts kommen kann. Daron werden nun die erhöhten Zölle gar nichts ändern. Eine Stärkung der Wehrkraft verspricht man sich von den Zöllen; aber jede Verschlechterung in der Ernährung des Volkes schwächt die Wehrkraft des Landes. (Sehr richtig! links.) Die Regierung giebt in der Begründung selber zu, daß die Erhöhung der Zölle eine Steigerung

der Getreidepreise im Inland betrieblen muß. Nur Graf Posadowski machte heute einen Vorbehalt, er sprach noch, als sei das eine äußerst diffizile Frage. Ich habe gedacht, darüber wenigstens würde man im Klaren sein. Nun halten Sie weiter an dem Märchen fest, daß die Erhöhung der Preise sich nicht in den Brotpreisen auszuwirken brauche, daß eine Verminderung des Gewinnes der Bäckermeister, der Zwischenhändler die Erhöhung wieder ausgleichen könne. Das Märchen stammt von dem Fürsten Bismarck, der von den Bäckermeistern sprach, deren Hochpreise man nur zu schütteln brauche, damit die harten Thaler heraussprängen. Statistisch ist bewiesen, daß die Brotpreise durchaus den Getreidepreisen folgen. Glauben Sie (noch recht) aber wirklich, recht zu haben, nun dann wäre es doch das einfachste, Sie würden selbst alle Bäckermeister (Stürmische Heiterkeit) und liehen Ihre Herren Söhne statt Kavallerie-Offiziere und Landräte Bäckermeister werden, damit ihnen die harten Thaler aus den Hochpreisen springen. (Erneute Heiterkeit.)

Schon jetzt wird eine fünfstöpfige Familie durch die Getreidezölle mit 31,29 M. jährlich belastet. Würde der Zoll auch nur um 2 M. steigen, so würde diese Belastung um 18 M. jährlich sich vermehren. Dazu kommt noch die Erhöhung der andern landwirtschaftlichen Zölle, durch die besonders die minder wohlhabenden Familien belastet werden. Es schlägt Ihnen ja selbst auf das Gewissen. Herr Spahn hat von einer Art Kompensation, von einem Patrimonium für die Armen gesprochen. Er will aus den fiskalischen Erträgen der Getreidezölle die Witwen und Waisen der Arbeiter versorgen. Erspinn gab wenigstens alles, was er stahl, den Armen, Sie aber wollen ja nur 1/3 abgeben, denn soviel kommt auf den Fiskus. Wo wollen Sie für sich behalten. (Lebhafte Zurufe links! Oh! rechts!) In der Vorlage sieht gar nichts von diesem Patrimonium, es soll sich alles später finden. 1870 war das Centrum so schlau, eine solche Bedingung gleich in die Vorlage zu schreiben. Ruchter können Sie lange warten. Die Ausgaben für Militär, Marine und unsere Kolonien werden schon nicht lange auf sich warten lassen. Sie sehen ja schon, wie die Finanzminister der Einzelstaaten nach höheren Ueberweisungen lechzen. (Heiterkeit.) Sie trösten sich mit der gesteigerten Kaufkraft des platten Landes. Nun diese Kaufkraft wird doch nur soweit gestärkt, als die Kaufkraft der übrigen Kontinente durch die Getreidezölle geschwächt wird. (Sehr gut! links.) Es handelt sich hier nicht um eine Politik des Schutzes der nationalen Arbeit, sondern höchstens um eine Politik des Schutzes der Rente. Früher wurde jedes Gesetz auf seine Wirkung auf die Sozialdemokratie hin geprüft. Nun ist das abhanden gekommen. Wie habe ich die Herren Sozialdemokraten so munter gesehen, wie seit Bekanntwerden des Zolltarifs. Die früheren Herren Reichstagsler haben sich ja auch sehr verdient gemacht um das Wachstum der Social-

demokratie. Seit 1888 ist auch eine andre Kraft am Werke, sie hat es herbeigeführt, daß eine republikanische Partei sich seitdem verdreifacht hat. (Lärm rechts.) Aber die Palme gebührt doch dem Grafen Bismarck. Wenn die socialdemokratische Partei ihr ganzes Vermögen als Prämie dafür aussetzen wollte, so würde sie Graf Bismarck sich ungewisselhaft verdient haben. Ich sage nicht, wie die Agrarier, daß ich, wenn die Vorlage angenommen wird, jetzt selbst Socialdemokrat würde. (Stürmische Heiterkeit.) Immer ist uns gelehrt worden, daß der Vorzug des monarchischen Staatssystems darin bestehe, daß es auf die Dauer stärker die allgemeinen Interessen des Staates gegen die Sonderinteressen zu verteidigen wisse, als jedes andre System. Wenn man aber merkt, daß man jetzt schwach wird gegen die Sonderinteressen und nach einer mittleren Linie sucht, dann nimmt die Bedeutung des monarchischen Systems ganz erheblich in Deutschland ab. (Bewegung.)

Die Vorlage ist nachteilig nach innen, aber sie wirkt auch nach außen schädlich auf die Stellung Deutschlands ein. Graf Bismarck hat uns versichert, daß Deutschlands europäische Stellung gesichert werde durch den Dreibund und die guten Beziehungen zu Rußland. Das ist ganz richtig. Als Caprioli 1894 den russischen Handelsvertrag verteidigte, da nannte er ihn eine Brücke des friedlichen Verkehrs zwischen zwei Großstaaten und bezeichnete ihn als ein Werk von ungewöhnlicher Tragweite. Zwar hat man gesagt, daß wirtschaftliche Politik und Handelspolitik zwei ganz verschiedene Dinge seien. Aber Caprioli hat dieser Behauptung mit vollem Recht widerprochen. Der Vertrag mit Rußland, dem eine allgemeine politische Bedeutung beizumessen ist, wird jetzt ins Ungewisse gestellt. Graf Bismarck erklärt, es liegt im Dunkel, ob und welche Tarifverträge gelingen würden. Der Dreibund wird von allen Parteien als wertvolle Errungenschaft gleichmäßig geschätzt. Gerade die Rücksicht auf den Dreibund hat seiner Zeit das Gros der Nationalliberalen, das Centrum und sehr viele konservative veranlaßt, dem Handelsvertrag mit Rußland zuzustimmen. Oestreich ist wirtschaftlich ein schwächerer Staat, als Deutschland. Der Dreibund trägt große militärische Lastungen auch in unserem Interesse, umsonstere hätten wir Anlaß, dafür zu sorgen, daß ein freundschaftliches Verhältnis der Bundesstaaten untereinander erhalten bleibe.

Seit 1897 schon ist der neue Tarif im Werk, 7 Jahre lang werden wir hin- und hergezogen, ohne daß wir wissen, wie es nach Ablauf der Handelsverträge aussehen wird. Wer kann noch Aufwendungen in der Industrie für den Absatz nach dem Ausland machen, wenn es so ungewiß ist, wie die Beziehungen zum Ausland sich 1903 gestalten werden? Auch der Unternehmungsgeist für den inländischen Markt kann durch die Vorlage nicht gestärkt werden. Dazu kommt die Krisis, in der

wir uns befinden. Gewiß ist die Regierung nicht schuld an der wirtschaftlichen Depression, sie hat auch kein Mittel, sie zu beseitigen. Um so mehr sollte sie sich aber hüten vor einer Wirtschaftspolitik, die nur zu sehr geeignet ist, diese Depression zu verschärfen. (Sehr richtig! links.) Herr Müller freilich tröstet sich sehr leicht. Er beruft sich auf Joseph von Egypten und sagt, daß auf sieben fetten, sieben magere Jahre zu folgen pflegen. So erzählt die Bibel. Es ist aber auch leider nicht mehr wahr, daß der Herr es den Seinen im Schlaf giebt. Das wäre ja manchem Minister sehr angenehm. (Stürmische Heiterkeit.) Der alte Joseph sorgte auch wenigstens dafür, daß das Volk auch in den schlechten Zeiten etwas zu essen hatte. Gerade in schlechten Zeiten will sie das Volk besonders belassen und die Ernährung des Volkes schädigen. (Sehr gut! links.) Herr Müller hat in seiner Rede gehofft, daß die Krisis erziehllich auf die Arbeiter einwirken wird. Ich hoffe, daß die Krisis auf die Regierung erziehllich einwirkt und daß sie von dieser Vorlage absteht. Wenn sie aber nicht auf die Vorlage verzichtet, dann werden wir alle Muskeln anspannen, um diese Vorlage zu Fall zu bringen, denn sie ist unheilvoll und liegt nicht im Interesse des Vaterlandes! (Lebhafte Zurufe links.)

(Schluß im Hauptblatt.)

Witterungsübersicht vom 3. Dezember 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hand w. m.	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometer hand w. m.	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.
Swinemünde	755.25	4	wolflig	5	Garz	760.25	2	wolflig	-22		
Hamburg	758.25	3	bedeckt	6	Berderburg	760.50	3	bedeckt	-12		
Berlin	759.25	3	wolflig	6	Forst	771.25	2	wolflig	0		
Kranich	766.25	3	bedeckt	7	Abberden	770.25	2	bedeckt	6		
Prinzen	768.25	4	bedeckt	3	Paris	770.25	2	bedeckt	6		
Wien	765.25	3	wolflig	6							

Weiter-Prognose für Mittwoch, den 4. Dezember 1901. Etwas kühler, vorherrschend wolflig mit geringeren Niederschlägen und ziemlich frischen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Expedition.

J. J. Speier. Unsere Postabonnements kommen mit den ersten Briefen zum Versand.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 4. Dezember.
Cyrenhaus. Der Bärenhäuter. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. König Richard der Dritte. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Cyren-Theater (Kroß). Luther. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Die Räuber. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Johannes. Anfang 7 1/2 Uhr.
Verliner. Alt-Heidelberg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Radam. 3 Uhr: Frau Hanne.
Reising. Die Fee Caprice. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Sein Doppelsänger. Vorher: Au Coup. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Coralle u. Co. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Lindne. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionshaus. Dantes Willkommens-Büchlein. Anfang 8 Uhr.
C. v. Wolzogen's Bunte Theater (Ueberbrett). Anfang 8 Uhr.
Schall und Rauch. Vorstellung. Anfang 8 1/2 Uhr.
Central. Schauspiel von Vole Fuller und Sada Yacco mit ihrer Gesellschaft aus Tokio. Die Gessha und der Ritter. Anfang 8 1/2 Uhr.
Thalia. Die Badepuppe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Fröhliche Weihnacht. Anfang 8 Uhr.
Carl Weith. Der Stadtrumpel. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Offenbach-Gesellschaft. Pariser Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.
Velle u. Alliance. Rein Gänse. Anfang 8 Uhr.
Casino-Theater. Berlin W. Berlin N. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Schön war's doch. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Zur Theaterstr.) Abends 8 Uhr: Ueber den Wolken.
Im Hofsaal: Die Schwermetalle. Anfang 8 Uhr.
Invalidenstr. 57/62. Täglich: Sternwarte.
Passage-Theater. Anfang: Sonntags 3, Wochentags 5 Uhr. Ende 11 Uhr. Großes Festprogramm des Weihnachtsmonats. Mme. Jourda in ihrer grossartigen Imitation der Sada Yacco. Die Harrison-Truppe. Hella v. Schmidt. Lotte Sobus. Sisters Pontell. „Mascagni“ etc. etc. 16 neue erstklass. Nummern.
Castans Panopticum. Neu! - Neu! Lord Kitchener. Joe Chamberlain. Botha. De Wet. - Die wunderbare Illusion: - Allerseelen. Neue, aktuelle lebende Photographien!
Apollo-Theater. Sensationell! Mit vollständig neuer Besetzung der Hauptrollen und Neubearbeitung. Abends 8 1/2 Uhr: König Aqua. Colossaler Erfolg der neuen Spezialitäten. 10 Debuts. Anfang 8 Uhr.
E. von Wolzogens Bunte Theater (Ueberbrett). Künigickerstr. 68. U. a.: Die Protetversammlung von Ludw. Thoma. - Der Nachbar von Hans von Gumpenberger. - Brennensander. Musik von Jopler. Anfang 8 Uhr.
Cirkus Busch. Mittwoch, 4. Dezbr., abends 7 1/2 Uhr: „Klondike“. Origin. Panomime des Cirkus Busch.
Deutsche Konzerthallen. An der Spandauer Brücke 3. Vornehmst. Vergnügungsort! Täglich: Internationale Konzerte. Spezialität: Doppel-Vorstellung von nur erstklassigen Kräften. Special-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei. Vorzügliche Küche. Gut gepflegte Biere.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
 Mittwochabend 8 Uhr: Die Räuber.
 Schauspiel in 4 Akten v. Georg Büchner.
 Donnerstagabend 8 Uhr: Das Gefängnis.
 Freitagabend 8 Uhr: Die Braut von Messina oder: Die feindlichen Brüder.

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73.
 Heute und folgende Tage: Die Badepuppe.
 Große Aufstattungsposse mit Gesang und Tanz in 3 Akten.
 Guido Thielscher, Paula Worm, Helmerding, Junkermann, Paulmüller, Wando-vius, Junker-Schatz. Anf. 7 1/2 Uhr.
 Sonnabendmittags 3 Uhr: Keine Preise: Gelprenge Pesseln.

Carl Weiss-Theater.

Große Krauffurterstr. 132.
 Der Stabtrumpeter.
 Gefängnisposse in 4 Akten von W. Mannstätt. Musik von W. Steffens. Anfang 8 Uhr.
 Morgen: Der Stabtrumpeter.
 Freitag: Bolle-Vorstellung. Parfett 60 Pf. Am Aljar.
 Sonnabendmittags: Kinder-vorstellung: Albenbrödel.

Metropol-Theater.

Zum 101. Male: Schön war's doch.
 Gr. Berliner Anstaltungsposse mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern.
 Thomas, Josephi, Bender, Frid-Frid, de Veré, !! Bender als Sahare! !!
 Anfang 8 Uhr.
 Rauchen überall gestattet.

Orpheus-Theater.

Friedrichstr. 236.
 Das neue Dezember-Programm! 28 Künstler.
 U. a. die Cantomimen und Chansons animés in der Pariser Original-Belegung. Anfang 8 Uhr.

Cirkus A. Schumann.

Mittwoch, den 4. Dezember, abends 7 1/2 Uhr.
 Grande Soiree equestra.
 Ganz exquisites Programm. U. a.: Ren! Ren! 4 Mal: Ren! Ren!
The Louisiana Amazon-Guard genannt Das schwarze Ueberbrett. Farbige Damen aus dem Staate Louisiana.
 Ferner die übrigen neu engagierten Spezialitäten. Die neueste Original-dressuren des Dir. Albert Schumann.
Mr. Thompsons - wunderbar dressierte - **Elefanten.**
 Zum Schluß zum 58. Mal: Mit ungewöhnlichem Erfolge aufabend-lich stürmischer Beifall!

A Travers Paris

(Cuer durch Paris).
 Schluß: Nordseebad Scheveningen. Größe und glänzende Aufstattungs- und Wasser-Pantomime in 3 Akten.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
 Im Theater um 8 Uhr: Ueber den Wolken
 Im Hofsaal: Die Schwermetalle.
 Invalidenstr. 57/62.
 Tagl. Sternwarte.

Passage-Theater.

Anfang: Sonntags 3, Wochentags 5 Uhr. Ende 11 Uhr.
 Großes Festprogramm des Weihnachtsmonats.
 Mme. Jourda in ihrer grossartigen Imitation der Sada Yacco.
 Die Harrison-Truppe.
 Hella v. Schmidt. Lotte Sobus. Sisters Pontell. „Mascagni“ etc. etc. 16 neue erstklass. Nummern.

Castans Panopticum.

Neu! - Neu! Lord Kitchener. Joe Chamberlain. Botha. De Wet. - Die wunderbare Illusion: - Allerseelen. Neue, aktuelle lebende Photographien!

Apollo-Theater.

Sensationell! Mit vollständig neuer Besetzung der Hauptrollen und Neubearbeitung. Abends 8 1/2 Uhr: König Aqua. Colossaler Erfolg der neuen Spezialitäten. 10 Debuts. Anfang 8 Uhr.

E. von Wolzogens Bunte Theater (Ueberbrett).

Künigickerstr. 68. U. a.: Die Protetversammlung von Ludw. Thoma. - Der Nachbar von Hans von Gumpenberger. - Brennensander. Musik von Jopler. Anfang 8 Uhr.

Cirkus Busch.

Mittwoch, 4. Dezbr., abends 7 1/2 Uhr: „Klondike“. Origin. Panomime des Cirkus Busch.

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3. Vornehmst. Vergnügungsort! Täglich: Internationale Konzerte. Spezialität: Doppel-Vorstellung von nur erstklassigen Kräften. Special-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei. Vorzügliche Küche. Gut gepflegte Biere.

W. Noacks Theater.

Prunnenstr. 16.
 Die Giftmischerin von St. Troper.
 Schauspiel in 4 Akten v. P. Vembert. Donnerstag: Preciosa.

Casino-Theater.

Vollbringerstr. 27.
 Sensationell. Spezialitäten-Programm Corradini. Bis Freitag: Berlin N. - Berlin W.
 Sonnabend: Die Noctilien: Weihnachtsen. - Der Mädchenjäger. Anf. 8 1/2 Uhr. Sonnt. 7 1/2 Uhr.

Passage-Panopticum.

Neu! Der indische Neu! Doppelmensch!
 4 Arme, 4 Beine, 1 Kopf, lebend. Ohne Extra-Entree!

Palast-Theater

(früher Fern-Palast) Burgstr. 22.
 Direction: Winkler u. Fröbel.
 Das riesengrosse christliche Dezember-Programm.
 Auff. der durchweg neu engagierten Kunst-Spezialitäten.
 Um 9 Uhr die mit so kolossalem Erfolg aufgeführte Aufstattungs-Vorstellung: Weisheitsurtheil.
 Großstadtzauber
 Hugo Postig: Director R. Winkler. Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Vorverkauf vorm. u. 11-1 Uhr.

Teilzahlung

Herren-Garderobe
 monatlich 10 M. liefert elegante Herren-Garderobe nach Maß, auch bar. Kasse allerbilligste Preise. Fert. Garderobe stets vorräthig. Schneidemeister Tomporowski, Neanderstr. 16. II.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.
 Sonntag 7 Uhr. Nur christliche Spezialitäten. J. N. Mütt.
 Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Die richtige, wirkliche, grosse Weihnachts-Messe u. Ausstellung

Luisenhof, Dresdenerstr. 34/35
 Ist eröffnet!!
 Zur prächtigen, weihnachtlich decorierten Ausstellungs-Palast lauft jedermann billigst und amüsiert sich köstlich!
 Hört! Seht! 6 intern. Kapellen, 3 Karawellen, Erste Panomime, Panoptikum, Vorstellung fremder Völker, dressierte Reithöfen und Reiter, Paradies mit ersten Reiten, Automaten-Ausstellung, Musikanten, Gips, Boerenscheiße unter Leitung von Osm Krüger, Kulisinos, Räuber-gänge, Schießstände, Rapptheater, Olympia-Bildards und vieles andre!
 !Verkaufs-Centrale für Weihnachtsartikel!
 Geöffnet vormittag 10 bis abend 11 Uhr, auch Sonn- u. Feiertag! Entree 10 Pf. Bis 3 Uhr nachmittag Entree frei! Direction: O. Czanz.

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
 Zum Schluß: Neu! O Tannebaum! Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
 Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag Hoffmanns Norddeutsche Sänger
 Nach jeder Soiree: Tanz. Neu! Neu! Neu! Lehmanns Heimkehr.

Weihnachts-Geschenke

Steppdecken.
 Am besten und billigsten direkt in der Fabrik.
 Borah, Strohmangel, Berlin S., 72. Wall-Strasse 72.
 Wo auch alle Decken aufgearbeitet werden.

Restaurant

und Gesellschaftshaus, größter Saal in einer Kreisstadt der Prov. Sachsen, wegen Todesfall zu verkaufen. Preis 88 000, Anzahlung 15 000 M.
 Näheres unter S. 5 in der Exped. dieser Zeitung. 29465

Todes-Anzeige.

Allen Fremden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter, die Bm. Pauline Gelsamer geb. Krüger am Sonntag, den 1. Dezember verstorben ist. 24226
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. d. Mts., nachmittags um 3 1/2 Uhr von der Leichenhalle des neuen Norddörfer Kirchhofes, Rudow-erstr. 7, aus statt.
 Im Namen der Hinterbliebenen H. Gormey.

Centralverband d. Steinseher

(Plasterer) und Berufsgenossen Deutschlands. Filiale Berlin I.
Todes-Anzeige.
 Am 2. Dezember starb unser Kollege Wilhelm Pletz nach langen, schweren Leiden. Seine seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. Dezember, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Wollmerstr. 7, aus statt. [174/8
 Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Hoffmanns Volksgarten Westend

sind Säle für Sonnabende zu Festlichkeiten unter coulantem Bedingungen zu vergeben. 26212

Echte Perser

Teppiche, Kellms, Djidjims, Erker- und Gebet-Teppiche, alte und neue Stücke imitiert Perser spottbillig
Teppich-Lefevre
 Oranienstr. 158.

36 Mt. elegante Winter-Paletots.

30 Mt. hochfeine Herren-Anzüge.
 12 Mt. schwere Winter-Anfertigung nur nach Maß.
 Unter Stoff, taubelloser Stg. (2913).
 14 Krausenstr. 14, 1 Tr. kein Laden 1 Tr.

Wer Stoff hat

fertige Kuzug 30 M.; feinste Zuthaten, 2 Anproben; goldene Medaille für passende Sachen machen. Danndarbeit. Ludw. Engel, Mühlstr. 26. Komme auch ins Haus Maßnehmen. Bitte Postkarte. [145/1

Gänsefedern

mit allen Dunnen, ungerissen 1,30 bis 1,50, gerissen 2,00-3,50. [27240
Paul Paegelow, Wriezen (Oderbruch).

Roh-Tabak

E. Erbe, Auguststr. 86

Lokales.

Der Wahlverein für den fünften Wahlkreis hält heute bei Kappeler, Sophienstr. 84, eine öffentliche Versammlung ab, in der Gen. Eduard Bernstein einen Vortrag hält: „Wofür kämpft die Sozialdemokratie?“

Die Schulnot ist im Osten der Stadt in der letzten Zeit so groß geworden, daß den Bewohnern dieses Stadtteils allmählich die Geduld zu reizen beginnt. Der „Vorwärts“ hat bereits im Sommer darauf hingewiesen, daß in der Petersburgerstraße eine ganze Schule „fliegt“, d. h. in Ermangelung eigener Klassenräume die Räume einer anderen Schule mitbenutzt. Das ist natürlich nur in der Weise möglich, daß das Schulhaus Tag für Tag sowohl vor- als auch nachmittags benutzt wird. Schon damals waren uns aus den Kreisen der Eltern Klagen über diese Zustände zu Ohren gekommen. Inzwischen sind die Dinge aber nicht besser, sondern eher noch schlimmer geworden; denn der Beginn des Winterhalbjahres hat dem Osten eine weitere, beträchtliche Vermehrung der schulpflichtigen Kinder gebracht, ohne daß eine entsprechende Vermehrung der Schulgebäude hat stattfinden können. Erst zu Ostern ist dem Stadtteil die Vollerfüllung von ein paar neuen Doppel-Schulhäusern in Aussicht gestellt. Nach Mitteilungen von Eltern, die sich erneut an uns gewandt haben, liegt die Unterrichtszeit für die in Betracht kommenden Schulen in der Petersburgerstraße immer noch so, daß manche Kinder morgens von 8—11 Uhr, andre mittags von 11—2 Uhr Unterricht haben; außerdem wird dann nachmittags von 2—4 Uhr unterrichtet. Wo Kinder verschiedenen Alters sind, da geht das eine um 8 und kommt um 11, das andere geht um 11 und kommt um 2, und das erste geht dann wieder um 2 und kommt um 4. Unter solchen Umständen ist selbstverständlich ein geordneter Haushalt nicht durchzuführen, und von einem gemeinsamen Mittagessen kann vollends keine Rede sein. In den Kreisen der Eltern wird deshalb, gemeinschaftlich eine Gesandtschaft an die Schuldeputation einzureichen. Der Gedanke ist nicht abel. Für das Winter-Halbjahr ist davon zwar kaum noch Abhilfe zu erwarten — selbst eine Mietschule, die ja ebenfalls nur ein trauriger Nothbehelf wäre, ließe sich nicht im Handumdrehen einrichten — aber vielleicht sieht sich die Schulverwaltung wenigstens in Zukunft ein bißchen mehr vor, wenn sie weiß, daß es mit der Geduld der Eltern zu Ende ist. Eltern, die sich über solche und ähnliche Mängel und Mängel der Schule den Lehrern und Direktoren gegenüber beklagen, haben zuweilen die Antwort hören müssen: „Nun, ande r beklagen sich doch nicht; die Mehrzahl der Eltern scheint doch ganz zufrieden damit zu sein.“ Derselben Ansicht ist natürlich auch die Schulverwaltung bisher gewesen. Aber vielleicht wird sie nun endlich eines andern belehrt werden.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer Sitzung am Donnerstagabend 5 Uhr u. a. mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu beschäftigen: Berichterstattung über eine Petition, betr. Freierziehung für Rotorengras. — Berichterstattung über die Vorlage betr. den Abschluß eines Vertrages mit den Roabiter Elektrizitätswerken. — Vorlesen betr. die Erhöhung der für den Druck der Kreisblätter über den Besuch der Welt-Ausstellung in Paris bewilligten Summe. — die Verlegung des Friedrich-Werkschulz-Gymnasiums nach Roabit und die Eröffnung der XIII. Realschule zu Ostern kommenden Jahres. — eine Zahlung aus dem der Stadtgemeinde Berlin zur Begründung einer wohltätigen Stiftung zugefallenen Nachlaß des Professor Bierlinghans Ehepartners. — die Erwerbung des Straßensandes von dem Grundstück Alte Schützenstraße 1. — die Festsetzung der Höhe der von den Anliegern für Pflasterung und Unterhaltung neuer Straßen zu erhaltenden Kosten für das Rechnungsjahr 1901. — die Festsetzung der für die Rechnungsjahre 1902/1904 zur Erstattung zu berechnenden Kosten für Verpflegung von Geisteskranken und Epileptischen in den betreffenden städtischen Anstalten. — die Ueberweisung des Terrains der früheren Gasbehälter-Anstalt am Koppelpfad für Gemeindeforschulzwecke. — die Mietung von Räumen im Hause Königsstr. 61 zu Bureauzwecken. — die Annahme des zum besten der hiesigen Handwerkerschulen bestimmten Nachlasses der Ratsherrnmeister Julius und Emilie Wappeschen Eheleute. — und die Verlegung des auf dem Kämpelpfad befindlichen Brunnens. Außerdem findet in dieser Sitzung statt: 1. Am Beginn: die Einführung und Verpflegung der neu gewählten Stadtverordneten Berger und Thieme; 2. um 6 Uhr: die Wahl von 2 unbesoldeten Stadtväten (Stellen der Herren Gehride und Kalksch).

Das Hausdurchsuchungs-Verbot im Central-Arbeitsnachweis. In unserer Sonnabendnummer berichteten wir, daß ein Angehöriger des Central-Arbeitsnachweises einen Mann, der wegen eines Fußabstehs Hausdurchsuchung geboten habe, sich damit nicht wieder sehen zu lassen.

Zu dieser Angelegenheit teilt uns ein Arbeitnehmer, der dem Vorstande des Central-Arbeitsnachweises angehört, folgendes mit: Der Träger der Hausdurchsuchung ist vom Portier nur darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Hausordnung den Besuchern des Arbeitsnachweises das Erscheinen in Hausdurchsuchung verbietet. Eigentümlich zurückgewiesen sei der Arbeiter aber nicht. Man habe ihm auch im Vorzimmer des Bureau des Herrn Dr. Freund nicht gesagt, dieser sei für Arbeitslose nicht zu sprechen, sondern Herr Dr. Freund sei hier, d. h. im Bureau der Landesversicherungs-Anstalt, in Angelegenheiten des Arbeitsnachweises nicht zu sprechen.

Diese Nichtigstellungen sind nicht von besonderem Belang; wir sind also im wesentlichen richtig berichtet worden. Einen Unfug nannten wir es, daß Leuten, welche Hausdurchsuchung der Besuche der Räume des Arbeitsnachweises verboten ist. Daß diese Bestimmungen in der That höchst ungerechtfertigt und überflüssig ist, dürfte man jetzt auch in der Zeitung des Central-Arbeitsnachweises eingesehen haben. Aus Anlaß unserer Mitteilung hat das erwähnte Vorstandsmitglied veranlaßt, daß die Bestimmungen, welche das Tragen von Hausdurchsuchung verbietet, aus der Hausordnung gestrichen wird. Von jetzt an dürfen Leute, die aus irgend einem Grunde keine Stiefeln tragen können, deswegen nicht aus den Räumen des Central-Arbeitsnachweises hinausgewiesen werden.

Wir können also mit Genugthuung konstatieren, daß unsere Besprechung des besagten Mißstandes einen guten Erfolg gehabt hat.

Die Erhebungen des Berliner Magistrats über die Arbeitslosigkeit sind abgeschlossen. Neben überwiegend unangenehmen Berichten aus den einzelnen Geschäftszweigen haben sich doch auch einige Lichtblicke gezeigt. Die Berliner Brauereien sind trotz des allgemeinen Konjunkturabganges recht gut und bei unverkürzter Arbeitszeit beschäftigt. In 16 Brauereien wurden am 1. November dieses Jahres 3987 gegen 3322 Arbeiter am 1. November 1900 beschäftigt. Die Buchdruckereien sind nach vorübergehender Störung wieder steigend beschäftigt. Das Baugewerbe zeigt normale Verhältnisse. Hingegen hat sich die schlechte Lage der Metallindustrie vollständig bestätigt. Die Zahl der männlichen Arbeiter im Verbands der Metallindustriellen ist vom 1. Oktober 1900 bis dahin 1901 von 73 100 auf 32 200 zurückgegangen und wird für Ende des Jahres

auf 28 000 geschätzt. In der Hälfte der Betriebe ist die Arbeitszeit verkürzt. Im Verband der Metallwarenfabrikanten ist von November zu November die Arbeiterzahl von 9278 auf 8719 gesunken (was jedoch gegen Oktober schon ein Erholung bedeutet); von 185 Betrieben arbeiten 88 verkürzt. Die (fast vollständige) Aufnahme der männlichen Arbeiterklasse für Wäschfabrikation, die merklich höherer Weise mit ihren Feststellungen nicht fertig geworden zu sein scheint. In jedem Fall wird die geringe Zunahme der weiblichen von der bedeutend größeren Abnahme der männlichen erheblich überrogt. Eine besonders deutliche Abnahme zeigen die Klassen der Gärtler, Klempner, Schlosser, Maschinenbauer, Mechaniker.

So wird in den Grundzügen durchaus das trostlose Bild bestätigt, das unsere Erhebungen ergeben haben.

Zur Bürgermeister-Frage. Die Stadtverordnete Rosenow gestern in einer Versammlung des Bezirksvereins für das Köpenicker Stadtviertel mitteilte, ist Stadtrat Kaufmann vor der zweiten Wahl von mehreren Stadtverordneten darüber interpelliert worden, ob er auch unter allen Umständen an dem Bürgermeister-Mandat festhalten würde. Sie wies auf die Vorkommnisse in Königsberg hin und betonte die Notwendigkeit, Berlin vor einer bloßen „Theaterspielerei“ zu bewahren. Stadtrat Kaufmann habe darauf bescheidigende Versicherungen gegeben und erklärt, er sei Mannes genug, sein Mandat unter keinen Umständen freiwillig aufzugeben.

Diesen Mitteilungen des Stadtverordneten Rosenow gegenüber wird magistratsmäßig gemeldet: In der Bürgermeister-Frage haben mit dem Stadtrat Kaufmann mit Rücksicht auf die veränderte Sachlage bisher keinerlei Verhandlungen auch nicht aus Stadtvorordneten-Kreisen geschwiegt. Stadtrat Kaufmann hat auch bisher keinerlei Erklärungen abgegeben. — Erklärungen wären in dieser starrliegenden Sache auch höchst überflüssig gewesen.

Der diesjährige Weihnachtsmarkt beginnt am 11. Dezember und dauert bis zum 27. Dezember einschließlich mit der Maßgabe, daß am 28. früh 8 Uhr sämtliche Buden und Verkaufseinrichtungen von den Straßen und Plätzen fortgeschafft sein müssen. Die für den 15. und 22. Dezember dieses Jahres durch Bekanntmachung vom 5. November dieses Jahres getroffenen Polizeibestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe finden auch auf den Weihnachtsmarkt Anwendung.

Die königliche Eisenbahndirektion beschäftigt in der Frage der Arbeiterentlassungen wieder ein bißchen. Die Zuschrift lautet: In dem Artikel Ihrer Zeitung vom 20. November d. J., 2. Beilage, stellen Sie uns Anlaß der Ihnen am 17. November d. J. diesseits eingesandten Verächtigung die Behauptung auf, daß die entlassenen Arbeiter das Gegenteil behaupten wollen, nämlich, daß nichts derartiges gesagt worden ist. Unter Bezugnahme auf S. 11 des Preßgesetzes eruchen wir um Aufnahme folgender Berichtigung: 1. Nach der amtlichen Erklärung des Dienstvorsichters ist den Arbeitern bei ihrer Annahme mitgeteilt worden, daß ihre Beschäftigung nur eine vorübergehende sein könne; auch sei allgemein bekannt gewesen, daß eine dauernde Verwendung nicht in Frage komme. 2. Die Arbeiten des Erweiterungsbauwerks waren nicht schon im August beendet, es ist vielmehr noch im Oktober daran gearbeitet worden. 3. Daß von den entlassenen Arbeitern an Sonntagen einige zum Schließen der Bahnen, zum Abkoppeln und Heizen der Maschinen, zum Bahnsteig Sprengen und zur Beihilfe bei einzelnen Schrankentwärttern verwendet worden sind, ist richtig. Es entspricht dies der dienstlichen Uebung, nach der für den verstärkten Sonntagverkehr Hilfskräfte aus dem Streckenarbeiter-Personal herangezogen werden. Außerdem lag diese Verwendung durchaus im Interesse der Arbeiter, da sie sonst für den Sonntag keinen Lohn erhalten hätten. 4. Es ist nicht richtig, daß die Leute als Hilfsbremsen bei Schnellzügen herangezogen worden sind. 5. Durch die Teilnahme an der Abteilung A der Arbeiterentlassung genügen die bei der Eisenbahndirektion beschäftigten Arbeiter der Versicherungspflicht nach dem Invalidenversicherungsgesetz; ohne Rücksicht auf die Dauer der Beschäftigung müssen — so lange die Beschäftigung dauert — Wochenbeiträge zur Abteilung A entrichtet werden. Diese Beiträge können bei der Uebertragung der Beschäftigung ebensowenig zurückgezahlt werden wie die Beiträge, die durch Abemerkungen entrichtet werden. Die Heranziehung zweier Arbeiter zu Beiträgen für die Abteilung B der Pensionskasse war nach den bestehenden Bestimmungen wegen der früheren Mitgliedschaft dieser Arbeiter zur Abteilung B erforderlich.

Wir dachten, daß diese „Verächtigung“ uns endlich den Kopf kosten würde. Aber wie man sieht, begründet sie sich damit, Erklärungen für die von uns gemachten Wohnnahmen herbeizubringen. Auf die Miße der Widerlegung ist, wenn man von ganz nebensächlichen Kleinigkeiten abliest, verzichtet worden.

Ein ungewöhnlicher Grund verurteilte gestern die Verletzung eines vor der II. Strafkammer des Landgerichts I anstehenden Termins. Wegen verächtlichen Diebstahls sollte gegen den Krankenhäuser Wächter Dehnert verhandelt werden, der in einem Krankenhause beschäftigt und eines Tages dabei betroffen worden war, verschlossene Behälter, in denen sich Wertgegenstände befanden, zu erbrechen. Er wurde aus dem Dienst entlassen und unter Anklage gestellt. Der Angeklagte war zum fertigen Termin nicht erschienen. Statt seiner trat die Nachricht ein, daß Dehnert am Abend vorher in der Weise Selbstmord verübt habe, daß er sein Zimmer in Brand steckte und schwere Brandwunden erlitt, die seinen Tod zur Folge hatten. Unter diesen Umständen mußte die Verhandlung „verlagt“ werden.

Ein neues Opfer der Straßenbahn. Der 44 Jahre alte Oberlieutenant a. D. Heinrich Gruner, der aus Magdeburg gebürtig ist, von seinen Renten lebte und seit sechs Jahren Hypothekstraße 85a wohnte, besuchte gestern nachmittags einen Bekannten im Alteshof. Auf dem Heimweg wollte er seiner Wohnung gegenüber den Fahrbaum überschreiten. Da er schlecht sah, nahm er einen von der Potsdamerstraße her kommenden Wagen der Linie Kämpelpfad—Wilmersdorf erst wahr, als er schon nahe an ihn herangekommen war. Der Wagenführer rief ihn an, Gruner sah auf, erblickte den Wagen plötzlich in seiner Nähe, erschrocken und verächtlich hastig dem drohenden Unheil zu entrinnen. Dabei fiel er aber auf dem wegen Regen glatt gewordenen Asphalt hin, geriet unter die Plattform und mit den Weinen unter die Räder. Nachdem man den Verunglückten durch Emporheben des Wagens befreit hatte, brachte man ihn in einer Droske in das Elisabeth-Krankenhaus. Hier starb er bald nach der Aufnahme infolge seiner schweren äußeren und inneren Verletzungen. — Angesichts solcher immer wiederkehrender Unglücksfälle muß man sich von neuem fragen, ob es denn ganz unmöglich ist, eine gut funktionierende Schutzvorrichtung anzuschaffen?

In dem Selbstmordversuch in der Kasanien-Allee 18 wird uns mitgeteilt, daß die Ursache, warum Frau R., die Verzeihungsbittigkeit hat, nicht in Liebesangelegenheiten, sondern in Raturmängeln gelegen hat. Die Mitteilung, daß Frau R., die übrigens 38 nicht 37 Jahre alt ist, mit einem 17jährigen Mann ein Verhältnis gehabt hat, ist eine durchaus irrtümliche. Zum Glück ist Frau R. jetzt wieder hergestellt.

Selbstmord eines Arztes. Ein Arzt in Roabit tötete sich durch einen Revolveranschlag in den Kopf. Er hatte sich in seinem Beruf eine sehr schmerzhafteste Gesichtskrümmung zugezogen und schämt die That im Fieberwahn vollbracht zu haben.

Ueber einen Raubmordversuch auf einen Stationsvorsteher ist der hiesigen Kriminalpolizei aus Rathenow folgende Mitteilung

zugegangen: Am Sonnabend erschien auf der neu errichteten Station „Schönhauser Damm“ bei Schönhausen an der Lehrter Bahn, kurz nachdem ein Zug in der Richtung Berlin die Halle passiert hatte, ein etwa dreißigjähriger Mann und erkundigte sich bei dem Stationsvorsteher nach der Abfahrt des nächsten Zuges. Nachdem er hierauf Bescheid erhalten, knüpfte der Fremde mit dem Stationsvorsteher ein Gespräch an, im Verlaufe dessen er plötzlich einen Revolver zog und einen Schuß auf den Beamten abgab. Dieser hatte unwillkürlich die Hand zur Abwehr emporgehoben und so drang ihm die Kugel in den Arm. Ehe der Verbrecher noch einen zweiten Schuß abgeben konnte, faßte der Stationsvorsteher nach dem Revolver und rief um Hilfe. Der Mordbohe, der seinen Plan vereitelt sah, ergriß die Flucht und entkam trotz der sofort aufgenommenen Verfolgung. Ein Blindel, welches der Fremde bei seiner Flucht zurückgelassen, enthielt verschiedene Gegenstände, welche aus einem am Tage vorher in Schönhausen verübten Diebstahl herührten. Der Thäter ist vermutlich nach Berlin zu entflohen.

In einem Hotel hat gestern früh um 8 Uhr ein junges Mädchen Namens Dora Distel, die Tochter eines Pastors aus der Umgegend von Dresden sich zu erschließen versucht. Sie kam gestern abend hier an und nahm in einem Hotel der Königsgrabenstraße Wohnung. Um 8 Uhr früh hörte das Hauspersonal in ihrem Zimmer einen Schuß fallen und fand sie halb angekleidet in ihrem Blute schwinnum. Die Lebensmüde hatte sich eine Revolverkugel in der Herzgegend in die Brust geschossen und wurde schwerverletzt in ein Krankenhaus gebracht. Was sie zu ihrem unseligen Schritt veranlaßte, ist nicht bekannt.

Den Tod im Wasser suchte und fand in der vorletzten Nacht ein unbekanntes Mädchen von 20 bis 24 Jahren. Kurz vor 2 Uhr stürzte sich die Lebensmüde, indem sie das Geländer überstieg, von der Waterloo-Brücke in den Landwehrkanal. Den Rettungsboots, den zwei Männer ihr zuwarfen, verschmähte sie, und bald ging sie unter. Erst nach längerem Suchen gelang es dem Schiffer Anklie, sie als Leiche zu landen. Die Enttollene, die nach dem Schauhaus gebracht wurde, ist etwa 1,60 Meter groß, unterseht und kräftig, hat dunkelblondes Haar und blaue Augen, eine stumpfe Nase, etwas aufgeworfene Lippen und Lederflecke auf beiden Wangen und trug ein braunes Jackett, einen grauen Melierock mit Taille aus gleichem Stoff, einen grünen und einen hellblauen Unterrock, weißgraue, rotgestreifte Wäsche, schwarze wollene Strümpfe, helle Lederschuhe und ein weißes Taschentuch mit den Zeichen F. F.

Die Verhaftung eines Bankdirektors in Schöneberg erregt dort großes Aufsehen. In Schöneberg bestand seit Oktober 1899 die „Spar- und Diskontobank zu Schöneberg“, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, in dem Hause ihres Direktors C. Gollin, Goltzstraße 13. Die Bank machte gute Geschäfte, aber Direktor Gollin lebte auf großem Fuße, hatte eine sehr wünschenswerth ausgestattete Wohnung und gab für Brillanten, Gemälde und dergl. große Summen aus. Auch kostspielige Reisen gehörten zu seinen Kleinhabereien. Da seine Einnahmen zur Bestreitung aller dieser Ausgaben nicht hinreichten, so vergriff sich der Direktor an dem Gelde seiner Bank. Gollin wurde auf die Anzeige eines ehemaligen Vorstandsmitgliedes der Bank am Montag durch die Schöneberger Kriminalpolizei festgenommen und gesteuert dem Untersuchungsrichter angeführt. Die Veruntreuungen belaufen sich nach den bisherigen Feststellungen auf 170 000 M. Welcher Art Geschäfte Direktor Gollin gemacht hat, dafür nur ein Beispiel: Ein Roabiter Hausbesitzer wandte sich in einer Verlegenheit an seine Bank. Gollin riet ihm, für diese eine Hypothek von 30 000 M. auf sein Grundstück einzutragen zu lassen, er werde ihm alsdann das Kapital auszahlen. Die Hypothek wurde eingetragen, aber das Geld ließ auf sich warten. Endlich erklärte der Herr Direktor, es bedürfe noch eines Wechsels über 18 000 M. Auch den unterzeichneten der Hausbesitzer, da seine Verlegenheit durch die Verzögerung noch größer geworden war. Nun hätte er nach der Verabredung mit 2000 M. fernere 16 000 M. bekommen sollen; in Wirklichkeit aber erhielt er nur 8000, die andere Hälfte des versprochenen Kapitals wurde ihm bei der Bank gutgeschrieben. So erhielt der Mann für Hypothek und Wechsel über 48 000 M. gerade 8000 M. Die Wohnungseinrichtung, Brillanten zc. des verhafteten Direktors wurden beschlagnahmt. Das Grundstück in der Goltzstraße gehört der Schwiegermutter Gollins, zwei Grundstücke in der Brunnenwallstraße und in Alt-Roabit seiner Frau.

Im Apollo-Theater hat der Dezember eine namentlich dem Spezialitätenteil zu gute kommende Veränderung des Programms gebracht. Tüchtige Akrobaten, die zum Teil ungläubliches in Gliederverrenkungen leisten, sind die drei Manfroids, ebenso geben sich die Anones als vorzügliche Parterrefantastiker. Goldbrecherisch bis zum Äußersten und doch wieder unbegreiflich sicher ausgeführt sind die Trapezakte der Brüder Jerefina. Von den Balancierkünstlern dieser Artisten könnte ein Wälow profitieren. Eine vorzügliche Tänzerin ist Juanita Thero; nicht minder amüßig erscheint die von Genet und Farbenpiel umgebene Serpentin tänzerin Roland. Als Humorist tritt Herr Kaiser vom Apollo-Theater auf. Derselben Künstler ist auch die Rolle des Nebetars im „König Agua“ übertragen worden. Dieckbare Klitzungen haben die Ausstattungsoberette etwas geniefbarer gemacht.

Aus den Nachbarorten.

In der Spandauer Stadtverordneten-Versammlung sucht die bürgerliche Mehrheit neuerdings unsere Genossen von der Besetzung der Kommissionen und Deputationen auszuschließen, so auch in der letzten Sitzung wieder bei Besetzung der Grundsteuer-Kommission. Unsere Genossen machten deshalb den Anfang einer Obstruktion, indem sie mehrfach namentliche Abstimmungen über verschiedene Vorlagen beantragten, sehr zum Leidwesen des Vorstehers Schröder, der diese Taktik eine „Verschleppung der Verhandlungen“ nannte, wocaus ihm von seinen Genossen prompt die Antwort wurde: „Es kommt noch besser, warten Sie nur ab!“ Die vom Grundbesitzerverein beantragte Vermehrung der Stadtverordneten-Mandate von 42 auf 48 lehnte die Versammlung in namentlicher Abstimmung ab; der Referent Stadtv. Jeme (Ab.) führte dazu aus, daß man bei der bisherigen Anzahl ganz gut auskommen sei; auch sei der jetzige Sitzungsaal nur für 42 Sitze eingerichtet und schließlich würde auch bei der jetzigen Zahl schon häufig viel zu viel geredet! Stadtv. Pieper hatte sich namens unserer Fraktion für die Vermehrung der Mandate ausgesprochen.

Ihre soziale Fürsorge für die Armen betätigte die Versammlung dadurch, daß sie das Sammeln von Rapp- und Peseholz, das bisher den mit einem Holzgettel a 50 Pf. versehenen Personen an jedem Tage der Woche gestattet war, auf zwei Tage in der Woche einschränkte.

Unsere Genossen ließen durch Rieger ihren streng ablehnenden Standpunkt erkennen. Unsere Anträge, vier statt zwei Tage zu sehen und die Holzgettel fortan unentgeltlich an bedürftige Einwohner abzugeben, wurde in namentlicher Abstimmung mit 20 gegen 12 bezw. 25 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Die Rücksichtslosigkeit der Spandauer Stadtverordneten-Mehrheit in allen sozialen Fragen offenbart sich immer drastischer.

Die Nizdorer Deputation beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung abermals mit den Maßnahmen zur Linderung der Arbeitsnot. Fast einstimmig wurde beschlossen, der Stadtverordneten-Versammlung zu empfehlen, die beim Bau des Schiffbau-Stücklanns erforderlichen Erdarbeiten in eigener Regie auszuführen. Die Stadtverordneten-Versammlung soll mit einer entsprechenden Vorlage in einer bald anzubauenden außerordentlichen Sitzung befaßt werden. Es sind außerdem bezüglich der Abtretung von Land durch Privatbesitzer einige Formalitäten zu erledigen. Der Bürgermeister teilte mit, daß nach der von der Polizeidirektion

aufgenommenen Statistik in Niddorf 763 Arbeitslose vorhanden waren, darunter 59 landwirtschaftliche Arbeiter. Die letzteren haben nun benachrichtigt, daß sie sich bei der für landwirtschaftliche Arbeiter geschaffenen Vermittlungsstelle in der Madaistraße melden können, von wo sie auswärtig untergebracht würden. Wenn sie sich auf mindestens ein Jahr verpflichteten und so lange ausbilden, würden ihnen die Reiseflohen vergütet. — Der Stadtverordnete Ostermann (Soz.) betonte demgegenüber vor allem, daß die statistischen Aufnahmen der Niddorfer Polizeidirektion unzulänglich wären. Sie seien nicht geeignet gewesen, alle Arbeitslosen Niddorfs festzustellen. In der nächsten Woche werde das Gewerkschaftsamt eine Arbeitslosen-Zählung vornehmen. Er mache sich anheischig, dann der Deputation und der Stadtverordneten-Versammlung das Material des Kartells zu unterbreiten. Arbeitslosen-Versammlungen hätten in Niddorf bisher noch nicht stattgefunden, weil jedermann geglaubt habe, daß die Arbeiter am Sonntag noch vor Weihnachten beginnen würden.

Die Niddorfer Stadtverordneten-Versammlung verhandelte am Montag in einer außerordentlichen Sitzung über die Aufnahme einer Anleihe von 3200 000 M. Es sollen davon verwendet werden für den Neubau der Gasanstalt 1 750 000 M., für den Bau des Amtsgerichtsgebäudes (Reisbaukosten) 100 000 M., für den Bau der Realschule (Reisbaukosten) 54 000 M., für den Bau des zweiten Armenhauses 50 000 M., für den Erwerb von Grundstücken zum Bau eines Krankenhauses, eines Armenhauses, sowie für die Anlage des Keltow-Kanals 350 000 M., für die Anlage des Niddorfer Stichkanals und den dazu gehörigen Uferstraßen 630 000 M., desgleichen der Straße 19 des Wohnungsplanes 38 000 M., der Straße 87 des Wohnungsplanes 28 000 M., und schließlich für die Herstellung eines Hauptkanals der Schwemmnichkanalisation 200 000 M. — Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich mit der Angelegenheit bereits im Juni beschäftigt. Damals wurde die Aufnahme einer Stadtanleihe von 4 Proz. beschlossen. Der Magistrat hat jetzt beantragt, jenen Beschluß aufzuheben und ein Darlehen von 3 200 000 Mark bei der Kur- und Rennmärkischen Mittelständischen Darlehenskasse zu Berlin, Wilhelmstraße 6, aufzunehmen. Das Darlehen würde jährlich mit 3 1/2 Proz. zu verzinsen und mit 1 1/2 Proz. zu tilgen sein. Ferner wäre ein Verwaltungsbeitrag von jährlich 1/10 Proz. zu entrichten. In der Begründung führte der Magistrat aus, die Verhältnisse des Geldmarkts hätten sich derart verändert, daß es geraten erscheine, für die Anleihe einen niedrigeren Zinssatz als 4 Proz. festzusetzen. Außerdem empfehle sich, den Anleihebesitz der Stadt nicht, wie es beabsichtigt war, durch Ausgabe von Inhaberscheinen, sondern durch Entnahme eines Darlehens bei der genannten Kasse zu beschaffen, weil die Stadtgemeinde so am wenigsten belastet werde. — Nach mehrstündiger Verhandlung, für welche die Öffentlichkeit ausgeschlossen worden war, wurde eine besondere Kommission zur Prüfung der Vorlage niedergesetzt. Innerhalb acht Tagen soll eine weitere außerordentliche Stadtverordneten-Sitzung die Angelegenheit endgültig erledigen.

Schöneberg. Die Stadtverordneten-Versammlung hatte gestern ihren „großen Tag“. Auf der Tagesordnung stand u. a. ein als Nachtrag bezeichneter Gegenstand, für den die Versammlung die Dringlichkeit anerkannte. Es handelte sich um die Erwerbung von Mieträumen in der Ebersstraße zu Zwecken der Unterbringung dreier Volksschulklassen, um, wie der Magistratsvertreter betonte, den Zustand der sogenannten „fliegenden Kassen“ zu beseitigen. Von verschiedenen Seiten, u. a. von unseren Genossen Obst und Rasch, wurde die Unzulänglichkeit der in Aussicht genommenen Räume zu Schulzwecken dargestellt und betont, daß ein Raum im Rohbau fertiges Gebäude, das schon im April bezogen werden sollte, unmöglich den Forderungen der Schulhygiene entsprechen könne. Zudem seien die Kosten für diese Mieträume, auf die der Eigentümer Philippborn am liebsten einen 10jährigen Vertrag vorgezogen hätte, mit etwa 130 000 M. viel zu hoch bemessen. Man sollte lieber in Anbetracht der herrschenden Arbeitslosigkeit darauf gehen, sobald wie möglich eigene Schulhäuser zu errichten. Der Magistratsvortrag wurde dem auch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein anderer wichtiger Punkt betraf die Auflösung der hiesigen städtischen Mittelschule. Der Magistrat beantragt,

an Stelle dieser Schule eine Realschule zu Ostern 1902, ein Realgymnasium im Friedenauer Ortsteil zu demselben Zeitpunkt und ein Realgymnasium im Berliner Ortsteil, und zwar zu Ostern 1906, treten zu lassen. Man überwiegt den Antrag schließlich einem Ausschuss. — Mit der Englischen Gasgesellschaft soll nun doch endlich einmal ein deutliches Wort gesprochen werden. Da der Vertrag mit derselben im Jahre 1904 abläuft, so beantragt der Magistrat die Errichtung einer eignen Gasanstalt zu beschließen; es sollen leistungsfähige Firmen aufgefordert werden, ihre Angebote einzureichen. Auch hier wurde Ausschussberatung beschlossen. Sodann gab die Versammlung ihr Einverständnis zu der Anstellung von 20 Lehrern an den hiesigen Volksschulen für das Jahr 1902, da die Zahl der Kinder seit dem Vorjahre von 8045 auf 8900 gestiegen ist.

Der Konsumverein Weisensee weist erfreuliche Fortschritte auf. Begründet im Juli d. J. mit einer Mitgliederzahl von 23 zählt er jetzt bereits 320 Mitglieder. Die Vereinsverwaltung hat in diesem Herbst im ganzen 17 1/2 Tausend Precklofen zum Selbstkostenpreis abfahren lassen. Binnen wenigen Wochen wird der Verein seine zweite Verkaufsstelle in Weisensee eröffnen. Gewiß ein erfreuliches Zeichen vom Aufblühen der genossenschaftlichen Bewegung.

Im Amtsgefängnis zu Zehlendorf hat sich ein gefährlicher Einbrecher, der Schloher Joseph Beck gestern erhängt, nachdem er am Montag durch Zufall verhaftet worden war.

Vermischtes.

Explosion in einer Schule. Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Mannheim meldet, entstand in dem Zimmer der Unterprima des dortigen Gymnasiums während einer von Professor Zeitler gegebenen Unterrichtsstunde eine Explosion, bei welcher der Professor und drei Gymnasialisten durch Glassplitter erhebliche Verletzungen erlitten. Ersterer sank blutüberströmt und bewusstlos zu Boden.

Verhaftung von Polizeibeamten. Wegen Verdachts des Meineides wurden auf Anordnung der königlichen Staatsanwaltschaft zu Düsseldorf der Polizei-Wachmeister Meyer, der Polizeiergeant Jordans und der Polizeiergeant Walter, die früher in R.-Gladbach angestellt waren, verhaftet. Es handelt sich um eine Angelegenheit, die schon mehrere Monate zurückliegt. Damals hatten die drei Beamten einen nächtlichen Wollbrennlauf zerstreut. Hierbei sollen sie, wie mehrere Zeugen in der Schöffengerichts-Verhandlung ausgaben, zwei Verhaftete mißhandelt haben. Die Beamten hatten dies unter ihrem Eid bestritten. Die Angelegenheit wird demnächst das Schwurgericht in Düsseldorf beschäftigen.

Aus Sibirien. Infolge von Stürmen auf dem Baikalsee trifft die Post aus Rußland jetzt häufig verspätet ein; das Thermometer ist hier auf 20 Grad unter Null gefallen. — In der Nähe von Chardin stiegen zwei Eisenbahnzüge zusammen; 18 Chinesen und 7 Russen kamen dabei ums Leben, davon 2 durch Ertrinken.

In Toulon brach Montagabend in einem dicht bevölkerten Stadtteil eine furchtbare Feuersbrunst aus. Mehrere Gebäude sind vollständig zerstört. Es gelang nur mit großer Mühe, die Bewohner zu retten. Eine Frau ist in den Flammen umgekommen. An dem Rettungswerk beteiligte sich auch eine Abteilung russischer Marineinfanterie.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.
E. N. S. Buchhandlung Bornhördt, Beuthstr. 2.
H. W. Anker der Bauwerks- und Fortbildungsschule giebt es hier Stadtschreiberstraße 54a und Turmstraße 86 Fachschulen für Maurer und Zimmerer.

12jähriger Abonnent. Wegen die Abkündigung der Schornsteine und die Notwendigkeit damit verbundene Belästigung können Sie mit Erfolg nicht unternehmen. — **E. S. 1.** Wenden Sie sich an die Offenbacher Krankenkasse. 2. Wahrscheinlich nicht. — **H. S. 19.** Die Zeit, des „Ausführens“ ist zu bezahlen, falls nicht die genannten Umstände ergeben, daß auf Kosten des Arbeiters geleistet werden sollte. Der Arbeiter muß gut zu erklären, er sei nur mit Aussetzen auf Kosten des Arbeitgebers einverstanden. — **T. N. 50.** Falls das dortige Statut den Schulzwang auf alle dort beschäftigten und dort wohnenden Arbeiter unter 18 Jahren erweist; ja, laßt sein. Ob diese Voraussetzung in Ihrer Gemeinde vorliegt, erfahren Sie im Gemeindebüro. — **J. S. 74.** Wenn Sie keine Gegenmaßnahme haben, vielmehr Ihre Möbel sich bei Ihren Eltern befinden, so würde das Gericht annehmen, Ihre Aufforderung, das elterliche Leben herzustellen, sei nicht ernst zu nehmen und Sie weiterhin als für den Unterhalt Ihrer Frau verbindlich erachtet. — **H. G.** Frau Gränel, Grunauerstr. 6. — **Mehrere Streifen.** Aber! 1. Es scheint 2. Bäche. — **P. D. C. N.** Wenden Sie sich direkt an die betreffenden Verwaltungsbehörden. Dort erhalten Sie die beste Auskunft. — **A. J. 999.** Rein. — **J. S. 74.** Krumme Nr. 67. 1. und 2. Die staatlichen Krankenkassen erachten sich für befugt, ohne Einwilligung der Angehörigen die in den Krankenhäusern Verstorbenen zu sezieren und für die Behandlung nach Geld zu fordern. Wenden Sie sich beschwerdefähig an das Kultusministerium und teilen Sie uns dann die Antwort mit. Das Recht leihen die Krankenkassen aus einer alten Kabinettsorder ab. 3. Ob und welche Eingabe Sie im Anfang vergangenen Monats nach hier gerichtet haben, läßt sich jetzt nicht mehr feststellen. Wiederholen Sie eventuell die Anfrage unter unserer Adresse. — **H. W. 127.** 1. und 2.: Unseres Wissens nicht. Die Betreffende soll sich an das dortige Krankenhaus wenden. 3. Die Entbindungs- und Schwangerschaftskosten hat die Mutter, die Klimente der Vormund einzuzahlen. Bereits vor der Entbindung kann durch die Mutter auf Hinterlegung eines Betrages gefügt werden, der den voranschreitenden Schwangerschafts- und Entbindungskosten und dreimonatlichen Klimenten entspricht. Es muß dann aber der Anspruch glaubhaft gemacht werden. Ein Beispiel für solchen Antrag auf Hinterlegung finden Sie S. 219 Nr. 10 des dem Arbeiterrecht beigegebenen Jahrbuch. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. 4. Zum Vater braucht das Mädchen nicht zu gehen. — **Frau W. 33.** Das Recht, den Red zu verkaufen, haben Sie keineswegs. Klagen Sie auf Zahlung des Lohnes gegen Klage des Redes. — **S. W. 14.** 1. In der Regel ja; ob eine Ausnahme vorliegt, ist erst zu beantworten, wenn Sie angeben, wann und wo die Ehe geschlossen ist und wo der erste Eheverstoß genommen war. 2. Ja. 3 und 4. Nein. — **Falkensteinstraße 20.** 1. Erfundigen Sie sich auf Ihrem Polizeirevier. 2. Ja, aber nicht verpflichtet. 3. In der Regel. — **G. W. 300.** Alle drei sollten, falls das Gericht — was wahrscheinlich — annimmt, daß der Kauf und Verkauf zwecks Benachteiligung der andern Gläubiger vorgenommen ist. — **G. N.** Die Forderung ist verjähr, falls die Ware zum Verbrauch, nicht zur Weiterveräußerung, gekauft war. — **1000.** Nein. — **H. W. 33.** 1. Ja. 2. Nein. 3. In 4 Jahren nach Ablauf des Jahres, in dem die Gerichtsferien entfallen oder in dem dem Betreffenden verliert wurde, verjährten Gerichtsferien. 4. Sie müssen zahlen. — **V. Haupt 77.** Rein, wenden Sie sich an Ihre Krankenkasse behufs näherer Aufklärung. Die Rechtslage ist bei den verschiedenen Kassen verschieden. — **G. Hermann.** Wieder ist die Herrschaft nach der Gebirgsordnung im Recht. — **P. N.** Wiederholen Sie die Anfrage. — **100.** Das zu viel Erhöhen können Sie innerhalb 2 Jahren zurückfordern. — **Verz.** Die sibirische Gefandtschaft bildet während der Abwesenheit deutscher Soldaten in China hier in Berlin, in den Zeiten 14. — **G. 42.** Militärsein befreit von der Verpflichtung zur Alimentenzahlung keineswegs. — **W. T. N.** Rein. — **J. S. 1 Ja. 2.** Nein. — **N. Adlstr. 15.** 1. 20 Pf. 2. Der Mietszettel ist für die Zeit vom 1. Januar bis zum 1. Januar ohne Rücksicht auf die Person des Mieters zu entrichten. Hat der frühere Mieter 3. 3. für die Zeit vom 1. Januar bis 1. Oktober 50 Pf. für einen Vertrag mit einem Mietszins von mehr als 300 M. bis 500 M. bezahlt, so hat der neue Mieter für die Zeit vom 1. Oktober bis 1. Januar nichts zu zahlen. — **H. J.** Ihre Frage ist bereits vor 3 Wochen in bejahendem Sinne beantwortet. — **H. S. 100.** Schenktel für Steuerzahler giebt es nicht. Es kommt lediglich darauf an, ob eine Veranlagung zur Steuer vorliegt. — **G. S. 100.** Sie müssen scheinhaft Einstellung der Zwangsversteigerung und Aufhebung des ersten Urteils unter Vorlegung Ihrer Quittungen beantragen. — **G. S. Brandenburg a. O.** Der Arbeitgeber ist im Recht. — **H. J.** Die Invaliden- und die Altersrente kann auch bei Verhinderung der Invalidität nicht erhöht werden; ihre Höhe hängt von der Anzahl und Höhe der geleisteten Marken ab. — **H. J.** Ein Mietvertrag ist keineswegs ungültig, wenn ihn die Ehefrau nicht unterschreibt. Durch die Unterschrift wird die Ehefrau Mitmieterin. Ihr Eigentum haftet also für die Miete, während das nicht der Fall ist, wenn sie nicht unterschreibt. — **G. W. 1901.** Keineswegs hat der Ehemann das Recht, seine Frau zu schlagen, oder gar unter den von Ihnen dargelegten Umständen zu beschimpfen, zu bedrohen und zu mißhandeln. Wegen eines derartigen Mißbrauchs der Gewalt des Stärkeren können Sie sich an das Amtsgericht I mit dem Antrag wenden, Ihnen zu gestatten, mit den Kindern getrennt vom Ehemann zu wohnen.

Mittwoch, den 4. Dezember, abends 8 1/2 Uhr:
Volk-Versammlung
in Gohmanns großem Saal, Kreuzbergstr. 48.
Tagesordnung:
Lebensmittel-Verteuerung und die Bedeutung der Konsum-Genossenschaften.
Referent: Reichstags-Abg. **Emil Rosenow.**
Am Montag, den 2. Dezember, eröffnete der Konsum-Verein Berlin-Süd seine 3. Versammlung in der Kreuzbergstraße Nr. 36-38. 268/78
Mitgliederzahl ca. 1000.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Donnerstag, den 5. Dezember 1901, abends 8 1/2 Uhr, 128/15
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Werkstatt-Kontroll-Kommission und der Ortsverwaltung.
Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
Donnerstag, den 5. Dezember 1901, abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Bezirksversammlung für Süden, Südost, Centrum u. Niddorf
Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Steiner über: „Soziale Sanft“. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
Vertrauensmänner-Konferenz für den Osten am Mittwoch, den 4. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Barthele, Große Frankfurterstraße 18.
Vertrauensmänner-Konferenz für den Westen am Mittwoch, den 4. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Balowstraße 59. 122/18*
Zahlreiches Erscheinen erwartet. Die Ortsverwaltung.

Central-Verband der Töpfer.
Mittwoch, den 4. Dezember 1901, abends 6 1/2 Uhr, bei Dräsel, Neue Friedrichstraße 35:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag: Die Aufgaben der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter und ihre Vorteile für die Mitglieder. Referent: Frauenteinmann Julie. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. 206/1
Am Eingang des Saales erhält jeder Kollege gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches den neuen Vorkursif ausgehändigt.
Blütliches und zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Reste zur Damen-Konfektion
und Kinder-Garderobe.
Fertige Mäntel.
C. Pelz, Kottbuserstraße 4.

Allgemeine Orts-Krankenkasse
für die
vereinigten Gewerbebetriebe
Charlottenburgs.
In Gemäßheit des § 48 des Kassensatzes hat für die Wahlperiode vom 1. Januar 1902 bis 31. Dezember 1903 die Renovation der Delegierten zur Generalversammlung zu erfolgen.
Es sind zu wählen:
1. durch die Kassensammler 193 Delegierte.
2. durch die bei der Kasse anhängigen Arbeitgeber 95 Delegierte.
Die Delegierten der Kassensammler müssen Kassensammler, diejenigen der Arbeitgeber bei der Kasse zuständige Arbeitgeber oder Geschäftsführer bezw. Betriebsleiter bei solchen sein. Wahlberechtigt und wählbar sind nur solche Personen, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.
Die Arbeitgeber können sich bei der bevorstehenden Wahlhandlung auch durch ihren Geschäftsführer bezw. Betriebsleiter vertreten lassen, in diesem Fall muß die Bevollmächtigung vor der Wahl im Kassensatz schriftlich angezeigt werden.
Die Wahl ist geheim und geschieht durch Stimmzettel in einem Wahlgänge, eine Diskussion über die Aufstellung von Kandidaten findet im Wahllokal nicht statt.
Wer daraus deshalb zur Vornahme der Wahlen:
1. die Arbeitgeber für Freitag, den 13. Dezember, abends 8 Uhr, nach dem Saal des Restaurants von Bernice, Eismärker 34,
2. die Kassensammler für Sonntag, den 15. Dezember, vormittags 9 Uhr, nach der Gumbinnus-Strauerei, Wallstr. 94,
mit dem Bemerkten, daß die Wahlhandlung ad 1 um 9 Uhr abends, diejenige ad 2 um 11 Uhr vormittags geschlossen wird.
Zur Wahl werden nur diejenigen Personen zugelassen, welche sich im Besitze einer Legitimationskarte über ihre Wahlberechtigung befinden. Die Legitimationskarten werden auf Antrag im Kassensatz während der üblichen Kassensitzungen unentgeltlich verabreicht.
Charlottenburg, 1. Dezember 1901.
Der Kassenvorstand.
Wilhelm Sabor.
Mathematik.
Abendkurse für Anfänger u. Fortgeschrittene erteilt täglich
Stiefelhagen, Goltzstr. 47,
vom III rechts.

Der Annoncen-Expedition Rudolf Mosse haben wir schriftlich mitgeteilt, daß wir jeden Versuch dieser Firma, uns Bedingungen für den Geschäftsverkehr mit ihr vorzuschreiben, zurückzuweisen müßten. Dies veranlaßt nun die Firma Rudolf Mosse zu einer öffentlichen Erklärung, wonach sie Anzeigen für unsere Blätter nicht mehr aufnehmen will. Uns liegt daran, dieser Erklärung die denkbar weiteste Verbreitung zu geben und das verehrliche inserierende Publikum darauf aufmerksam zu machen, daß wir seit ca. 1 1/2 Jahren eine eigene Annoncen-Expedition haben und in folgenden Städten Deutschlands Geschäftsstellen unterhalten:

Dresden, See-Str. 1.	Leipzig, Peters-Str. 19.
Düsseldorf, Schadow-Str. 59.	Magdeburg, Breitenweg 184, I.
Elberfeld, Herzog-Str. 88.	München, Kaufinger Str. 25 (Domfreiheit).
Frankfurt am Main, Zeil 63.	Stuttgart, König-Str. 11, I.
Hamburg, Neuerwall 60.	Weimar, Jubiläumspkatz 1.
Köln am Rhein, Hofe Str. 145.	

Wir bitten das inserierende Publikum, Insertionsaufträge einer unserer Geschäftsstellen oder einer anderen Annoncen-Expedition (außer Rudolf Mosse) überweisen zu wollen.
Berlin, den 3. Dezember 1901.
August Scherl O. m. b. H.
Eigener Verlag:
„Berliner Lokal-Anzeiger“ „Die Woche“ „Der Tag“ „Berliner Abend-Zeitung“ „Die Weite Welt“ „Vom Fels zum Meer“ „Berliner Wohnungs-Register“.
Alleinige Annoncen-Annahme:
„Adressbuch für Berlin und seine Vororte“ „Feld-Post“ „Der Pfarrbote“ „Das Kränzchen“ „Der Gute Kamerad“ „Das Buch für Alle“ (letzteres vom 1. April 1902 ab) sowie die offiziellen Publikationen der Industrie, Gewerbe- und Kunst-Ausstellung Düsseldorf 1902: „Offizieller Katalog für die Rheinisch-Westfälische Industrie- und Gewerbe-Ausstellung“, „Offizieller Führer durch die gesamte Ausstellung“, „Offizieller Katalog für die deutsch-nationale Kunst-Ausstellung“ „Das Düsseldorfer Ausstellungs-Tageblatt“.